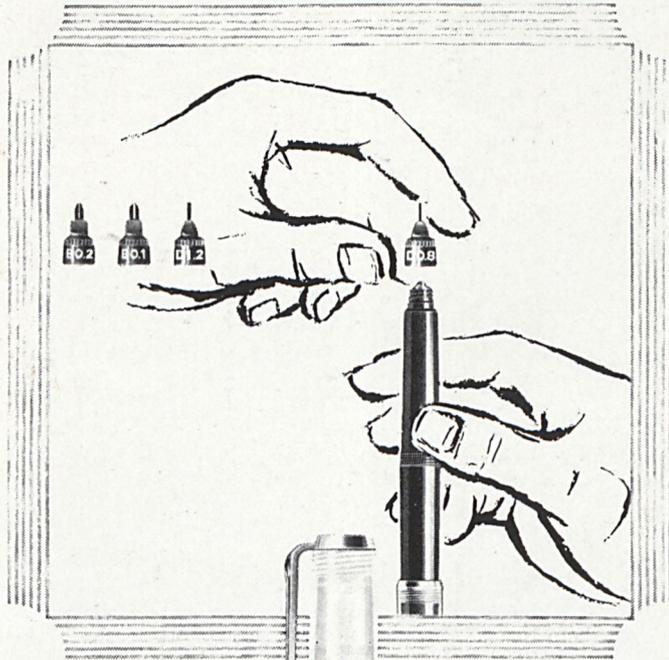


# die darmstädter studentenzeitung

Herausgegeben von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt  
Mai 1968 16. Jahrgang Nr. 93 DM 0,60 1 F 2824 F



# Das Düsensystem des **technos** ist praktisch— und preisgünstig!



**NEU**

Beim Tusche-Füller Technos sind  
Tuscheraum und Zeichen-Element von-  
einander getrennt. Deshalb brauchen  
Sie für eine neue Strichbreite nur eine  
neue Düse. Das ist praktisch.

Für eine neue Düse zahlen Sie DM 1,25  
— das ist preiswert. Die Düsen lassen  
sich gut greifen. Sie sind im Nu aus-  
gewechselt, ohne daß Sie mit der  
Tusche in Berührung kommen.

Günther Wagner Pelikan-Werke, 3 Hannover, Postfach 103

# technos

- Der Technos schreibt immer sofort an — dafür sorgt die „Liquimatic“ (Reinigungsdrähtchen mit Rückholfeder). Sie hält die Düse ständig sauber und „zeichnen“-bereit.
- Der Technos gewährleistet gleichmäßigen Tuschefluß — der thermic-Regler gibt jeder Düse immer die richtige Menge Tusche.
- Der Technos hat Lamellen-Düsen. Darum werden auch die feinsten Strichbreiten (0.1 - 0.16 und 0.2) randscharf und exakt!
- Der Technos hat eine transparente Schraubkappe. Sie schließt luftdicht, die Tusche kann an der Düse nicht antrocknen. Außerdem kann man die Düsen-Beschriftung deutlich erkennen.
- Der Technos wird mit Tusche-Patronen gefüllt: Das spart Zeit, ist einfach und sauber. Tusche-Glas und Tusche-Flasche sind überflüssig.

Fragen Sie Ihren Fachhändler nach dem funk-  
tionssicheren Tusche-Füller Technos von  
Pelikan, oder wenden Sie sich direkt an uns.

**technos** von *Pelikan*

# INHALT

- 1 Kommentar von E. Kogon
- 3 Kommentar von G. Kade
- 6 Springerenteignung
- 6 Studentenschaftssatzung
- 8 Hochschulsatzung
- 11 Theoretischer Lehrstuhl
- 14 Hochschulreform
- 16 Schülerdemonstration
- 17 wash – in
- 18 Alfred Polgar
- 19 Moritat
- 20 VDS-Austritt
- 21 Kommentar
- 24 Nachrichten
- 26 Leserbriefe
- 27 Sport
- 29 Bücher und Schallplatten
- 31 Künstliches
- 32 Die letzte Seite

Das Papier für den Innenteil dieses Heftes spendete die Firma Zanders Feinpapiere GmbH, Bergisch Gladbach und Düren.

Der Umschlagkarton ist eine Spende der Papierfabrik Unterkochen, Werk der Zellstofffabrik Waldhof.

Bilder: S. 2 Landesbildstelle Berlin; S. 3, 6, 19, 21 do; Titel wd.

Hans Weidner

## DIE GRAUSAME TAT EINES EINZELGÄNGERS

VOKSFEIND NR. 1 – DUTSCHKE, die KOMMUNISTENSAU, ist ausge- merzt, DUTSCHKE ist RAUS AUS WESTBERLIN. Der Berliner mächtig- ster Wunsch, kündegetan auf der Anti- Anti-Kriegsdemonstration vor dem Schöneberger Rathaus, durch die DAS FREIE BERLIN sich manifestier- te, besiegelt durch das Geläut der Freiheitsglocke, ist in Erfüllung gegan- gen: DUTSCHKE ist ZUM TEUFEL; in den Himmel könnte er ja auch kaum kommen, wo der liebe Gott jeden zweiten Tag in BILD schreibt. Jedenfalls dürfen die BAUARBEITER jetzt wieder RUHIG SCHAFFEN, wo es kein Geld mehr gibt FÜR DIESEN LANGBEHAARTEN AFFEN, war ja auch wirklich SCHADE UM DIE STEUER FÜR DIESEN UNGEHEUER. MIT BESCHWICHTIGENDEN REDEN UND NACHSICHT hätte man ihn ja auch WEDER ZU VERNUNFT NOCH ZU FRIEDFERTIGKEIT VERLOCKEN KÖNNEN! IM GEGENTEIL! Seine TORHEIT WUCHS IM QUADRAT ZU UNSERER NACHGIEBIGKEIT. NEUE KRAWALLE SIND ANGEKÜNDIGT. WIE LANGE NOCH WOLLTE DER SENAT, WIE LANGE WOLLTEN SICH DIE BERLINER DAS AN- SEHEN? (Berliner Morgenpost vom 8. 4. 67) Vor allem: DAS JAHR 1968 IST DAS JAHR DER MENSCHEN- RECHTE. HIER IN BERLIN KONNTE MAN DIESEM JAHR INHALT GEBEN (Schütz am 21. 2.).

Nun hat er am eigenen Leibe ver- spüren müssen, daß man LIEBER TOT ALS ROT zu sein hat, die GE- DULD war ZU ENDE, Mehrheit siegt. Der Verwaltungsangestellte Mende kann sich freuen, er braucht sich bei DEMONSTRATIONEN FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT nicht mehr zu ver-

stecken, damit DIE WAHREN BER- LINER ihn nicht TOTSCHLAGEN oder AUFHÄNGEN wollen. Ein ARBEITS- LAGER wie BEI ADOLF, wo ES SO- WAS NICHT GEBEBEN hat, wird das KOMMUNISTENSCHWEIN jetzt wohl nicht mehr von innen sehen, WITTENAU WARTET AUF DUTSCH- KE, was ist ein UNGEWASCHENER RADAUMACHER gegen die Mei- nungsfreiheit in Berlin. Die Berliner LASSEN SICH IHR FREIHEITLICHES BERLIN NICHT ZERTRAMPELN, SIE SETZEN SICH ZUR WEHR (Schütz am 21. 2.), sie HABEN ES SATT. DAS GEFAHRLICHE RÜPELSPIEL DES RANDALIERERS mußte JETZT EIN ENDE HABEN (Amrehn am 21. 2.), GANZ BERLIN war AUFGERUFEN. Was Frau Gretchen Dutschke anbe- langt, die VIETCONGHURE, so SCHNEIDET man IHR am besten DIE HAARE AB und SCHLÄGT SIE TOT, das wird das beste sein, denn der Republikanische Club, dieser ROTE PUFF, wird doch auch noch IN DIE LUFT GESPRENGT. Dann endlich wird die BZ nicht nur als Teilerfolg, sondern als Endsieg melden können: DIE ROTEN ZOGEN SICH ZURÜCK. DIE BERLINER STIMMTEN DIE DRITTE STROPHE DES DEUTSCH- LANDLIEDES AN (19. 2.). Denn sowas IST NICHT MEINUNGSFREIHEIT, SONDERN VOLKSVERHETZUNG (Amrehn am 21. 2.).

ICH SPRECHE IHNEN IM NAMEN DER BERLINER, DES SENATS VON BERLIN UND IN MEINEM EIGENEN NAMEN UNSERE TIEFEMPFFUNDENE ANTEILNAHME AUS.

(Schütz am 11.4. an Gretchen Dutschke)

die darmstädter  
studentenzeitung  
Nr. 93

Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentl. Rechts), 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 162517 und 163309.

Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30, Abonnement incl. Versand je Halbjahr DM 2,40 (Ausland DM 2,80).

Chefredakteur: Fritz Förster (ff) (verantwortlich); Verlagsleiter: Hans Weidner (wd); Redak- tion: Hartmut Bauer (pay), Helmut Dreßler (dr), Knut Feiert (fei), Falk Rieß (fari); ständige Mitarbeiter: Gert Cobler (coli), Jürgen Dohm (do), Dietrich Ebersbach (eb), Ulf Kauff- mann (kf), Wolfgang Straub (ws), Walter P. Welzel (wl), Herbert Werkmann (hw). Chefs vom Dienst: Dietrich Ebersbach, Knut Feiert.

Verantwortlich für Insertionen: Jan Kettmann, Darmstadt, Rheinstraße 67, Telefon 23543. Konto: Dresdner Bank Darmstadt, 31240. Satz und Druck: Ph Reinheimer, Darmstadt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Eugen Kogon

## NOCH NICHT ZU SPÄT?

Kommentar im Hessischen Rundfunk

Dem Gründonnerstag des Attentats auf Rudi Dutschke ist ein Karfreitag des Aufbruchs gefolgt. Jedermann von Ihnen weiß, meine Damen und Herren, daß dies eher ein Anfang weiteren Umsichgreifens der Rebellion ist, in der sich Teile der jüngeren Generation unserer Republik befinden, als lediglich ein einmaliges heftiges Aufblitzen der Empörung über jene Gewalttat. Das Attentat hat sozusagen gerade noch gefehlt, um der Protestbewegung, die seit Monaten in Gang ist, revolutionären Auftrieb zu geben. Der Sturm richtet sich in allen Städten, wo Axel Springer-Presserzeugnisse hergestellt und ausgeliefert werden, gegen die Häuser dieses Konzerns, aber gemeint ist weitaus mehr: gemeint ist unser gesamtgesellschaftlicher Zustand.

Der Bürger ist entsetzt; die Älteren fühlen sich an die Weimarer Schick-

Jugend. Die Arbeiter nicht, der Mittelstand nicht, die Beamten schon gar nicht, die Lehrer nicht, die Richter nicht – nicht einmal, aufs Ganze gesehen, die Bauern. Weder gibt es im Bonner Staat konspirierende Generäle noch Wirtschaftsführer, die Schlägerkohorten finanzieren. Die NPD ist Brackwasser – blasentreibend und peinlich, aus einigen Dutzend Rinnalsalen des Ressentiments und der Vorurteile sich ausbreitend, aber auch nicht der Ansatz einer Überschwemmung.

Was also bedeutet der Aufstand der studierenden Bürgersöhne und Bürgertöchter, die beileibe keine geringfügige Minderheit mehr sind, wie viele gern meinen. Der Vorgang muß erklärt werden, daß Tausende, Aber-tausende von Studenten und Studentinnen in jeder unserer Universitätsstädte seit Monaten den Parolen und



Friedliebende Berliner bekennen sich zur Freiheit

sale zu Ende der zwanziger, zu Beginn der dreißiger Jahre vor der Herkunft des totalitären Unheils erinnert, als die Straßenschlachten Staat und Gesellschaft erschütterten. Aber der Vergleich stimmt nicht, meine Damen und Herren, unsere Situation ist ganz und gar anders. Von objektiven Voraussetzungen zur Revolution kann in unserer Republik keine Rede sein. Niemand ist bei uns radikalisiert außer einem Teil der akademischen

den Initiativen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, der insgesamt nicht mehr als 1600 bis 1700 Mitglieder hat, ihre aktive Zustimmung geben. Angesichts der Ereignisse, die eingetreten sind und die eintreten, genügt es nicht zu sagen, diesen jungen Leuten sei es eben zu gut gegangen, daher ihr Übermut, den sich eine Gruppe hasardierender Anarchisten zunutze mache, um die Geschäfte – nicht etwa Moskaus zu

besorgen, sondern, mit rhythmisierten Sympathierufen auf Che Guevara und Ho Tsch-Minh, die Weltrevolutionsabsichten Pekings. Das hören sich die meisten an und nehmen es hin; was sie jedoch überwinden und beseitigen wollen, wogegen sie demonstrativ angehen, das ist ein tiefsitzender Übelstand in unserer Gesellschaft: ihre widerliche, teils arrogante, teils scheinrechtfertigte Selbstzufriedenheit. Gegen sie ist das Gefühl und das bessere Bewußtsein der jungen Generation gerichtet – gegen die faktische, überall wohlgefällig praktizierte Beschränkung des Lebenssinnes auf den ökonomischen Wohlstand und seine Sicherung durch militärische Hochrüstung, – die beiden Großleistungen der Republik von Bonn.

Selbstverständlich nehmen die Rebellen alle Vorteile mit in Anspruch, die das in zwei Jahrzehnten rastloser Betriebsamkeit entwickelte System uns bietet. Aber diese Vorteile genügen ihnen nicht. Seit Jahr und Tag haben sie miterlebt, wie die publizistische Intelligenz unseres Landes notwendige, längst fällige Reformen vergeblich verlangt hat: die rechtzeitige und systematische Förderung des technologischen Fortschritts, der Forschung insgesamt; die zeitgemäße Neukonzeption von Bildung und Ausbildung mit der ihr entsprechenden Organisation der Lehr- und Lerneinrichtungen; die Erneuerung unseres Strafrechts; Initiativen zu einer mitteleuropäischen Friedensordnung in aktiver Koexistenz; Maßnahmen der Wirtschaftsdemokratie; gesetzliche Verfügungen gegen Einflußmonopole in der Presse; Mordernisierung der Parlamentsapparatur; Solidarierungen in internationalen Fragen der Gerechtigkeit gegen Ausbeutung und erbitterndes Unrecht. Als nichts dergleichen geschah, die Ansätze immer von neuem entweder abgelehnt oder zerredet oder erstickt oder auf die lange Bank geschoben wurden, formierte sich die außerparlamentarische Opposition. Sie radikalisierte sich in dem Maße, wie die Große Koalition die trotz allem in sie gesetzten Erwartungen außerhalb ihrer Konjunkturpolitik nicht erfüllte. Dutschke und seine Anhänger fanden ein weites Brachfeld vor, das lediglich die dort etablierten Mächte, zu denen es gehört, nicht als solches erkannten.

Unsere Herrschenden haben ein übriges getan, dem Verhängnis seinen Lauf zu geben: zehn Jahre lang hat das parlamentarische Verantwortungsgerede vom Notstand, dem gerade in Friedens- und Ruhezeiten durch vorbeugende gesetzliche Maßnahmen begegnet werden müsse, die Gefahr und

das Gespenst einer faschistischen Entwicklung der Bonner Republik in den Augen derer zur fast zwingenden Perspektive gemacht, die sich auf die Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels wie auf eine Bibel beziehen. Jetzt droht die Dialektik der einander auslösenden Gewaltaktionen deren Verfechtern auf jeder der beiden Seiten, so Unrecht sie haben, gegeneinander rechtzugeben: die Tat eines irrationalen Fanatikers, der sich durch das Attentat auf Martin Luther King dazu angeregt fühlte, der vermeintlichen kommunistischen Gefahr in gleicher Weise zu begegnen, hat den von der radikalen Minderheit geschürten Aufstandswillen entfesselt, — gäbe man der reaktionären Forderung nach, nun systematisch zu unterdrücken, hielte es die Bürgerschaft, um ihrer Ordnung willen applaudierend, für gerechtfertigt, der Freiheit überhaupt die Kandare anzulegen — allemal mit dem Motto: Haben wir es nicht immer gesagt? Da seht ihr es ja, wie's getrieben wird! —, dann geriete die Republik, ohne daß es sein müßte, in der Tat auf die Bahn des Verhängnisses.

Der Ausweg ist allein, wie unter den amerikanischen Verhältnissen, der entschlossenste Reformwille. Nichts anderes rechtfertigt auch die abwehrende Verwendung der staatlichen Macht, die natürlich nicht zulassen kann und zulassen darf, daß sich gegen sie andere Gewalten durchsetzen. Aber alle Schichten, die aktiv Verantwortung tragen, auf welchem Lebensgebiet immer es sei, an erster Stelle unsere politischen Repräsentanten, müssen die Jugend sofort, und zwar die rebellierende wie die nicht-rebellierende, in die Verantwortung mithereinnehmen. Das ist, wenn man einsichtig genug ist und es nur will, zumindest in der Form von Ausschüssen der Zusammenarbeit möglich. Diskutieren allein, allzu lange versäumt, genügt nicht mehr. Die „soveräne Ruhe“, die der Herr Bundeskanzler empfiehlt, ist nichts als eine der Voraussetzungen, die Entwicklung, endlich, in den richtigen Griff zu bekommen. Es ist spät genug.

Warum soll es nicht möglich sein, meine Damen und Herren, die Jugend in ihren Zwanzigerjahren zu jedem öffentlichen Unternehmen mitherananziehen, mit ihnen gemeinsam die Kataloge dessen zu erarbeiten, was zu tun, was voranzutreiben ist? Geschieht es, so wird man erleben, daß sich dann Qualität als Qualität erweist, Anarchie als nicht mehr gefährliche, sondern als törichte Romantik und Geschwätz als Geschwätz. Noch eben ist es vielleicht nicht völlig zu spät dazu.

Gerhard Kade

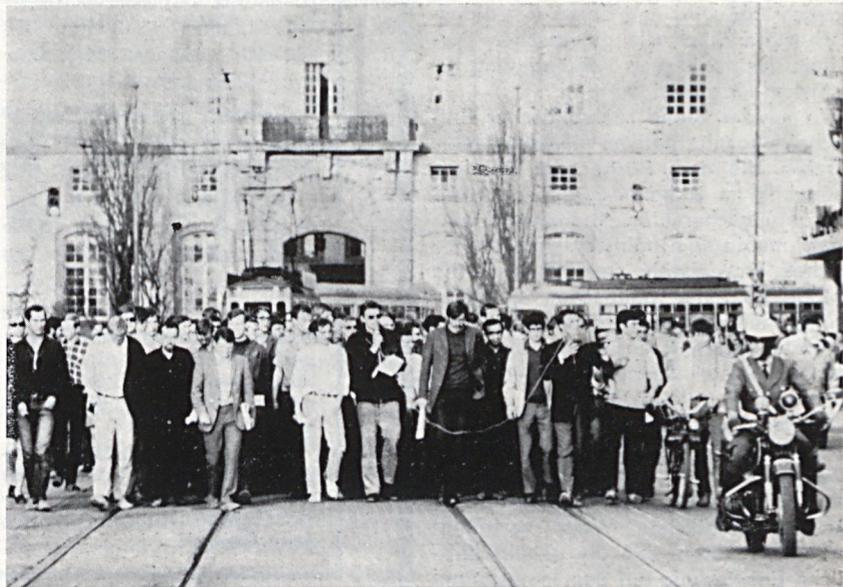
## LANGHAARIGE ERSATZJUDEN

Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke am Gründonnerstag, die Straßenschlachten der folgenden Tage, der Versuch, die Auslieferung von Zeitungen des Springer-Konzerns zu verhindern und schließlich der tragische Tod des Bildreporters und des Studenten in München — das alles kann nicht mit einer Flucht in den Deutschen Volksmund beantwortet werden: Wer den Wind sät, wird den Sturm ernten! Aber auch das liberale Alibi, das von den Darstellern von Kanzler- und Ministerrollen in unserem Lande gewählt wird, geht an den Ursachen vorbei, die zu den Ereignissen der letzten Tage geführt haben; Betroffenheit und Anteilnahme, die möglichst mit vordergründigen Schuldprüchen verbunden werden, zielen nur auf die Exkulpation derjenigen, die das politische Klima geschaffen haben, in dem das Geschehen der Ostertage 1968 seinen Platz haben konnte.

Für uns lohnt es sich deshalb nur, in diese Diskussion einzugreifen, wenn wir bereit sind, durch unser

Fragen diesen Zustand des zunehmenden Rationalitätsverzichts zu durchbrechen und über die Symptome hinaus nach den Wurzeln des Übels zu fragen. Die leeren Phrasen von Ruhe und Ordnung können dabei nicht Grenze oder Halteschild sein, sondern eher ein Zeichen dafür, daß die herrschenden Schichten unserer Gesellschaft trotz aller Beteuerung von Diskussionsbereitschaft schon aus bloßem Selbsterhaltungstrieb an der Fortdauer eines Klimas interessiert sind, das durch konsequenten Verzicht auf Aufklärung und die mangelnde Bereitschaft zu einer offenen Gesellschaft charakterisiert ist.

Was in den letzten Tagen auf den Straßen der deutschen Großstädte geschah, ist der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die seit einigen Jahren anhält: ein Unbehagen an dieser Gesellschaft, das häufig ungeachtet der konkreten Erscheinungsformen pauschal als Studentenunruhen und als Aktivität einer radikalen Minderheit disqualifiziert wurde. Führt man aber



Auf dem Marsch gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung (fdG)

alles das auf seinen Kern zurück — die Diskussion über die Reform unserer Hochschulen, über Notstandsgesetzgebung, den Krieg in Vietnam und die Entflechtung des Springer-Konzerns, so war es stets die Auflehnung gegen die bequeme Irrationalität, die sich hinter leeren Schlagworten verbirgt, die nicht bereit ist, die Widersprüche dieser Gesellschaft zu diskutieren und zu verarbeiten und die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ allein schon dadurch gesichert sah, daß häufig genug von ihr gesprochen wurde.

Aber das reicht dieser studentischen Jugend und den anderen Gruppen der außerparlamentarischen Opposition nicht aus. Sie haben sich immer wieder die Kluft bewußt gemacht, die zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit größer zu werden drohte; sie wollten dazu beitragen, diese Lücke durch demokratische Substanz aufzufüllen. Für sie ist eine demokratische Gesellschaft etwas, was tagtäglich erkämpft werden muß und nicht schon als gesicherter Besitz derjenigen betrachtet werden kann, die allzusehr von ihrer Zerstörung zu sprechen bereit sind.

Diese Sorge um den demokratischen Staat, die nach allem, was sich seit Kriegsende in der Bundesrepublik ereignet hat, nur eine Sorge um seine Herstellung sein kann, war ein Bemühen darum, das politische Bewußtsein der deutschen Gesellschaft zu wecken und aus dem Zustand des geistigen Terrors der Schlagworte herauszuführen.

Das hat kaum einen merkbaren Widerhall gefunden in einer Gesellschaft, deren Denkvermögen durch Springer-Zeitungen allmorgendlich erneut eingeschränkt wird und deren Reaktionsschemata durch die unkritischen Formeln der politischen Verkündung zusätzlich dezimiert wurden.

Wo an die Stelle realpolitischer Entscheidungsalternativen Glaubenssätze traten, die dem Bürger der Bundesrepublik im Bekennersjargon mit Aufforderungscharakter übermittelt wurden, mußte sein politisch-gesellschaftliches Bewußtsein verkümmern, die Modelle seiner politischen Orientierung mußten immer undifferenzierter werden, seine Reaktion auf eine Kritik an diesen Zuständen immer militanter und unreflektierter.

So war die Bevölkerung der Bundesrepublik sehr schnell davon zu überzeugen, daß in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung die „Werte der westlichen Welt“ verteidigt werden müßten, daß die gesellschaftliche Entwicklung auf dem Hintergrund eines leicht überschaubaren politischen Freund-Feind-Verhältnisses ab-

laufe, und daß diese Ordnung gegen ihre Kritiker verteidigt werden müsse.

Was man zugestehen bereit ist, ist eine unverbindliche Zusage zu einer Diskussion über Reformen, die allerdings „auf dem Boden unserer Ordnung“ zu geschehen hat. Was dann aber diese Ordnung ist und auch was noch Reformen sind, darüber entscheiden die Herrschenden, um sich auf diese Weise gegen jede Kritik immun zu machen. Wer Kritik übt, die geeignet ist, die gegebenen Herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen, stört

unsere Ordnung, ist Pinscher, Miesmacher, Nestbeschmutzer oder zersetzender Intellektueller. Wer etwa zu äußeren Formen der Kritik greift, die die Aufmerksamkeit breiter Schichten auf sich ziehen könnte, nur weil anders keine Reaktionen mehr im Dunstschleier einer gläubigen Gefolgschaft zu erzielen sind, verletzt den guten Geschmack, Anstand und Sitte und ist am zweckmäßigsten durch Hinweis auf Bart, Langhaarigkeit oder Kleidungsgehnheiten zu diffamieren. So kommt es dann, daß ein Ausspruch des Regierenden Bürgermeisters von

### **Im Berliner Westend-Krankenhaus ringen die Ärzte um Dutschkes Leben.**

Und wer hat auf ihn geschossen?

### **Nicht Bundeskanzler Kiesinger, nicht Berlins Regierender Bürgermeister Schütz und auch nicht Springer.**

Der Täter ist ein 23-jähriger, mehrfach vorbestrafter Arbeiter aus der Bundesrepublik. In seiner Wohnung in Peine wurde Hitlers Buch „Mein Kampf“ gefunden.

### **Der fanatische Linksradikale Dutschke wurde das Opfer eines halbhirnen Rechtsradikalen.**

Mit Dutschke fühlen in diesen Stunden selbst diejenigen, die seine politischen Ansichten nicht teilen, die in ihm eine Gefahr für unsere Demokratie sehen.

### **Seinen Freunden aber scheinen die drei Kugeln, die ihn trafen, nur willkommenen Anlaß für neue Haß- und Gewaltakte zu sein.**

Martin Luther Kings Kampfgefährten beschworen nach seinem Tode die farbige Minderheit Amerikas: „Laßt nicht Gewalt über uns kommen.“

Dutschkes Anhänger jedoch rufen auch jetzt, da er das Opfer des von ihm gepredigten Hasses wurde, nach Gewalt.

### **● Sie zünden Autos an.**

### **● Sie zertrümmern Redaktionsräume.**

Sie fragen weder nach dem Täter noch nach Motiven. Sie übersehen geflissentlich, daß Kiesinger, Schütz und Springer nichts, aber auch gar nichts mit einem Mann zu tun haben, der einen Hitler- und Napoleon-Tick hat.

Sie ernennen einfach Dutschke zum Opfer der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft. Und sie belügen damit sich selbst.

Denn nicht diese Gesellschaft säte Haß und Gewalt, sondern Dutschke. Nicht das Volk schrie: „Wir brauchen viele Vietnams“, sondern Dutschke.

**BILD hat schon einmal an die Politiker und die Richter dieses Landes appelliert: Stoppt den Terror, ehe es zu spät ist: Stellt diejenigen, die unsere Demokratie zu kriminellen Gewaltakten mißbrauchen, vor Gericht!**

BILD wiederholt heute diesen Appell.

**Wir brauchen zwar den politischen Meinungsstreit. Aber Straßenterror mit Molotow-Cocktails ist keine Diskussion, sondern Aufruhr und Landfriedensbruch.**

Einer der größten Industriestaaten der Welt darf kein Hottentottenland werden, in dem jeder, der sich ungerecht behandelt fühlt, Steine wirft, Feuer legt oder zur Pistole greift.

Berlin kaum größere Verwunderung in breiteren Bevölkerungsschichten hervorruft: „Ihr müßt diese Typen sehen, ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen. Dann wißt ihr, denen geht es nur darum, unsere freiheitliche Grundordnung zu zerstören.“

Daß sich das dann leicht in Aktionen umsetzen läßt, haben die Teilnehmer der Berliner Freiheitskundgebung erfahren müssen, die nur zufällig ein ähnliches modisches Empfinden haben wie die Ersatzjuden unserer Gesellschaft.

Für diejenigen, denen solche Zuordnung von Barttracht und Gesinnung vielleicht doch noch zu vordergründig ist, hat man dann die seit langem liebgewonnene Entlastungsformel parat: der Osten, die Kommunisten, geht doch nach drüben, wenn es Euch hier nicht paßt etc. Damit ist auch gleich alles das erledigt, was ein großer Teil der Studentenschaft heute nach zwanzig Jahren eines primitiven und unreflektierten Antikommunismus, der schon zur Zeit seiner Entstehung fast ebenso fragwürdig war wie heute, für sich entdeckt hatten: die kritische Gesellschafts- und Wirtschaftsanalyse, die auch den Marxismus als einen methodischen Ansatz gelten läßt.

Damit sind die Reaktionsschemata der Herrschenden und ihrer gläubigen Untertanen eindeutig jenseits aller rationalen Modelle von Weltorientierung und Lebensbewältigung fixiert: Wer anders ist als wir, wer bereit ist über eine Kritik an Symptomen hinaus, gegen die man seit langem immun ist, etwa Kritik an dem System zu üben, stört, darf verprügelt werden, zur Emigration aufgefordert werden, und zwar von einer aufgeputschten Masse, die längst verlernt hat, daß der Kopf auch noch eine andere Funktion hat, als die, beide Ohren auseinanderzuhalten.

Es wird höchste Zeit, daran zu erinnern, daß es der studentischen Protestbewegung oder auch der außerparlamentarischen Opposition im weiteren Sinne um Aufklärung, um kritische Vernunft und damit um die Beteiligung breiterer Schichten an der politisch-gesellschaftlichen Willensbildung geht. Hier trifft eben der in der Auseinandersetzung zwischen Bevölkerung und Studentenschaft häufig vernommene Hinweis, „die sollen lieber studieren“ vollständig ins Leere. Diese Studenten studieren gerade mehr, als das in unserem augenblicklichen Bildungssystem verlangt wird – einem System, das den Spezialisten für den ökonomischen Reproduktionsprozeß ausbildet und Rationalität nur soweit für nötig hält, als die technisch-ökonomischen Bedingungen die-

ses Reproduktionsprozesses in Frage stehen. Diese Jugend, die sich kritisch mit Vergangenheit und Gegenwart dieses Staates auseinandergesetzt hat, kann es sich nicht leisten, weitere 20 Jahre Restauration und Versäumnis der Demokratisierung mitanzusehen und sich von denjenigen, die dieses Versäumnis zu verantworten haben, die Formen ihrer Kritik vorschreiben zu lassen. Mit der Ausweitung der kritischen Vernunft auf Staat und Gesellschaft werden erst die Voraussetzungen für eine Demokratisierung dieser Gesellschaft geschaffen, und es braucht nach Jahrhunderten der historischen Erfahrung nicht Wunder zu nehmen, wenn diese Aufklärung bis zur Kritik am System vorzudringen bereit ist. Diese Erfahrung zeigt doch gerade, daß die ökonomischen Bedingungen des Kapitalismus nicht gerade auch die bestmöglichen Voraussetzungen für die Demokratisierung der Gesellschaft sind.

Kommentare und Analysen zu den Ereignissen der letzten Tage lassen deutlich erkennen, daß es den Betroffenen – Bonner Regierung, Länderregierungen, Senat von Berlin, Springer-Presse – eher um ihre Exkulpation geht, als darum, den Prozeß der Zerstörung der Vernunft und der Verkümmern des politischen Bewußtseins zu stoppen. Diejenigen, die sich in einem vorschnellen Werturteil als die politische Führung dieses Staates interpretieren, betreiben den Rückzug in die gewohnten Formeln, sie haben immer noch nicht verstanden, worum es geht.

Aufgabe der studentischen Protestbewegung wird es nun sein, weiter zu versuchen, jenen fehlerhaften Zirkel aufzubrechen, der mit der politischen Entmündigung großer Teile der Gesellschaft einsetzte, die Argumentationsschemata bis hin zu affektgeladenen Begriffen verkürzte und gerade dadurch die Kommunikation zerstörte; die außerparlamentarische Opposition hat schließlich keinen anderen Ausweg gesehen, als die Friedhofsruhe, in der ökonomische Interessen politische Herrschaftsverhältnisse ungestraft determinieren konnten, durch Aktionen zu durchbrechen, die scheinbar die Interpretationsschemata rechtfertigen, die der Gesellschaft anerzogen wurden (Rowdies, Krawallmacher etc).

Das Vokabular und die Formeln der konkreten Auseinandersetzungen müssen gerade jetzt an den eigentlichen Zielen der studentischen Protestbewegung orientiert sein; wir dürfen sie uns nicht von denjenigen aufdrängen lassen, die damit ihrer eigenen Absichten nur zu verschleiern suchen.

## Kursbuch 12 1968

*Der nicht erklärte Notstand*

Dokumentation und Analyse eines Berliner Sommers von Peter Damerow, Peter Furth, Odo v. Greiff, Maria Jordan und Eberhard Schulz

Polizei I:  
An der Bürgerkriegsfront,  
»Die permanente  
Notwehr«

Politik an der  
Freien Universität

Polizei und  
demonstrierende  
Minderheit.  
Zur Vorgeschichte  
des 2. Juni.

Rekonstruktion  
einer Räumung

Polizei II:  
Projektion und  
Provokation

Polizei III:  
Konforme Kriminalität

Volkes Stimme

Justiz

Nachbemerkung

Suhrkamp

Axel Azzola

## WIE ENTEIGNET MAN SPRINGER?

Das Recht der Enteignung ist in Artikel 15 des Grundgesetzes genauer spezifiziert. Danach können Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14, Absatz 3, Satz 3 und 4 entsprechend. Es bedarf allerdings in jedem konkreten Falle eines besonderen Tätigwerdens des Gesetzgebers unter Beachtung von Artikel 14, Absatz 3 insbesondere Satz 3. Dort steht: „Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.“

In konkretem Falle würde das etwa bedeuten, (da die Entflechtung des Springer-Konzerns im Interesse von Artikel 5 des Grundgesetzes, nämlich im Interesse der wahren Förderung der Freiheit der Meinungsäußerung liegt), daß Springer nicht mit der Entschädigungssumme gleichzeitig wiederum im Bereich der Presse tätig werden kann.

Sie sehen, daß unser Grundgesetz das Problem, Eigentum an Produktionsmitteln einzelner Individuen unter besonderen Kautelen zu entziehen, vorgesehen hat. Es ist der Entscheidung der einfachen Mehrheit des Deutschen Bundestages vorbehalten, von diesem Recht Gebrauch zu machen oder nicht. Es ist allerdings Ihr Recht und Ihre Möglichkeit, ohne daß Sie damit den Boden des Grundgesetzes verlassen, die Parteien (und damit das zuständige Parlament) aufzufordern, in diesem Sinne tätig zu werden. Wenn Sie einer anderen Ansicht sind, können Sie es natürlich lassen.

1. Sie haben also die Möglichkeit, wenn das Ihrer politischen Willensbildung entspricht, die Enteignung

des Springer-Konzerns von den ordentlichen gesetzgebenden Körperschaften des Bundes zu fordern.

2. Sie haben aber auch die Möglichkeit zu einer eigenen Aktion. Sie können selbstverständlich a) sich selbst und b) Ihre Bekannten und Verwandten auffordern, den Kauf von Erzeugnissen des Springer-Konzerns zu unterlassen, um so einen eigenen Beitrag zur Eindämmung dieses enormen Konzerns zu leisten. Sie können sich dabei wiederum auf Artikel 5 des Grundgesetzes, auf die Freiheit der Meinungsäußerung berufen, denn die Aufforderung zum gewaltlosen Boykott ist eine einfache Meinungsäußerung.

Diese Meinungsäußerung ist also nicht von vornherein im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches nach § 823 BGB rechtswidrig. Sie könnte möglicherweise als sittenwidrig (nach § 826 BGB) Aufforderung qualifiziert werden. Dann hat Herr Springer die Gelegenheit, gegen einen solchen Boykottaufruf die ordentlichen, d. h. die Zivilgerichte zu Hilfe zu rufen, um Sie auf Schadensersatz nach § 826 BGB zu verklagen.

Ich fordere als eigene Person — und damit verlasse ich den Rahmen meines Referats — Sie dazu auf, zukünftig selbst keine Springererzeugnisse mehr zu kaufen und Ihre Bekannten und Verwandten anzuhalten, das gleiche zu tun und für diese Aktion weiter zu werben. Und ich fordere weiterhin Axel Springer selbst auf,



Zwingt BILD raus:  
Studenten vor dem Druckhaus Axel Springer & Sohn

gegen mich Anzeige nach § 826 BGB wegen Sittenwidrigkeit zu erstatten, damit vor den ordentlichen deutschen Gerichten festgestellt werden kann, ob es tatsächlich in dieser unserer Gesellschaft und in dieser konkreten Situation sittenwidrig ist, einen Boykott gegen Axel Springer zu propagieren.

Falk Rieß

## SPÄTE SATZUNG

Am vergangenen Freitag sollte sich das Studentenparlament endlich in erster Lesung mit dem Entwurf einer neuen Studentenschaftssatzung befassen (falls es beschlußfähig geworden wäre).

Nach dem Hessischen Hochschulgesetz hätten bereits am 1. April Hochschul- und Studentenschaftssatzungen, die den Bestimmungen des Gesetzes entsprechen, inkraft sein sollen: da jedoch fast alle Hochschulen in Zeitnot geraten waren, verlängerte der Landtag die Frist für das Außerkrafttreten der alten Satzungen bis zum 30. Juni. Während die Hochschulsatzung der TH nach heftigen Diskussionen zwischen Professoren und Studenten Anfang März vom Kultusminister mit einigen Änderungen genehmigt wurde, wird die Studentenschaft gezwungen sein, die Fristverlängerung ganz auszunutzen, denn selbst wenn die Satzung das Parlament passiert hat, muß sie der Studentenschaft noch zur Urabstimmung vorgelegt werden; so fordert es das Hochschulgesetz.

Dabei schien alles glatt zu gehen: Ein vom Parlament gewählter Satzungsausschuß begann Ende 1966 seine Arbeit und legte im vergangenen Sommer einen recht konservativen Entwurf vor, der auf der alten Satzung basierte und kaum Neuerungen vorsah. Inzwischen war aber das politische Interesse der Studenten erwacht, und so arbeiteten die Hochschulgruppen SDS, HSU und ESG einen eigenen Entwurf aus; die Frankfurter Studentenschaftssatzung hatte dabei als Modell gedient. Obwohl also im Wintersemester zwei fertige Entwürfe zur Diskussion standen, konnte das Parlament sie nicht behandeln: Personalfragen, Vorstandswechsel und Haushaltsberatungen nahmen zuviel Zeit in Anspruch. Zu Beginn des Semesters nun ergriff der Vorstand des Allgemeinen Studentenausschusses die Initiative. Er legte seine Vorstellungen in einem eigenen Vorschlag nieder, der die Vorzüge der beiden anderen Entwürfe vereinigen soll. Dieser Entwurf wurde in hoher Auflage vervielfältigt, so daß jeder interessierte Student sich informieren kann.

Welche Fortschritte sind nun gegenüber der alten Satzung zu erwarten? Allgemein (auch an den anderen

hessischen Hochschulen) ist man sich darüber einig, daß das oberste beschlußfassende Organ der Studentenschaft nicht mehr die unberechenbare Vollversammlung sein soll, bei der ein Sechstel der Studenten schon verbindliche Entscheidungen treffen kann. An ihre Stelle tritt die Urabstimmung, zu deren Gültigkeit eine Beteiligung der Hälfte der Studenten notwendig ist; der Abstimmung geht eine Versammlung zur Information über den betreffenden Antrag voraus.

Ein strittiger Punkt ist das Wahlrecht. Während der Entwurf der Satzungskommission das bisherige Fachschaftswahlrecht (pro Fachschaft wird in Persönlichkeitswahl eine ihrer Größe entsprechende Zahl Parlamentarier gewählt) beibehält, sieht der Vorschlag der Studentengruppen ein kombiniertes Wahlrecht vor, nach dem pro Fachschaft ein Vertreter persönlich gewählt wird, der Rest der Parlamentarier aber aus einer Listenwahl hervorgeht (Listen sind Zusammenschlüsse von mindestens drei Kandidaten unter gleichem Programm und gleicher Bezeichnung). Der Vorstand schlägt ebenfalls ein kombiniertes Wahlrecht vor; es sollen pro 200 Fachschaftsmitglieder ein Vertreter durch Persönlichkeitswahl, pro 300 Studenten ein Vertreter durch Listenwahl ins Parlament einziehen. Vom reinen Listenwahlrecht, wie es in Marburg praktiziert wird, hält man in Darmstadt nichts, da die Fachschaften wesentliche Träger der Parlaments- und Verwaltungsarbeit seien. Ein wichtiger Punkt bei den Überlegungen zum Wahlrecht sollte auch die Größe des entstehenden Parlaments sein. Nach dem Entwurf der Satzungskommission ergibt sich eine Zahl von über 60 Parlamentariern (gegenwärtig sind es 59), beim Vorschlag der Studentengruppen soll das Parlament 30 und bei dem des Vorstandes etwa 55 Mitglieder haben. (Zum Vergleich: Frankfurt 28, Marburg 40). Durch hohe Mitgliederzahlen wird eine sachliche Arbeit des Parlaments unnötig erschwert; je weniger Parlamentssitze zur Verfügung stehen, desto höher wird auch die Wahrscheinlichkeit, daß sich in dem

zu erwartenden harten Wahlkampf die qualifiziertesten Bewerber durchsetzen. Die schlechten Erfahrungen der letzten Zeit (es mußten Parlamentssitzungen ausfallen, da nicht genügend Parlamentarier erschienen waren) bewog den Vorstand, in seinen Entwurf die Möglichkeit der Aberkennung des Parlamentsmandats einzubauen, falls ein Parlamentsmitglied dreimal unentschuldigt gefehlt hat; eine ähnliche Regelung gibt es auch in Frankfurt. Ebenso soll der Ältestenrat befugt sein, das Parlament aufzulösen, falls es in drei aufeinanderfolgenden Sitzungen in der Vorlesungszeit nicht beschlußfähig wird. Neu ist auch die Einrichtung eines Ferienparlaments, das mindestens ein Drittel des „normalen“ Parlaments umfassen soll und während der Ferien die Parlamentsgeschäfte übernimmt.

Nach dem Entwurf des Vorstandes sollen die Wahlen zum Parlament Mitte Dezember erfolgen, während der Satzungsausschuß ein rollierendes Wahlsystem vorsieht, nach dem in halbjährlichen Abständen jeweils die Hälfte der Parlamentarier gewählt werden soll, um eine bessere Kontinuität zu gewährleisten. Einig ist man sich darüber, die Amtsperiode des AStA vom Kalenderjahr auf die Spanne vom 1. April bis zum 31. März zu verlegen, damit die Amtszeit mit den Semesterterminen übereinstimmt und ein reibungsloser Übergang zum Studium gewährleistet ist. Bei einer Parlamentswahl im Dezember wäre außerdem durch diese vierteljährliche Überschneidungszeit die Einarbeitung des neuen Parlaments möglich. Der AStA selbst soll in seiner bisherigen Form (Vorstand, Fachschaftsleiter, Referenten) bestehen bleiben; lediglich das Amt des Finanzreferenten soll mit dem eines der beiden stellvertretenden Vorsitzenden zusammenfallen. Dagegen sieht der Entwurf der Studentengruppen ähnlich der Frankfurter Satzung einen Viererausschuß vor, der seine Referenten selbst auswählt. Der Nachteil dieses Systems läge darin, daß bei Rücktritt oder Abwahl des Vorsitzenden meist auch seine Referenten gehen müßten. In allen Vorschlägen ist eine Weisungsbindung

der studentischen Vertreter in den Kollegialorganen der Hochschule (Senat, Fakultäten, Verwaltungsrat) enthalten. Das widerspricht der Hochschulsatzung, die nur eine persönliche Verantwortlichkeit der Mitglieder von Hochschulorganen kennt. Rechtlich unbedenklich und ebenso wirksam wäre die Möglichkeit, die Studentenvertreter jederzeit abwählen zu können.

In den Übergangsbestimmungen unterscheiden sich die Entwürfe erheblich: Während der Satzungsausschuß wegen seines rollierenden Wahlsystems im ersten halben Jahr die anderthalbfache Zahl der Parlamentsmitglieder vorsieht (90 Parlamentarier!), sollen nach dem Vorschlag der Studentengruppen sofort nach der Genehmigung der Satzung Neuwahlen erfolgen; das neue Parlament müßte sofort einen neuen AStA wählen. Der Vorstand möchte das jetzige Parlament bis zum Dezember im Amt lassen, es soll allerdings noch im Sommersemester einen neuen AStA wählen, der bis zum 31. März nächsten Jahres amtiert. So wäre eine gewisse Kontinuität gewahrt.

Es bleibt nach der Durchsicht der drei Satzungsentwürfe der Wunsch nach stärkerer Trennung von Legislative (Parlament) und Exekutive (AStA). Dem kommt der „Frankfurter“ Entwurf am meisten entgegen, allerdings zeigte sich in der Vergangenheit das Parlament nicht immer in der Lage, seine Kontrollfunktion verantwortlich auszuüben. Es bewies dadurch, daß es schon zweimal in diesem Semester nicht beschlußfähig werden konnte, die Notwendigkeit einer Wahlrechtsänderung, damit nur wirklich Interessierte Parlamentsmitglieder werden und nicht jeder Kandidat, der sich in letzter Minute aufstellen läßt, gewählt wird. Die Unfähigkeit des Parlaments in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zeigt deutlich, wie wichtig es ist, die Zahl der Parlamentsmitglieder in erträglichem Rahmen zu halten. Davon wird es abhängen, ob das Parlament besser und konzentrierter arbeiten kann als bisher.

## Die Bockshaut

ALT-DARMSTÄDTER WEIN- UND SPEISERESTAURANT - HOTEL

Verbindungslokal - Großer Saal - Konferenz- u. Fremdenzimmer

KIRCHSTRASSE 7 - RUF 7 45 58

Pschorrbräu München u. Michelsbräu Babenhausen im Faßausschank

## Christa Oppel

Schreib- u. Übersetzungsbüro

Dissertationen  
Diplomarbeiten

DARMSTADT  
Parcusstraße 11  
Telefon 76358

Hartmut Bauer

## WARTEN AUF GODESBERG

Nachdem das im Mai 1966 erlassene Hessische Hochschulgesetz in § 6 und § 45 den Hochschulen vorschrieb, sich eine neue, am Hochschulgesetz orientierte Satzung zu geben, ging an der TH Darmstadt im November 1966 ein Satzungsausschuß daran, eine Satzung zu formulieren. Im Juni 1967 wurde der endgültige Entwurf von einem Satzungsgebenden Senat, dem neben allen Ordinarien, einigen Nichtordinarien und Assistenten auch 16 Studentenvertreter angehörten, gebilligt. Einen Monat später, die Ferien hatten begonnen, wurde der Presse mitgeteilt, die Satzung sei nun dem Kultusminister zur Genehmigung vorgelegt. Zum erstenmal erfuhr die Öffentlichkeit von dem Stand der Dinge.

Sowohl die Studentenvertreter wie Senat und Satzungsausschuß hatten eine Unterrichtung der studentischen Öffentlichkeit versäumt. Im Dezember 1967 kritisierten einige Studentengruppen in einem Offenen Brief an den Kultusminister das Verfahren der Satzungsgebung und einige Formulierungen des Entwurfs massiv; sie baten den Kultusminister, die Satzung zur Überarbeitung ungenehmigt zurückzuschicken. Der inzwischen ausgewechselte Vorstand des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) griff diese Forderung sofort auf. In einem Satzungshearing, mehreren Parlamentsitzungen und einer Studentenvollversammlung wurden die Studenten nun über Einzelheiten der Satzung informiert und um ihre Meinung gefragt.

Mit dem Votum der Vollversammlung, die Satzung ungenehmigt zurückzufordern, und einem Programm zur Satzungsreform, das eine Erklärung der Westdeutschen Rektorenkonferenz („Godesberger Erklärung“) handfest beim Wort nahm, gingen die Studentenschaftsvertreter in die Sitzung des Großen Senats am 15. Februar, der als für die Satzung zuständiges Gremium letztlich entscheiden mußte, was zu geschehen habe.

Einen Vorgang am Rande der Senatssitzung könnte in der Zukunft Folgen haben. Etwa 20 Studenten drangen in die Sitzung ein und stellten faktisch die Öffentlichkeit her; eine etwa gleichgroße Zahl von „braven“ Studenten wartete vor der Tür, wie sich die Versammlung dazu stellen würde. Die Versammlung ignorierte die Eindringlinge anderthalb Stunden lang; sie faßte zunächst weder einen Beschluß, die Öffentlichkeit zuzulassen, noch warf sie die Studenten hinaus. Die Braven vor der Tür wurden also dafür bestraft, daß sie die geltende Konvention – Nichtöffentlichkeit der Sitzung – achteten, und blieben draußen. Aus diesem merkwürdigen Verhalten des Großen Senats kann eigentlich nur ein Schluß gezogen werden: Verstöße gegen die heiligen akademischen Regeln werden in Zukunft geduldet.

Zum weiteren Vorgehen in der Satzungsfrage wählte der Große Senat den unehrlichen, aber als praktikabler an-

gesehenen Weg, die zugestanden unzulängliche Satzung erst genehmigen zu lassen; eine Satzungsänderung nach den Vorschriften der (schlechten) Satzung wurde für den Zeitpunkt unmittelbar nach Genehmigung in Aussicht gestellt. Die in dem Programm der Studentenschaftsvertreter gestellten Forderungen der Satzungsreform wurden in einer Willenserklärung gebilligt. Ein Satzungsausschuß („Godesberger Ausschuß“) erhielt den Auftrag, bis spätestens zum Wintersemester 68/69 beschlußreife Satzungsänderungsvorschläge vorzulegen. Dem Ausschuß gehören an: 5 Ordinarien, 2 Nichtordinarien, 5 Assistenten und 5 Studenten; dazu kam noch der Personalratsvorsitzende der THD (ein Assistent). Der Vorschlag der Studenten, den Ausschuß mit 5 Professoren, 5 Assistenten und 5 Studenten paritätisch zu besetzen, wurde also in eine 7:6:5-Beteiligung umgewandelt.

Nach dieser Sitzung konnte die Genehmigung der Satzung durch den Kultusminister, der offensichtlich noch gewartet hatte, erfolgen. Mit Erlaß vom 28. Februar 1968 wurde die Satzung genehmigt, mit Eingang des Genehmigungserlasses am 4. März wurde die Satzung der TH Darmstadt rechtskräftig. Alle bisherigen Regelungen – eine geltende Satzung gab es nicht – waren abgelöst. Merkwürdig an diesem Verfahren war, daß die Satzung sofort in Kraft trat, obwohl der Kultusminister an der Hälfte aller Paragraphen des Satzungsentwurfs Änderungen vorgenommen hatte.

Die meisten dieser Änderungen sind redaktioneller Art, sie gleichen die Satzung in der Wortwahl an das Hessische Hochschulgesetz (HHG) an und ergänzen auslesungsbedürftige Formulierungen, die damit eindeutig werden. Einige Verstöße gegen das HHG sind ebenfalls geändert, meist betreffen diese ungewollte Kleinigkeiten. Am wichtigsten sind jedoch einige Änderungsvorschriften an Formulierungen, die nicht gegen das HHG verstießen. Im Hinblick auf die auch im HHG garantierte Autonomie der Hochschulen ist dies ein bedenkliches Verfahren, denn solche Änderungen dürfen nur die dafür vorgesehenen Hochschulgremien (etwa der Satzungsgebende Senat) vornehmen. Zwar sind diese Änderungsvorschriften aus studentischer Sicht nur zu begrüßen, weil sie durchweg auf der Linie der studentischen Reformvorstellungen liegen. Es wäre jedoch besser gewesen, wenn der Kultusminister sie als Empfehlung der Hochschule ans Herz gelegt hätte. Der Große Senat hätte dann gleich Farbe bekennen müssen, wie weit sein demonstrierter Reformeifer nun wirklich geht.

Die wichtigsten Änderungen betreffen Punkte, die zum großen Teil von den Studenten vor der Genehmigung kritisiert worden waren:

- Die Trennung von „Mitgliedern“ und „Ferner-Teilnehmern“ (Assistenten und Studenten) in den Hochschulorganen wird durch die Formulierung „Angehörige“ weitgehend aufgehoben. Die Diskriminierung der Assistenten und Studenten in § 10 Abs. 3 des Entwurfs, der diese – und nur diese – Gruppen vergatterte, das Wohl der Hochschule im Auge zu behalten, entfällt; nun haben endlich auch die Professoren, wie die anderen Angehörigen, „... die Interessen der Hochschulen wahrzunehmen und sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden“.
- Der Negativkatalog für die Assistenten (Entwurf § 10 Abs. 6) wurde ersatzlos gestrichen.

- Die Studentenvertreter im Großen Senat (Entwurf § 12 Abs. 2) werden schlicht, wie das HHG vorschreibt, nach Maßgabe der Studentenschaftssatzung bestellt. Der Entwurf sah hier vor, daß die studentischen „Teilnehmer“ an den Senats- und Fakultätssitzungen automatisch in den Großen Senat kommen.

- Die Zahl der studentischen Vertreter im Großen Senat wird auf 16 festgelegt. Der Kultusminister stand hier vor dem Dilemma, entweder diesen ganzen Passus zu streichen, was eine nicht rechtlich festgelegte Zahl von Studentenvertretern (und damit die fortwährende Anfechtungsmöglichkeit aller Beschlüsse des Großen Senats) bedeutet hätte, oder eine Zahl willkürlich vorzuschreiben, was ihm jedoch nicht zusteht. Der Minister wählte in der Hoffnung auf Frieden die vom Satzungsentwurf zugestandene Maximalzahl (die Minimalzahl des Entwurfs sind 14 Studentenvertreter).

- Die Bestimmung, daß der dienstliche Schriftverkehr der Organe der Studentenschaft mit dem Kultusminister durch die Hand des Rektors zu gehen hat (Entwurf § 20 Abs. 5), wurde gestrichen.

- Die Bestimmung, daß Rektor und Dekane Studentenvollversammlungen einberufen konnten (Entwurf § 90), und die Bestimmung über die Zulassung von studentischen Vereinigungen (Entwurf § 91) wurden ersatzlos gestrichen.

Außer den Änderungen, die rechtskräftig sind, regte der Kultusminister konkret einige weitere Satzungsänderungen an. Unter anderem sollen die Passagen über die Aufgaben der Lehrstuhlinhaber, der Fakultäten und der Dekane präzisiert werden; die Studenten sollen verpflichtet werden, ihr Studium in angemessener Zeit zu beenden; die Zahl der Assistenten- und der Studentenvertreter in den Hochschulorganen soll erhöht werden.

Bei den zahlreichen Änderungen vermißt man einige weniger wichtige, so etwa an den § 89 Abs. 4 und § 105 Abs. 1 des Entwurfs, in denen vorgeschrieben wird, daß die Satzungen der Studentenschaft, der Assistenten- und der Nichtordinarierversammlung vom Senat genehmigt werden sollen oder müssen. Diese Satzungen regeln unter anderem den Modus, nach dem diese Gruppen ihre Vertreter in die Hochschulgremien delegieren, zum Beispiel in den Senat. Der Senat kann also das Inkrafttreten dieser Satzungen verhindern, wenn ihm das Dele-

gierungsverfahren nicht paßt, wenn es ihm – nur als Beispiel – zu demokratisch ist. Die Streichung dieser Punkte hätte niemandem wehgetan und eine (nur theoretisch) mögliche Quelle von Reibereien zugestopft.

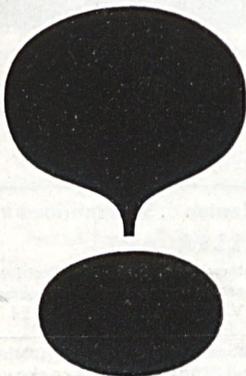
Die anfängliche Freude über die Genehmigung der Satzung hielt nicht lange an. Zwar konnte der Konrektor, Prorektor Schmieden, die Gefahr für die Autonomie der Hochschule nicht sehen, als er auf einer Pressekonferenz am 5. März die geänderte rechtskräftige Satzung vorlegte. Doch am 18. März entschloß sich der (Kleine) Senat, den Kultusminister in vier Punkten um eine Revision der Änderungen und Belassung bei den ursprünglichen Formulierungen zu bitten.

Belassen sollte der Kultusminister:

- den Negativkatalog für die Assistenten;
- die Bestimmung, den Schriftverkehr der Studentenschaft mit dem Kultusminister durch die Hand des Rektors gehen zu lassen;
- die Vorschrift über die Beteiligung der Studentenvertreter im Großen Senat;
- die Bestimmung, die auftretende Divergenzen zwischen Rektor und Senat einerseits und Verwaltungsrat andererseits regeln sollte.

In den Begründungen zu diesen Punkten werden neben juristischen auch Gesichtspunkte der Praktikabilität angeführt, obwohl es hier allein um „eine Frage von prinzipieller Bedeutung“ (d.h. um die Autonomie der Hochschule) gehen sollte; überzeugend sind die Begründungen deshalb nicht.

Was die beiden die Studentenschaft unmittelbar betreffenden Punkte angeht, so ist die Sachlage eigentlich klar: „Die Studentenschaft verwaltet ihre Angelegenheit selbst...“ (HHG § 34 Abs. 1). Obwohl die Formulierungen des Entwurfs mit den Bestimmungen des HHG nicht in Einklang stehen, beharrt der Senat auf ihnen. Von der prinzipiellen Bedeutung abgesehen, ist die Geschichte mit dem Schriftverkehr albern, denn Wiesbaden liegt nicht so weit weg von Darmstadt, daß man diese Bestimmung nicht per Telefon, Auto oder Eisenbahn unterlaufen könnte, wenn es nötig wäre. Und was die Delegation von Studentenvertretern in den Großen Senat betrifft (moniert wird nicht die vom Kultusminister etwas willkürlich festgesetzte Zahl von 16 Vertretern), so ist das nach dem HHG Sache der Studenten. Der Senat argumentiert allerdings so, als hätten die Studenten ihre eigene Satzung gefälligst nach diesem



## STABILO-Pen 67

Der neue Faserschreiber schreibt lange, fein und federnd.



**Schwan - STABILO**

Wunsch auszurichten. Sollte der Kultusminister der Bitte des Senats nicht entsprechen und eine Revision der Änderungsvorschriften ablehnen, könnte die Hochschule eine Klärung mit einer Verwaltungsklage erstreben. Das Inkrafttreten der Satzung würde nicht berührt, lediglich die Einzelpunkte würden ausgeklammert.

So oder so, die Hochschule hat nun eine Satzung, die mit dem HHG in Einklang steht. Geändert hat sich gegenüber den bisherigen Regelungen herzlich wenig. Das einzig Neue ist der Verwaltungsrat. Die Chancen, die das HHG bot, sind nicht wahrgenommen worden; ein neuer Zopf ist hinzugekommen, und die alten Zöpfe sind ein bißchen länger geworden.

Die von den Studenten geforderte Demokratisierung der Hochschule ist nach wie vor nicht realisiert, nicht einmal in den kleinsten Ansätzen; selbst für eine kleine Änderung der Hochschulstruktur hat es nicht gelangt. Doch das ist wohl zuviel verlangt von einem Gremium, das erst eine anachronistische Satzung macht, sie dann ausdrücklich genehmigen läßt und gleichzeitig, mit einer erschreckenden Einmütigkeit, die Absicht bekannt gibt, sie nach Genehmigung völlig umzukrempeln. Dieses Vorgehen ist eigentlich nur mit Börsartigkeit oder mit Schizophrenie zu erklären.

Was sollen die Studenten von den Professoren halten, die früher den Negativkatalog ins Hochschulgesetz brachten und jetzt strahlend vor Unschuld erklären, das sei nicht mehr ihre Sache? Was sollen die Studenten von ihrem Rektor halten, der sich weigerte, auch nur die Möglichkeiten zu sondieren, die Satzung ungenehmigt zurückzufordern — mit Argumenten, wie sie der Karikatur eines kleinen Beamten (Motto: „Ich habe meine Vorschriften und tue nur meine Pflicht.“) angemessen wären? Mißtrauen ist angebracht.

Noch steht die Absichtserklärung des Großen Senats, die Satzung nach ihrer Genehmigung unverzüglich im Sinne der studentischen Vorstellungen zu ändern. Zuviel Hoffnungen sollten die Studenten sich jedoch nicht machen. Die Erfahrungen beim Streit um das Hessische Hochschulgesetz (1965), die klammheimliche Ausarbeitung einer Hochschulsatzung (1967), mit der sich zynische Gemüter auch nach den progressiven Änderungstendenzen ein paar frohe Stunden machen können, und die Zusammensetzung des „Godesberger Ausschusses“ sprechen dagegen, daß die Professoren ernsthaft gewillt sind, die Struktur der Hochschule so zu reformieren, wie es für 1968 (2. Hälfte des 20. Jahrhunderts) nötig wäre.

Die Studentenschaft sollte den ursprünglich geplanten „Initiativausschuß“ auch jetzt noch, neben dem „Godesberger Ausschuß“, arbeiten lassen. Sie kann so notfalls der Gefahr entgehen, sich so zu kompromittieren wie die damaligen Studentenvertreter im Satzungs-ausschuß und im Satzungsgebenden Senat, denen gar nichts anderes übrigblieb als mitzumachen. Wenn der Initiativausschuß parallel zum Godesberger Ausschuß arbeitet, kann die Studentenschaft auf alle Fälle einen Satzungsentwurf vorlegen, der ihren Vorstellungen entspricht, unabhängig davon, ob die Mitarbeit im Godesberger Ausschuß die gewünschten Ergebnisse bringt oder nicht, ob man also bis zum Ende mitmachen kann, ohne die Konzeption einer demokratischen Hochschule aufgeben zu müssen, oder aber ob man den Godesberger Ausschuß verlassen muß. Die Studentenschaft könnte so von Anfang an klarstellen, daß es ihr ernst mit dem Ziel einer Hochschulreform ist und daß sie nicht noch einmal unzulängliche Anachronismen mit ihrem Namen zu decken gewillt ist.

„Berlin darf niemals wieder Deutschlands Hauptstadt werden“

Adenauer, BRD, 1. 12. 1946

„Westdeutschland gehört nicht mehr zum deutschen Staatsverband“

Ulbricht, DDR, 10. 8. 1961

500 belegte Aussprüche dieser beiden und ihrer Gehilfen — 1963 erstmals zusammengefaßt — nie widerlegt — neu aufgelegt

„AUS Adenauer — Ulbricht — Spaltung“  
das politische Taschenbuch der 500 Beweise, gewidmet der Meistverfolgten unserer Zeit: der Wahrheit.

„AUS“ fordern Sie bitte an vom:

BRANDENBURGER-TOR-Kreis,  
2 Hamburg 11, Postfach 1220

# WOHIN IM URLAUB



**Rumänien**  
St. Georghe/Donaudelta  
2 Wochen  
**429,- DM**

## SOPRO'68 IST DA

Verlangen Sie noch heute Ihren eigenen Katalog — kostenlos

**Deutscher Studenten-Reisedienst**  
53 BONN, DIETKIRCHENSTR. 30

Studentenreisen  
Studentenwerk Darmstadt, Alexanderstraße 22

### Einkaufsvorteile für Studenten u. Studentinnen in TEXTILIEN ALLER ART

wie Hemden, Trainingsanzüge, Unterwäsche, Strümpfe, Frottierartikel, Bettwäsche und vieles andere in guten und preiswerten Qualitäten mit wirklichen PREISVORTEILEN FOR SIE!

**KARL MÜLLER** — Textilgroßhandel, Bleichstraße 51 (Nähe Steubenplatz, Eingang durch den Hof) Einzelhandelsverkauf  
an Private: 8.30—17.30 samstags: 8.30—12.00

Knut Feiert/Falk Rieß

## THEORIE UND PRAXIS

Wir stellen vor:  
Lehrstuhl für Theoretische  
Festkörperphysik

### Zu wenig Platz

Bei seiner Berufung auf den Lehrstuhl für Theoretische Festkörperphysik war Professor Fick ein Raumbedarf von 300 qm im sogenannten Block B, der hinter dem Kern-Physik-Gebäude entstehen sollte, zugestanden worden. Wegen der Zurückstellung der wissenschaftlichen Neubauten (ein Verwaltungsgebäude ist ja wichtiger) muß sich der Lehrstuhl nun mit etwa einem Drittel dieses Raumes zufrieden geben. Er konnte jedoch durch ein Entgegenkommen von Professor Hellwege in fünf Räumen des Gebäudes des Institutes für Technische Physik (Nr. 2 auf dem Hochschulplan) untergebracht werden. Dort sitzen die Planstellen: ein ordentlicher Professor, zwei Assistenten, eine Schreibkraft – und (nicht im Haushaltsplan enthalten) ein Doktorand sowie vier von den acht Diplomanden, die Professor Fick zur Zeit betreut. Der Lehrstuhlinhaber ist nicht glücklich darüber, daß ein Teil seiner Diplomanden zuhause arbeiten muß:

Bei Theoretikern besteht die Gefahr, daß sie nur ein ganz tiefes Loch ganz eng bohren; dann sehen sie oben nur noch den einen Stern, ihre Arbeit, und sonst nichts mehr.

### Geld gerade ausreichend

Die Personalaufwendungen betragen jährlich etwa 83 000 DM, ein weiterer Assistent ist beantragt. Aus dem Titel 300 des Haushaltsplans (Lehr- und Forschungsbetrieb) stehen in diesem Jahr 14 600 DM zur Verfügung. Zum Vergleich ein experimentelles Institut mit Werkstatt (Technische Physik): Personalkosten etwa 425 000 DM, wissenschaftliche Aufwendungen 83 700 DM. Professor Fick ist momentan mit der finanziellen Situation zufrieden; er benutzt das Geld, um Bücher und Zeitschriften zu kaufen, die theoretischen Charakter haben und die in der gemeinsamen physikalischen Bibliothek auch den experimentellen Lehrstühlen zur Verfügung stehen. Er legt Wert darauf, daß auch solche Bücher angeschafft werden, die über die festkörperphysikalische Fachrichtung hinausgehen und sich etwa mit der Verantwortung des Wissenschaftlers befassen. Wengleich der Etat eben ausreicht, würde eine Kürzung eine gefährliche Situation heraufbeschwören; nach der letztjährigen Verfügungssperre mußten sogar Zeitschriften abbestellt werden. Eine solche Maßnahme würde sich erst auf lange Sicht, dann aber umso störender, auswirken. Nach persönlicher Intervention beim Kultusminister konnte die Abbestellung allerdings rückgängig gemacht werden.

Die Mittel für Hilfsassistenten sind aufgrund einer Berufungszusage ausreichend, völlig ungenügend ist aber, besonders im Hinblick auf das geforderte Gruppenstudium, die Zahl der Assistenten.

### Vorlesung, Übung, Seminar

Professor Fick hat bisher einen Kurs in Theoretischer Physik (Thermodynamik, Quantentheorie I und II) bis auf die Elektrodynamik gelesen, sowie einige Spezialvorlesungen über Theoretische Festkörperphysik und Magnetismus (SS 68). Die Vorlesungen gelten bei Studenten vom pädagogischen wie vom fachlichen Standpunkt her als ausgezeichnet. Übungen werden grundsätzlich in Anwesenheit des Professors abgehalten; allerdings sei eine Erhöhung des Wirkungsgrades der Übungen durch individuelle Betreuung beim Gruppenstudium durchaus möglich, falls genug Personal zur Verfügung stünde, meint Professor Fick. Pro Kursvorlesung werden zwei Klausuren veranstaltet; die Teilnahme ist zur Erlangung eines Übungsscheines obligatorisch. Alle Hilfsmittel sind gestattet, die Fragen sind prinzipieller Natur und testen das Verständnis. Übungsscheine sind also nicht den Assen vorbehalten. Fragebogenaktionen und Vorlesungsrezensionen hält Professor Fick für nützlich, allerdings sei es oft schon zu spät, wenn die Ergebnisse den Professoren zugestellt werden.

Ich würde es aber mehr begrüßen, wenn die Studenten persönlich kämen und direkt sagten, was ihnen nicht paßt. Der „Tag der Offenen Tür“ ist bei mir nicht nötig, wir haben immer eine offene Tür. Die Studenten sollten viel mehr mit den Professoren über die Vor-



lesung reden. Es ist sicherlich auch schwierig von ihrer Seite: der Student muß in die Prüfung und damit ist ein gewisser Gradient gegeben. Ich habe das Gefühl, bei den Studenten ist die Tendenz „nicht auffallen“ etwas stark verbreitet.

Im vergangenen Semester kreierte der Lehrstuhl eine neue Art von Seminar, einen Kompromiß zwischen Lehrbetrieb und Seminar. Da die Studenten das Thema nicht allein bewältigt hätten, trug der Assistent Dr. Schwegler während der Hälfte der Zeit Grundsätzliches vor (es wurden Ausarbeitungen verteilt), während der anderen Zeit wurde der Stoff von Studenten in Beispielen vertieft. Dies soll keine Dauereinrichtung werden, obwohl sich die Methode bewährt hat. Über das Seminarthema des Sommersemesters wurde eine demokratische Plenarsitzung mit den Diplomanden abgehalten („Warum soll ich immer beschließen, was die Studenten lernen sollen?“).

## Magnetische Relaxation und Thermodynamik

Professor, Assistenten und Diplomanden arbeiten gemeinsam an einem großen Thema:

Bei uns stehen magnetische Fragen im Vordergrund, speziell die zeitliche Änderung der Magnetisierung, das heißt wenn man die Zeitfunktion eines Magnetfeldes vorgibt. Das nennt man magnetische Relaxation. Aus dem dynamischen Verhalten kann man Rückschlüsse ziehen auf die Wechselwirkungsmechanismen im Innern einer magnetischen Probe. Wir haben da eine bestimmte Technik entwickelt: Wir bilden diesen Relaxationsvorgang auf zeitabhängige

### Dr. rer. nat. Eugen Fick

geboren am 24. 12. 1926 in München  
Reifevermerk

1 Jahr Militärdienst

1946–1952 Physik-Studium an der TH München

1952 Diplom bei G. Joos  
(Experimentelle Arbeit!)

1953 Promotion

1953–1960 Wissenschaftlicher Assistent am Institut  
für Theoretische Physik an der  
TH München

1959 Habilitation an der TH München

1 Semester Lehrauftrag an der Uni München

Mai 1962 bis Oktober 1963 Vertreter des Lehrstuhls  
für Theoretische Physik an der Univer-  
sität Würzburg

1963 ao. Professor an der THD

1966 o. Professor

Temperaturen ab und können dann mit Hilfe von Wärmeleitungsgleichungen die Magnetisierung quantentheoretisch berechnen. Da kann man natürlich sehr viel variieren: Hamilton-Operatoren, Temperaturen, Magnetfeld. Fast alle Diplomarbeiten beschäftigen sich damit in einer Art Teamwork. Wir haben es so weit geschafft, daß wir „sogar“ Experimente von Prof. Weber vom Institut für Technische Physik erklären konnten.

Der Lehrstuhl arbeitet, wie erwähnt, sehr eng mit der magnetischen Gruppe des Instituts für Technische Physik zusammen, hat aber auch Kontakte zu Experimentalphysikern in Karlsruhe und Stuttgart, die ebenfalls Relaxationsprozesse untersuchen. Was die Theorie betrifft, so mußte zur Behandlung dieser Probleme eine erweiterte Thermodynamik geschaffen werden. Auf diesem Gebiet besteht Verbindung zu Theoretikern in Aachen.

## Diplomarbeit: Teil der Ausbildung

Eine schwierige Sache bei Diplomarbeiten ist die Kommunikation von oben nach unten, die Betreuung der wissenschaftlichen Arbeit durch den „Vorgesetzten“. Beim Lehrstuhl für Theoretische Festkörperphysik ist das so:

Die Diplomanden werden auch von den Assistenten betreut; meine Assistenten sind mir da sehr behilflich, und ich kann mich gut darauf verlassen. Das heißt nicht, daß die Diplomanden nicht zu mir kommen sollen. Wenn der Betreffende kleinere Fragen hat, wenn da ein kleinerer Potentialwall ist, wo er nicht weiter kommt, geht er lieber zu den Assistenten. Wenn einer eine gewisse Stufe erreicht hat, dann kommt er und erzählt mir die Geschichte. Meine Diplomanden sollen mir ungefähr jeden Monat berichten, wie weit sie gekommen sind, damit ich dann wieder ein bißchen weiterführen kann. In der Theorie kann man nicht am Anfang sagen: „Das machst du jetzt“ wie vielleicht bei den Experimentatoren. Man muß dem Studenten die Möglichkeit geben, in die Arbeit hineinzuwachsen; er kann am Anfang noch nicht alles verdauen.

Zum heiklen Thema der Dauer einer Diplomarbeit konnte Professor Fick verbindlich sagen:

Die Arbeit dauert zwei Semester plus dem, was am Ende kommt mit Zusammenschreiben und Vorbereitungszeit auf die Prüfung, die nicht zu lang sein sollte. Sie dauert damit effektiv drei Semester. Ich bin nicht der Meinung, daß in einer Diplomarbeit unbedingt etwas herauskommen muß, etwa eine Veröffentlichung – im Gegensatz zu einer Doktorarbeit. Die Diplomarbeit ist ein Teil der Studienausbildung, und in ihr soll der Student lernen, wissenschaftlich zu arbeiten. Innerhalb eines Jahres hat er dazu ausreichend Gelegenheit, und außerdem weiß ich dann auch, was er kann. Ob dabei etwas herauskommt, hängt in weitem Maße davon ab, welches Thema ich ihm gegeben habe. Dafür kann man den Studenten nicht büßen lassen. Ich benote die Arbeit nicht danach, was in dem Papier steht, das der Diplomand mir dann vorlegt, sondern danach, wie er sich angestellt hat.

## Physiker in der Industrie

Wenn man „Theoretische Physik“ hört, hat man oft die (falsche) Vorstellung vom Schreibtischgelehrten mit dickem Kopf und zwei linken Händen. Man fragt sich nach den Berufsaussichten dieser Leute.

Die Frage ist mir schon oft gestellt worden. Ich glaube, daß es auf längere Zeit gesehen nicht entscheidend ist, ob man eine theoretische oder experimentelle Arbeit gemacht hat. Die Industrie ist ein großes Problem für alle Physiker, sie braucht ja sehr viele und „verheizt“ sie an Stellen, wo man einen gut ausgebildeten Fachschul-Ingenieur oder Laboranten genauso gut einsetzen könnte. Die Industrie will Leute, die Verantwortung haben. Die wollen irgendwo jemand hinsetzen, der merkt, wenn die Kurve im Schreiber plötzlich weit heraufgeht, und der dann denkt, aha, da ist etwas passiert. Und da nimmt man an, daß

das ein Akademiker besser kann. Das ist leicht übertrieben, aber es ist im Kern schon wahr; ein Industriephysiker hat mir einmal gesagt: Die Physiker, die die Hochschulen ausbilden, sind für die Industrie viel zu schade. Ich glaube nicht, daß wir den Schluß daraus ziehen sollten, mit dem Niveau herunterzugehen. Viel wichtiger wäre eine gezielte Berufsausbildung durch Leute, die wirklich etwas verstehen, und zwar vom ersten Semester an. Es wären Berufsberater nötig, die dem Studenten sagen, was ihn wirklich in der Industrie erwartet, daß er zum Beispiel als Diplomingenieur auch mit den Arbeitern auskommen muß.

Firmen, die Physiker sinnvoll einsetzen, fragen nicht danach, ob er eine theoretische oder eine experimentelle Arbeit gemacht hat. Ein Physiker soll lernen, physikalisch zu denken, aber experimentelle Fähigkeiten allein sind nicht entscheidend. Löten können andere auch. Der Physiker wird als Feuerwehr eingestellt, die eingreift, wenn die anderen nicht mehr weiter wissen.

### Hochschulpolitik

Zur stärkeren Beteiligung der Studenten an den akademischen Gremien kamen von Professor Fick keine prinzipiellen Bedenken, aber eine skeptische Einschätzung der Realitäten:

Bei einer eventuellen Drittelparität bezweifle ich, daß sich wirklich genügend Leute finden, die Zeit aufbringen wollen, sich in diese Gremien hereinzusetzen. Mit dem oft gebrauchten Wort „qualifiziert“ wird eine Rangordnung geschaffen, das wollen wir gar nicht; viel wichtiger ist es, daß die Leute interessiert sind. Es ist nämlich nicht sehr erfreulich, immer an einer Fakultätssitzung teilnehmen zu müssen. In vielen Fällen werden Themen behandelt, die den Studenten kaum ansprechen; man muß sich zum Beispiel Gedanken machen, wo man im Jahr 1975 noch Platz haben will für Neubauten. Hat ein Student aber wirklich Interesse daran? Wir haben Studentenvertreter in der Fakultät, sie machen ihre Sache sehr gut, und es wäre auch sicher schön, wenn wir mehr hätten. Verstehen Sie mich recht: Ich will mich nicht dagegen wehren, daß die Studenten stärker vertreten sind. Momentan steht diese Sache zur Diskussion, da kann man dafür Begeisterung entfachen, aber die reine Alltagsarbeit interessiert binnen kurzem kaum jemand mehr. Der Student will halt studieren und möglichst rasch fertig werden. Das ist kein richtiger Standpunkt, aber es ist ein Faktum.

Diese leider zutreffende Darstellung zeigt deutlich, wie wenig sich der Student seiner gesellschaftlichen Lage bewußt ist. Das „Schnell-fertig-werden-wollen“ erscheint als billige Entschuldigung für politische Indifferenz. Wissenschaftliches Denken und wissenschaftliche Arbeitsweise lassen sich nicht nur dazu benutzen, Berechnungen und Konstruktionen durchzuführen; später sitzt „der Akademiker“ nämlich auch in Gremien, deren Entscheidungen nicht nur fachbezogen sind. Ein Problem ohne Vorurteile angehen, Informationen sammeln, ordnen und werten: das zu lernen, darf man nicht als verlorene Studienzeit ansehen.

Wenn Sie nach zehn Jahren wirklich einen leitenden Posten in der Industrie haben, brauchen Sie von Physik gar nicht mehr viel zu wissen. Für den Physiker ist die Physik nicht die allein seligmachende Aufgabe, die er an der Hochschule lernen sollte.

  
**SIEMENS**

## Datenverarbeitung Halbleitertechnik Reaktorkraftwerke Leistungselektronik Prozeßautomatisierung Satellitenfunk



Sechs markante Beispiele aus unserer Arbeit. Hier können auch einmal Ihre beruflichen Aufgaben liegen.

Unsere Druckschrift »Ingenieur im Hause Siemens« berichtet Ihnen über den neuesten Stand der Entwicklung. Sie gibt Ihnen Einblick in alle wichtigen Aufgaben der Elektrotechnik und Elektronik. Sie berichtet von der Organisation unseres Hauses. Das alles interessiert auch Sie. – Lassen Sie sich unsere Druckschrift kommen. Wir schicken sie Ihnen gern.

Abteilung Technisches Bildungswesen,  
8000 München 25, Hofmannstraße 51,  
8520 Erlangen, Werner-von-Siemens-Straße 50

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

Hartmut Bauer

## STATT REFORMEN SPRUCHWEISHEITEN

Seit einiger Zeit hat sich der Schwerpunkt des öffentlichen Interesses an der Bildungspolitik vom Schul- auf den Hochschulbereich verlagert. Vor einigen Jahren wurden die Fragen nach dem Lehrernachwuchs und der Durchlässigkeit der verschiedenen Schulausbildungswege heftig diskutiert. Heute sind es Probleme der Hochschulen, mit denen die Öffentlichkeit fast täglich konfrontiert wird. Auch wenn keine Konzeption der Hochschulreform zu sehen ist, die allen Beteiligten und Betroffenen zugesagt: Das Versprechen, es werde schon etwas geschehen, nur nicht überstürzt, wird nicht mehr ernst genommen.

### Den Anfang machten die Studenten

Die Studenten erkannten als erste, daß in unserer Gesellschaft nicht das Was, sondern das Wie die größten Schwierigkeiten bereitet; daß es viel wichtiger ist, Möglichkeiten für die Realisierung von Reformen zu finden, als immer neue Reformpläne zu machen, die, so vernünftig sie auch sein mögen, doch keine Konsequenzen haben.

Die Studenten haben den Weg gewählt, nicht nur von den Hochschulen aus eigenem Antrieb Reformen zu fordern, sondern, über das politische Mandat, auf die Gesellschaft so einzuwirken, daß auf die Hochschulen zusätzlich von außen Druck ausgeübt wird. So gefährlich dieser Weg auf den ersten Blick erscheinen mag, so konsequent und so praktikabel ist er. Die Studenten fordern die Demokratisierung der Hochschule mit dem einleuchtenden Argument, daß die Gesellschaft kein Interesse daran haben kann, in ihren führenden Positionen Leute zu haben, die erst nach Abschluß des Studiums die Demokratie praktizieren können. Die von den Studenten vorgeschlagene Reform muß die Zustimmung der Öffentlichkeit haben, die Studenten mußten sich also ins öffentliche Bewußtsein bringen.

Nachdem die Studenten dafür gesorgt haben, daß die Beschäftigung mit Fra-

gen der Hochschulpolitik ein fast moidisches Gütezeichen für Aufgeschlossenheit geworden ist, ziehen andere Gruppen schnell nach, um den Zug nicht zu verpassen. Die Assistenten und die Nichtordinarien gründen Interessenverbände und machen ihrerseits Reformvorschläge, die denen der Studenten von vor etwa 10 Jahren entsprechen. Die erlauchten etablierten Gremien wie die Westdeutsche Rektorenkonferenz und die Kultusministerkonferenz sind ebenfalls erstaunlich munter geworden; die Stellungnahmen nehmen kein Ende, man trägt wieder Fortschritt.

### Die Politik schaltet sich ein

Die Landespolitiker, neuerdings auch die Bundespolitiker, die jetzt die lange ignorierten Studenten mit massiven gesellschaftspolitischen Vorwürfen am Hals haben, schlagen erschrocken vor, mit der Hochschulreform endlich Ernst zu machen; deren Verschleppung sei die Wurzel allen Übels. Der Umgang mit den Politikern ist rauher als mit gesitteten Akademikern; die sehen „unsere“ freiheitlich demokratische Grundordnung angegriffen (diese Wortbildung kann die Differenzen zwischen Schulbuch-Grundgesetz und Verfassungswidrigkeit kaum vernebeln) und schlagen entsprechend kräftig zurück. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, wollen einige Politiker, die ganz einfach genug von den leeren Versprechungen der Hochschulen haben, der Autonomie der Hochschulen ernsthaft an den Kragen.

### Statt Reformen Abwehrformeln

Noch haben die Hochschulen, zumindest theoretisch, die Chance, diesen Angriff auf ihre Freiheit abzuwehren. Nur ist nirgends zu sehen, daß die Gefahr richtig eingeschätzt wird und entsprechende Abwehrmaßnahmen vorgenommen werden. Kennzeichnend ist das Phlegma, mit dem sich die Professoren Gedanken um Reformen machen. Wie in tiefsten Friedenszei-

ten, in der in vielen Jahren erlernten naiven Unschuld, wird sich mit den studentischen Reformvorstellungen auseinandergesetzt.

Statt die Vorschläge der Studenten gründlich zu untersuchen und Fehler in ihren Modellen nachzuweisen oder wenigstens selbst schlüssige Gesamtreformpläne vorzulegen, wird von den bis jetzt allein entscheidungsbefugten Professoren ohne große Begeisterung und ohne großen Erfolg an Einzelsymptomen herumgedoktert. Gegen die studentischen Forderungen werden inzwischen fleißig Abwehrformeln geprägt, die zwar auf den ersten Blick furchtbar seriös wirken, sich bei näherer Untersuchung jedoch als arrogant und unsinnig erweisen. Die wichtigsten dieser Formeln gegen die Mitbestimmung der Studenten in den Hochschulangelegenheiten seien genannt. Zunächst:

### „Den Studenten fehlt es an Erfahrung.“

Entscheidungen setzen Informationen voraus. Einige dieser Informationen können durch Erfahrung gewonnen werden, ebenso jedoch durch eingehende Unterrichtung. Der Vorwurf wird sofort gegenstandslos, wenn den studentischen Vertretern alle Möglichkeiten geboten werden, sich ausreichend zu informieren. Die Studenten sind dann gegenüber den erfahrenen Professoren sogar im Vorteil, da sie nicht in Versuchung geraten werden, alles so zu belassen, wie es vor 20 (50 oder 100) Jahren war. Sie werden viel leichter neue Lösungen finden, weil sie noch nicht durch Erfahrung blockiert und auf die immer gleichen Bahnen der Gedanken beschränkt sind. Gerne verzichten die Studenten auf die Erfahrung der Professoren, die schon vor 1945 ihr solides Auskommen an der Hochschule hatten. Wer zum Beispiel noch 1944 Rektor an einer deutschen Hochschule sein konnte, muß sich Mißtrauen gefallen lassen.

Der Vorwurf der mangelnden Erfahrung ist nicht ehrlich, weil er gleichzeitig die Absicht deutlich impliziert, die Studenten nicht ausreichend zu informieren. Er ist nicht ernst zu nehmen, solange „Erfahrung“ ein Synonym für „Reformunwilligkeit“ ist, solange genug Gründe dafür sprechen, daß viele Professoren sich vor den Studenten nicht bloßstellen wollen, die wohl schnell merken könnten, wie unqualifiziert manche Entscheidungen aus Bequemlichkeit und Unvermögen getroffen werden.

Ein weiterer Vorwurf:

**„Die Studenten können viele Entscheidungen nicht verantworten, da sie der Hochschule nicht lange genug angehören.“**

Es ist zwar richtig, daß die meisten Professoren einer Hochschule länger als der Durchschnittsstudent angehören und deswegen die Folgen getroffener Entscheidungen länger selbst ausbaden haben. Aber das spricht doch nicht im geringsten dagegen, daß die Hochschulgremien die Aufgabe haben, aufgrund aller erhältlichen Informationen die beste Entscheidung zu treffen, nicht jedoch die für einen kleinen Kreis bequemste und unverbindlichste.

Penetrant ist der Gebrauch des hehren Wortes von der Verantwortung. Nimmt man die mystische Verklärung und den Weihrauch weg, so bleibt von dem Begriff etwa folgendes zurück: „Verantwortung“ beschreibt, daß jemand, der eine sich später als unrichtig erweisende Entscheidung getroffen hat, dafür nach bestimmten Riten bestraft wird. Die gängigen Strafen sind materielle Einbußen (der gefeuerte Wirtschaftsboß), Einbußen an Macht (der gefeuerte Politiker) und gesellschaftliche Ächtung.

Obwohl sich die Hochschulen aufgrund der Entscheidungen der Professoren in einer miserablen Lage befinden, ist von konkreten Konsequenzen aus der Verantwortung nichts bekannt. Kein Ordinarius wurde in den Status des Assistenten zurückgesetzt, keiner bekam das Gehalt gekürzt, keiner wurde entlassen; auf keinen wird wegen seiner Tätigkeit in den akademischen Gremien heimlich mit dem Finger gezeigt.

Daß es jeder auch mit seinem Gewissen ausmachen muß, wie er sich verhält, ist hier völlig belanglos, weil das weder bewertet werden darf noch nachprüfbar ist. Bevor die Professoren also Sprüche von Verantwortung loslassen, sollten sie erst einmal erklären, wie sie sich äußert; sie sollten beispielsweise nachweisen, daß sie in den letzten zwanzig Jahren nicht verantwortungslos gehandelt haben.

Einer der bequemsten Vorwürfe lautet:

**„Die Studenten zeigen wenig Interesse an der Mitarbeit in der akademischen Selbstverwaltung.“**

Es ist richtig, daß eine große Zahl von Studenten völlig desinteressiert erscheint. Ein latentes Interesse muß

jedoch vorhanden sein; anders läßt es sich nicht erklären, daß in der letzten Zeit die Beteiligung an Studentenschaftswahlen überall kräftig gestiegen ist und daß die Teilnehmerzahlen bei studentischen Aktionen ebenfalls unerwartet groß waren. Für das Desinteresse sind Gründe leicht zu finden.

Bisher dienten die Studentenvertreter in den akademischen Gremien als bisweilen milde belächelte demokratische Zierde; sie hatten kaum eine Chance der Einflußnahme, weder zahlenmäßig noch nach der Ausstattung mit Informationen. Die geringen Möglichkeiten mußten alle potentiell Interessierten, einige Idealisten ausgenommen, abschrecken.

Statt den Studenten mangelndes Interesse vorzuwerfen, sollte lieber überlegt werden, wie die Mitarbeit attraktiver gemacht werden kann. Die Studenten haben bisher nicht deshalb so wenig erreicht, weil sie nicht genug Interesse gezeigt haben, sondern weil die ihnen zugestandene Rolle nur wenige tatsächliche Möglichkeiten bot. Im Verhältnis zum Aufwand lohnte die Mitarbeit bisher nicht, war also für die meisten Studenten uninteressant.

Ein ganzes Bündel von fragwürdigen Gegenargumenten wird gegen die als die unmittelbar gefährlichste angesehene Forderung der Studenten vorgebracht:

**„Die Drittelparität ist abzulehnen, weil im Interesse einer vertrauensvollen Zusammenarbeit nur das Sachargument, nicht aber die zahlenmäßige Zusammensetzung entscheidet.“**

Die Zusammenarbeit schließt die Drittelparität nicht aus, die Studenten wollen ja zusammenarbeiten. Und der Wunsch, es mögen nur vernünftige Gründe – das ist offenbar gemeint – vorgebracht werden, um Entscheidungen zu erleichtern, ist von der Zusammensetzung her nie zu garantieren, kann also kein Grund gegen die geforderte Drittelparität in den Hochschulorganen sein. Die Arbeitsfähigkeit der Gremien könnte dadurch gesichert werden, daß sie radikal verkleinert werden, daß also die Professoren nicht automatisch in der Fakultät und im Großen Senat sitzen, sondern wie die Studenten gewählte Vertreter delegieren. Daß die Studenten auf einer zahlenmäßig starken Repräsentanz bestehen müssen, erklärt sich aus ihren Erfahrungen in der Vergangenheit. Zu oft sind sie übergangen und übers Ohr gehauen worden – die Entstehungsgeschichte der Hochschulsatzung ist ein Beispiel.

Das studentische Konzept einer demokratischen Hochschule verlangt, daß alle Interessengruppen bei Entscheidungen so vertreten sind, daß sie die Möglichkeit einer Einflußnahme haben. Denn ein Merkmal der demokratischen Entscheidungsform ist es, daß Konflikte institutionalisiert sind, daß also verschiedene Ansichten höchst wahrscheinlich vorgebracht werden, bevor eine Mehrheit für eine dieser (eventuell modifizierten) Ansichten gewonnen wird.

Dieses Verfahren ist nicht absolut sicher vor Fehlentscheidungen, hat jedoch den großen Vorteil, daß vor dem Treffen einer Entscheidung ein größeres Spektrum von Entscheidungsmöglichkeiten vorgetragen wird. Damit das aber auch einen Sinn ergibt, muß das Entscheidungsgremium so zusammengesetzt sein, daß zur Mehrheitsbildung eine echte Auseinandersetzung notwendig ist. Die Drittelparität schafft das offensichtlich am besten. Nicht die Harmonie, sondern der Konflikt muß garantiert sein, um zu optimalen Lösungen zu kommen. Die Harmonieapostel vergessen, daß bei der gewünschten All-Einigigkeit niemand mehr bleibt, der Entscheidungen kontrollieren oder kritisieren kann.

Die neueste Masche auf diesem Gebiet ist die Formel von der „funktionsgerechten Mitsprache“. Da paßt nun wirklich alles rein; und gegen die Drittelparität spricht sie auch nicht, auch bei Drittelparität funktioniert es. Vielleicht ist aber gemeint, daß allein die Studenten als die eigentlich Betroffenen entscheiden sollen, wer zum Beispiel Professor wird und wie die Studienpläne aussehen? Denn von der Funktion her haben Professoren kein Interesse daran, Parallel-Lehrstühle zu errichten und auf Pflichtvorlesungen und Pflichtprüfungen zu verzichten.

**Wie geht es weiter?**

Auf alle Fälle geht es nicht mehr, wie bisher weiterzuwursteln und unbekümmert der Dinge zu harren, die da kommen. Wenn die Professoren nicht bereit sind, vernünftig zu argumentieren und sich zur Handlung aufzuraffen, wird man sie erstmalig wirklich verantwortlich machen: indem man ihnen einen Großteil ihrer Macht – und mehr, als auch den Studenten im Interesse einer freien Hochschule lieb sein kann – wegnimmt und staatlichen Organen überträgt. Wenn die Professoren weiter hinhaltend taktieren, wird es ein Schlachtfest unter den heiligen Kühen der akademischen Tradition geben.

## VERSCHAUKELTE SCHÜLER

Durch einen Erlaß schränkte der Herr Hessische Kultusminister (Prof. Schütte) die Zahl der Wahlpflichtfächer an den hessischen höheren Schulen auf zwei bis drei (bisher bis zu acht) ein. Der Wahlfachkatalog umfaßt jetzt ausschließlich naturwissenschaftliche Fächer, während bisher Philosophie, Sozialkunde, Fremdsprachen angeboten wurden. Der Darmstädter Stadtschülerrat intervenierte fruchtlos beim Ministerium und beim Landeselternbeirat: ein höherer Ministerialbeamter versprach wohlwollende Prüfung der Sachlage – Elternfunktionärin Susie Hübsch „mußte zwar für den Erlaß stimmen“, sicherte den Schülern nichtsdestotrotz volle Unterstützung zu.

Die Lehrer, von denen sich die Schüler Aufklärung über den seltsamen Beschluß erhofften, zeigten sich vom Ministerium über die Gründe im Unklaren gelassen und waren auch nicht zufrieden. Im Gegensatz zu den beamteten Wissensvermittlern gingen die Darmstädter Schüler auf die Straße und suchten den Weg der direkten Demokratie. Sie setzten sich vor das Regierungspräsidium, an dessen Fenstern zahlreiche Staatsdiener mit süffisanten Lächeln hingen und dabei die Amtsgeschäfte vernachlässigten (Argument der Oberen gegen eine öffentliche Diskussion: „Der Amtsverkehr wird behindert.“).

Mittels eines studentischen Megaphons wurden dem Regierungsvizepräsidenten die Forderungen der Schüler nach Begründung und Diskussion des Erlasses kundgetan. Aus berechtigter Angst, mit seinen Argumenten Heiterkeit oder Unwillen bei den Demonstranten auszulösen, verweigerte er eine öffentliche Aussprache. Um nicht unverrichteter Dinge wieder abziehen zu müssen, gingen die Schüler nach längerem Hin und Her auf den Vorschlag ein, eine Delegation sowie die Presse zu einem Gespräch am langen Tisch zu entsenden. Vierzehn der Schüler drangen schließlich, ängstlich beäugt vom Amtsschimmel, doch legal in das geheiligte Haus und den Sitzungssaal ein, wo es wider Erwarten keinen Kaffee gab. Zwei Fachleute eilten ihrem bedrängten Vizepräsidenten zur Seite, und schon ging's los. Zunächst übernahm der Vize mit seinen Referenten wie selbst-

verständlich Vorsitz und Gesprächsleitung, prompt kamen im folgenden die Schüler nur kurz zu Wort. Sodann legten beide Seiten ihre gegensätzlichen Standpunkte über die Informationspflicht der Exekutive gegenüber der betroffenen Öffentlichkeit in der Demokratie dar. Schülerseits wurde klargestellt, daß die fröhliche Runde keinen Ersatz für die geforderte öffentliche Aussprache darstelle. Herr Trüller (Germanist), Leiter der Schulabteilung des Regierungspräsidenten, betonte, er habe kein Verständnis für die Demonstration, da die moderne technisierte Welt nach naturwissenschaftlich gebildeten Menschen verlange und man schließlich davon ausgehen müsse, daß man im Ministerium Erlasse vorher gründlich überlege. Unzweifelhaft habe die Technik eine gewaltige Bedeutung auch im Leben des Schülers, man denke nur an das Moped. Die Schüler wiesen dagegen auf die Einseitigkeit der Maßnahmen hin, die beispielsweise in naturwissenschaftlichen Zweigen zu einem unerträglichen Fachidiotentum führe, wo bisher ein sozialwissenschaftliches Wahlfach für Ausgleich gesorgt hatte. Dieses Argument, an das in Ministeriumskreisen offenbar nicht gedacht worden war, überraschte die Amtsträger auf das Höchste. Nach langen, doch umso unfruchtbareren Monologen von Herrn Trüller, der dabei völlig neue Theorien über Begabung erstellte („man wird auch begabt für etwas dadurch, daß man gezwungen ist, sich damit zu beschäftigen“ – ein Mann mit solchen Ansichten sollte um seinen Rücktritt nachsuchen), vereinbarte man die Fortsetzung des Gesprächs auf einem Podium, auf dem dann auch Vertreter des Ministeriums, der Eltern und der Lehrerschaft sitzen sollten. Der Jurist im Vizepräsidenten gab noch zu bedenken, daß man, wolle man alle Darmstädter Schüler dazu einladen, auch für jeden einen Patz bereithalten müsse, als ob beispielsweise Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen nicht auch gewährleistet werden könnte, ohne daß Platz für die gesamte Bevölkerung zugesichert wird.

Der Verlauf des Gesprächs zeigte deutlich, daß die Schüler mit zu großen Hoffnungen hineingegangen waren. Wo eine Seite nicht als gleichwertiger Diskussionspartner angesehen und behandelt wird, kann außer leeren Versprechungen kein greifbares Ergebnis herauskommen. Es bleibt dreierlei festzustellen: Der Herr Kultusminister verschwendet keine Gedanken daran, mit welchen Maßnahmen er den Schülern eine Bildungspolitik schmackhaft machen kann, die er als richtig erkannt zu haben glaubt,

sondern er löst das Problem durch einen administrativen Akt. Der Herr Regierungsvizepräsident ist nicht willig, seiner demokratischen Verpflichtung nachzukommen, als Exekutivorgan Erlasse und Anordnungen zu begründen und sie unmittelbar mit den Betroffenen zu diskutieren. Der Herr Leiter der Schulabteilung ist nicht fähig, einen Erlaß, der in seinen Geschäftsbereich gehört und den er für richtig hält, mit stichhaltigen und halbwegs intelligenten Argumenten zu verteidigen.

Wen mag es da wundern, wenn sich unter der Jugend hartnäckig das Gerücht hält, sie würde von Holzköpfern regiert.

fari/kf

3. 5. 1968

### Persona

von Ingmar Bergman

10. 5. 1968

### Drei Bruchpiloten in Paris

mit Louis de Funes und Bourvil

17. 5. 1968

### La Chinoise

Jean Luc Godards bekanntes Filmwerk im französischen Original

### Spielzeiten:

18.45 und 21.00 Uhr

Samstag/Sonntag 17, 19, und 21 Uhr

## Belida LICHTSPIELE

7. 5. 1968

### Abschied von Gestern

von A. Kluge mit Alexandra Kluge

16. 5. 1968

### Lady L

mit Sophia Loren

18. 5. 1968

### Blow up

Antonionis einmaliger Farbfilm

22. 5. 1968

### 55 Tage in Peking

mit Ava Gardener

16.00 und 20.00 Uhr

### Spielzeiten:

18.00 und 20.30 Uhr

Samstag/Sonntag 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr (Anzeige)

## WASSER UND BROT

F. J. Strauß hat sich wiederholt gegen kritische Studenten gewandt. Nicht daß er sich mit deren Argumenten auseinandersetzte, er diffamierte. Am Aschermittwoch, in Vilshofen, sagte er, man ließe sich auch Kritik gern gefallen, „aber nicht von Verdreckten und Ungewaschenen“. Unruhigen Kritikern empfahl er, „unter den Bajonetten Ulbrichts zu demonstrieren“. CSU-Parteifreund Unertl sekundierte auf derselben Veranstaltung „Dutschke – dieses schmutzige und verlauste Subjekt“.

Seinerzeit zwangen Spiegel-Affaire und die FDP zwar den Verteidigungsminister aus dem Kabinett. Die Kleine Koalition zerbrach und die Große Koalition – keiner wäscht reiner – wusch Straußens Weste Suwa-weiß und holte ihn ins Kabinett zurück. Der Verband Angestellter Akademiker der chemischen Industrie in Köln hatte Finanzminister Strauß zu einem Vortrag in die Otto-Berndt-Halle eingeladen. HSU und SDS beschlossen, sich am Empfang zu beteiligen.

Das Erscheinen der Studenten sollte auf einen Minister hinweisen, der Verständnis und Sympathie für die Diktatur in Portugal und das rassistische Regime in Südafrika bezeugte, auf einen Minister, der diffamiert und unruhige Kritiker lieber unter Bajonetten demonstrieren sieht. Informationsstand, Transparente und Flugblätter leisteten diesen Hinweis. Um den akademischen Gästen hautnah zu demonstrieren, daß wir uns zu den Sauberen zählen, denen Strauß Kritik erlaubt, wurde eine Wanne mit warmem Wasser, Seife und Bürste aufgestellt. Half aber nichts. Das offizielle, konkurrierende Empfangskomitee wurde handgreiflich, stürzte die Informationssäule um, zerrte an Parka und Pullover. Mit Hausrecht wurde das motiviert. Erst als wir mit Polizei, die vor der Mensa aufgefahren war, drohten, gestand man uns den Platz im Mensaraum zu.

Gesprächsrunden bildeten sich. „Wenn Sie mein Sohn wären –“ diskutierte drohend ein erwachsener Akademiker mit einem Studenten. Es liefen auch

sachliche Diskussionen. Doch überwog auf Seiten der Akademiker, die schon Steuern zahlen, eine Argumentation, die unpolitisch war und sich an gängigen Vorurteilen orientierte. Wer von Steuergeldern lebt, habe kein Recht zu demonstrieren. Die Vogel-Strauß-Auffassung, in „unserer freiheitlichen Demokratie“ sei kein Platz für unbequeme Opponierende, äußerte sich im Ratschlag: „Geht doch nach drüben!“ Dieser Ratschlag in geringfügig abweichenden Variationen war erschreckend oft End- und Höhepunkt akademischer Argumentation. Ein langhaariger Ungewaschener wurde entdeckt, ergriffen und gewaschen. Auch diese plitschnasse Demonstration ehrlichen Willens zu sauberer Kritik überzeugte die chemischen Gäste nicht.

Strauß kam. „Strauß raus!“ riefen Studenten. Die Veranstalter gaben einem lächelnden Strauß Geleitschutz in die O.-B.-Halle. Sofort wurden hinter ihm alle Türen verriegelt. Studenten waren ausgeschlossen.

Späte Gäste blieben ebenfalls draußen. Ein Polizei-Offizier begehrte Eintritt. Wir suchten unserem Freund und Helfer zu helfen und riefen: „Aufmachen! Polizei!“ Vergeblich. Hinter dem Vorhang auf der Bühne brachten wir unser Anliegen „Strauß raus!“ noch einmal vor, bevor Kriminalpolizei und Studentenwerk-Männer uns wieder hinausschickten.

An langen weißgedeckten Tischreihen lauschten drinnen einige hundert Akademiker brav wie Kinder bei der Bescherung dem Minister. Sie schluckten Zahlenreihen bis in die 3. Dezimale und quittierten die den trockenen Stoff wie Bonbons garnierenden Kaulauer artig und mit zurückhaltend verspätetem Lachen.

Bis Strauß den Vortrag beendet hatte und abgereist war, reduzierte sich der Kreis der Studenten auf drei Geduldige. Für die Prominenz gab es einen Empfang. Vielleicht aus Dankbarkeit für Wohlverhalten, oder um zu zeigen: „Wir sind gar nicht so“, vielleicht aus Interesse für den SDS, erging an die 3 Studenten die Einladung des Darmstädter Polizeipräsidenten. Bevor wir an Freibier und Wurstplatten mit Salat kamen, zogen Nichtinformierte uns noch den Vorhang vor der Nase zu, schlossen die Tür, schlug eine Frau ihre sauberen Nägel in einen dreckigen Parka und kreischte: „Raus!“ Dann jedoch, als bekannt war, daß die Polizei das Schutzpatronat übernommen hatte, entwickelten sich doch noch Diskussionszirkel.

R. Vogel/SDS

stinklangweilig\*)

unansehnlich\*)

engspaltig\*)

farblos\*)

schlaff\*)

flach\*)

fad\*)

die nächste  
de-de-eß\*)  
erscheint  
am 11. Juni

Wollen Sie sie besser machen?

Sie finden uns täglich  
von 12 bis 14 Uhr im Ostflügel  
der Otto-Berndt-Halle  
(über dem Papierladen).

\*) gar nicht wahr.

\*) de-de-eß ist eine unschöne Abkürzung  
für den formschönen Titel:  
„die darmstädter studentenzeitung“.

Dietrich Ebersbach

## EIN ÖSTERREICHER IN BERLIN

Unbekannte &amp; vergessene Weltliteratur

Polgar: „Verlag XY gibt den Autor N. heraus. Warum?“

Von den Mitarbeitern der alten „Weltbühne“ (frühere „Schaubühne“) sind uns nur wenige Namen geläufig: Siegfried Jacobson, der Herausgeber, 1926 gestorben; Carl von Ossietzky, sein streitbarer Nachfolger; Kurt Tucholsky veröffentlichte hier seine aggressiven Satiren. 1925 holte Siegfried Jacobson den Wiener Theaterkritiker der „Weltbühne“ nach Berlin. Seine Name war Alfred Polgar, 52 Jahre alt, aus dem Wiener „Montagsblatt“ und anderen Veröffentlichungen bekannt als Theaterkritiker und Autor geistreicher Feuilletons.

Sein Name ist heute nur wenigen bekannt. Ein oberflächlicher Vergleich seiner Feuilletons mit denen von Kurt Tucholsky fiel für Polgar nicht gut aus. Der flüchtige Leser wird sich lieber an Tucholskys politisch engagierte Satiren halten als an die zeitlosen Geschichten von Alfred Polgar. Tucholsky schrieb Glossen, deren Humor sich direkt und schwarz auf ihr Ziel stürzte: „Wenn einer bei uns einen guten politischen Witz macht, dann sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und nimmt übel.“

Polgar ist die Satire weniger leicht nachzuweisen: „Der Klügere gibt nach, leider.“ Er verbarg sich lieber im Feuilleton diverser Wochenblätter. Er glaubte an die Wirkungslosigkeit seiner Arbeit und war es zufrieden: „Der Mensch ist ein armer Teufel. Aber zum Glück weiß er das nicht. Wenn er es wüßte – war wär' er für ein armer Teufel.“ Polgar war bescheiden im Leben wie in seinen Erzählungen. Er wollte frei und ungebunden sein, auch von einflußreichen Positionen in meinungsmachenden Verbänden.

Franz Kafka erkannte, daß Polgar mehr war als ein guter Feuilletonist, ein begabter Lieferant angenehm zu lesender Geschichten: „Seine Sätze sind so glatt und gefällig, daß man die Lektüre von A. P. als eine Art unverbindlicher gesellschaftlicher Unterhaltung hinnimmt und gar nicht merkt, daß man eigentlich beeinflusst

und erzogen wird. Unter dem Glacéhandschuh der Form verbirgt sich ein fester, unerschrockener Wille als Inhalt. Polgar ist ein kleiner, aber tüchtiger Makkabäer im Lande der Philister.“

Es ist nicht gesagt, daß, wer „seinen Tucholsky“ liebt, nicht auch zu Alfred Polgar finden könnte: Seine Kurzgeschichten, Stücke und Theaterkritiken gehören zur deutschen Literatur, obwohl seine Name in manchen Literaturgeschichten nicht zu finden ist. Polgar hat etwas mitzuteilen, weniger Politisch-Aktuelles als Alltägliches. Die Form seiner Mitteilung ist das Feuilleton, die „Kleine Form“, die sich während der Zeit der Emigration der amerikanischen „short story“ näherte.

Er konzentrierte zehn Seiten so lange, bis eine übrig blieb. Aus seinen Impressionen und Gefühlen destillierte er eine Lyrik, „für die der Vers zu pathetisch war, der Reim zu abgeschmackt und der Gesang zu laut.“ Es entstanden ‚poèmes en prose‘, Prosawerke, denen man einen neuen Namen geben mußte – seinen Namen: Polgarismen...

„Vater, was ist Gerechtigkeit?“

„Gerechtigkeit, mein Sohn, ist ein unregelmäßiges Substantivum, eines der unregelmäßigsten, die wir haben. Es kann sowohl stark wie schwach abgewandelt werden und bedeutet in seinen verschiedenen Casus (Fällen) Verschiedenes. Lerne das Wort abwandeln, damit du nicht mit der Sprache, die unsere Zeit redet, Schwierigkeiten hast. Lerne Gerechtigkeit deklinieren.“

Die Berliner Jahre bedeuteten für Polgar die Befreiung vom reinen Journalismus. Die Merkmale eines Kunstwerkes (Polgar charakterisiert sie: „Dort, wo Wirkung ist ohne erkennbare Ursache.“) werden in seinem Werk deutlich. Die Ursache, von der die Wirkung seiner Sprache ausgeht, ist nicht mehr zu erkennen. Der Theaterkritiker Siegfried Melchinger: „Hier ist Österreichisches durch die Schule Lessings und Lichtenbergs gegangen.“

Der Abstand zu Tucholsky wird deutlich.

Alfred Polgar hätte Aphorismen sammeln können wie Lichtenberg und Kraus, aber er war zu bescheiden, um Weisheiten verkünden zu wollen. Alle Zitate stehen nur als Beispiel seiner Stilkunst, die niemals Selbstzweck war, so daß er wie Lessing sagen konnte, „daß auch da, wo ich mit Worten am meisten spiele, ich dennoch nie mit leeren Worten spiele.“

Wie etwa: „Kommentar zur Dichtung? Geister werden nicht besser sichtbar, wenn man Licht macht.“

Oder: „Der größte Einwand gegen jede Lehre sind die Lehrer. Religionsstifter wählen deshalb gern die Methode der göttlichen Offenbarung. Da ist dann die Lehre vom Himmel gefallen, was alle Kritiker an ihr ausschließt.“ 1933 verließ Polgar Berlin und ging in die Emigration in die Vereinigten Staaten. Nach dem Krieg kehrte er zurück als ein Wanderer durch die Theater Europas. Seine Worte waren nüchterner geworden und konnten das alte Lächeln nicht wiedergewinnen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre hatten ihm die Sprache verändert. 1955 starb er im Alter von fast zweiundachtzig Jahren in Zürich.

Hinterlassen hat er „kritische Erzählungen und erzählende Kritiken: Kostbarkeiten aus dem Kupferstichkabinett der Weltliteratur.“

### Alfred Polgars Werke im Rowohlt Verlag Reinbek:

Ja und Nein; Darstellungen von Darstellungen (Theaterkritiken von 1919 bis 1955) 424 S., Ln., DM 16,80.

Standpunkte (Sammlung neuer Prosastücke) 1953. 202 S., Ln., DM 12,80.

Im Lauf der Zeit (Auswahl von Prosastücken) 1954. rororo 107, 169 S. DM 2,20.

Auswahl: Prosa aus vier Jahrzehnten (Querschnitt durch sein Gesamtwerk) Sonderausgabe 1968. 350 S., Ln., DM 12,80.

## MÄRZHASEN, NACHTEULEN UND ANDERE

Moritat

Vom schrecklichen Ende eines Gela- ges, so sich ereignet hat am 28. März unter Anwesenheit mehrerer Personen, darunter ein Professor, ein paar Redaktionsmitglieder dieser Zei- tung, drei liebebreizende Damen, ein wohlgefüllter Kasten Bier sowie ein Haufen Polizei.

Zur Verdeutlichung der speziellen Situation und als Einführung in die- selbe wird der Leser gebeten, sich eine Frühlingsnacht von jener beson- deren Lauheit auszumalen, die de- pressive Gemüter von Gashahnen und hohen Brücken träumen läßt: in den Parks lungern Kater und junge Men- schen im Gebüsch, brave Bürger

noch einen Kasten Bier geholt und sind raufgegangen. Ach, und einer hat im Schloßhof noch Hitlerreden nach- gemacht, weil dort so eine Akustik ist.“

Auf Mathildens Höhen finden sich, für die jüngeren Semester sei es ver- merkt, zahlreiche lauschige Plätze, z. B., wenn man hinaufkommt linker- hand, eine platanenbestandene Ter- rasse, die vier Kunstwerke zieren: nackte Jünglings- und Jungferngrup- pen aus Stein. Bei einer von diesen la- gert sich die Gesellschaft. Die Stimmung steigt, es steigt ein Knabe das Kunst- werk hinauf, ein anderer berauscht sich an seinen (des Kunstwerks) For- men, die Stimmung (Lautstärke) steigt immer weiter, da – „Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn Mann – drei Mack jeder“, sagt ein grünbekleideter Nichtzivilist, ein Beamter, und: die Nachbarschaft habe ihn alarmiert, das sei ja ein höllischer Krach.

Hinweise: die Nachbarschaft sei ja sooo weit weg und man selbst ganz leise und überhaupt, werden ignoriert. Seufzend bezahlt ein Teil der Gesell- schaft; es war schon immer etwas teurer, mit der Polizei ein gutes Ver- hältnis zu haben.

An dieser Stelle sei noch einmal deut- lich auf die exceptionelle Milde der Nacht hingewiesen, die auch durch Taufall und das Erscheinen der Poli- ze nicht nennenswert beeinträchtigt werden konnte. Sie liefert einen Hin- tergrund, von dem sich die folgenden Ereignisse umso stärker abheben. Im übrigen kann es nie schaden, sich eine laue Nacht vorzustellen.

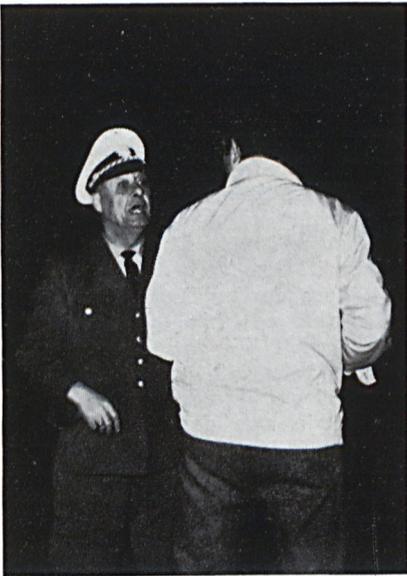
Auftritt weiterer Polizei. Vom Lärm an- gelockt, den die Zahlungsaufforderung des ersten Beamten verursacht hat, und vielleicht auch in Ermanglung einer besseren Beschäftigung, gesel- len sich drei weitere Polizisten der Gruppe bei. Dort ist inzwischen revo- lutionäres Bewußtsein erwacht: vier Personen, darunter der Professor, weigern sich zu zahlen. Sie tun dies mit der Begründung, daß sie nicht daran dächten. Bitterkeit steigt in der Brust der Gesetzeshüter empor; sie fragen nach den Personalien. Auch diese werden verweigert. Die Identi- tät der Befragten bleibt also im Dun- keln.

Eine der Aufgaben der Polizei ist es, festzustellen, ob manche Personen mit sich identisch sind. Läßt sich dies nicht feststellen, arrestiert man die Personen. Dazu bedient man sich eines grügestrichenen, großräumigen Gefährts, mit dem man die Arrestan- ten in das Wachlokal expeditiert.

Hierbei kann es allerdings zu Kom- plikationen kommen: „Die wollten nicht einsteigen, und da haben die Polizisten sie eben mit Gewalt ins Auto getan. Einer, Möser hieß er, das war anscheinend der, der die ganze Sache leitete, der hat den Professor so ungefähr zehn Meter bis zum Poli- zeiauto geschubst.“

Im Wachlokal angekommen (das sei- nem anheimelnden Namen zum Trotz sich als alkoholfreier Raum entpuppt), müssen die Festgenommenen alsbald den Wankelmut öffentlicher Bedien- steter kennenlernen. Kaum sind die Protokolle geschrieben, die Persona- lien (doch noch) aufgenommen, die Grundlagen für drei Anzeigen ge- schaffen, da weist man ihnen wieder die Tür. Sie weigern sich zum vierten Mal. Schließlich war es nicht ihre Idee, hierherzukommen. Wenn man aber schon hier ist, will man auch bleiben. Jeder redlich denkende Bürger wird ihnen recht geben. Anders die Polizei: nicht ohne zuvor noch den Hausfrie- densbruch – so sagt sie – protokol- liert zu haben, setzt sie die Vier vor die Tür.

Draußen die Nacht ist immer noch lau (siehe oben). ff



Hier bedient Sie Herr P.Hw. M.

schnarchen in den Betten, schöne Seelen pflegen sich mit Lyrik, kranke Körper heilen sich mit Bier. Zu der letzteren Sorte Frühlingsgeschädigter gehört eine Gruppe von zehn Per- sonen, eben die obenbeschriebene Gesellschaft. Der Alkohol hat ihre Sinne befeuert, als jäh der Schloß- keller, die Stätte ihres Bierkonsums, schließt. Was tun?

„Ja, und da hat einer gesagt: gehen wir doch auf die Mathildenhöhe und trinken da weiter. Da haben wir uns

## KARL-MERCK-FONDS

Die Redaktion der darmstädter stu- dentenzeitung möchte ihre Leser darauf aufmerksam machen, daß der von der „Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule Darm- stadt e. V. (Ernst-Ludwigs-Hochschul- gesellschaft)“ ausgeschriebene Karl- Merck-Preis in „Karl-Merck-Fonds“ umbenannt worden ist. Der Fonds soll der Belebung der musischen Betäti- gung der Studenten an der THD die- nen. Die Bestimmungen wurden teil- weise geändert; sie lauten nun:

## § 1

1. Der Fonds trägt den Namen „Karl-Merck-Fonds“. Aus ihm werden zur Förderung künstlerischer Leistungen einmal im Jahr Mittel vergeben, und zwar für
  - a) schriftstellerische oder dichterische Arbeiten oder schauspielerische Leistungen,
  - b) musikalische Darbietungen oder kompositorische Arbeiten,
  - c) Arbeiten auf dem Gebiet der Plastik, der Malerei oder der Grafik.
2. Künstlerische Arbeiten, die im Rahmen der Ausbildung an der Technischen Hochschule Darmstadt entstehen, können nicht gefördert werden.
3. Der Fonds wird in jedem Jahr mit Mitteln in Höhe von DM 6000,- ausgestattet.

## § 2

1. Um die Förderung aus dem „Karl-Merck-Fonds“ kann sich bewerben, wer im Zeitpunkt der Vergabe der Förderungsmittel als ordentlicher Studierender an der Technischen Hochschule Darmstadt immatrikuliert ist. Bewerben kann sich auch eine in einer künstlerischen Darbietung verbundene Gruppe. Die Förderung kann auch auf Vorschlag eines Dritten geschehen. Die Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule zu Darmstadt e.V. kann Förderungsmittel auch ohne Antrag vergeben.
2. Wer sich um die Förderung bewirbt oder für sie vorgeschlagen wird, hat seine Arbeit oder die Darbietung zur Begutachtung durch eine Jury bei der Geschäftsstelle der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule zu Darmstadt e.V., Darmstadt, Rheinstraße 7-9, anzumelden.
3. Die Anmeldung oder der Vorschlag hat jeweils bis zum 31. Januar zu geschehen. Eine musikalische oder schauspielerische Darbietung ist mindestens 6 Wochen vor der geplanten Aufführung der Geschäftsstelle der Vereinigung mitzuteilen.

## § 3

1. Für jeden der drei unter § 1, Ziff. 1, Buchstabe a) bis c) genannten künstlerischen Bereiche wird eine Jury gebildet, die sich aus fünf Mitgliedern zusammensetzt, und zwar aus dem Rektor der Technischen Hochschule Darmstadt, zwei von der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule zu Darmstadt e.V. benannten Vertretern, einem Hochschullehrer und einem Vertreter der Studentenschaft. Der Hochschullehrer wird jeweils von dem Senat bestimmt. Die Vertreter der Stu-

- dentenschaft sollen in dem Bereich, für den sie als Jurymitglied bestellt werden, sachkundig sein.
2. Der Vorsitzende der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule zu Darmstadt e.V. oder ein von ihm jeweils zu benennender Vertreter ruft die Jury zusammen und leitet ihre Beratungen.
3. Die Jury vergibt die Förderungsmittel auf Grund eines Beschlusses von mindestens drei Mitgliedern, unter denen sich ein Vertreter der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule befinden muß.
4. Die Vergabe geschieht im Rahmen der jährlichen Mitgliederversammlung der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule zu Darmstadt e.V.

## AUSGETRETEN

In der Bundesrepublik ist es nicht üblich, daß Abgeordnete und Minister ihre Entscheidungen auf der Grundlage gut abgewogener Argumente und mit politischem Mut treffen, vielmehr stimmt man fraktionell einheitlich über Vorlagen ab, die unter dem starken Einfluß von Verbänden zustande gekommen sind. Politische Beschlüsse in Bund und Ländern werden nicht gefällt, ohne daß die betroffenen Verbände von sich haben hören lassen. In dieser Situation gibt es zwei Wege, durch die eine mehr oder minder homogene Gruppe sich politischen Einfluß verschaffen kann: Man organisiert einen Verband, setzt dessen Zentrale nach Bonn und lobbiiert, oder man gruppiert sich lose mit Gleichgesinnten und opponiert außerparlamentarisch.

Die deutsche Studentenschaft hielt es bisher, nicht ganz ohne Erfolg, mit dem ersten Weg. Die örtlichen Studentenschaften haben sich zum Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) zusammengeschlossen, der entsprechend dem kulturpolitischen Föderalismus in Landesverbände gegliedert ist. Ohne diesen Verband mit seiner Bonner Zentrale gäbe es kein Honnefer Modell, Hochschulreform und Bildungsreform wären weit weniger fortgeschritten, Studenten hätten keinen Einfluß auf den Aufbau neuer Hochschulen, die Bildungswerbungs-

aktiv wäre nicht über einen engen örtlichen Rahmen gediehen. Ohne Landesverbände, in denen die Studentenschaften ihre Auffassungen koordinieren, wäre der studentische Einfluß auf Landesministerien und Parlamente noch kleiner als jetzt. Ohne die institutionalisierte Möglichkeit des Sich-kennenlernens und des Meinungsaustausches hätten die Studentenvertreter auch örtlich einen schweren Stand.

Obwohl die örtlichen Studentenschaften offenbar Vorteile vom VDS haben und obwohl die Vertretung der deutschen Studentenschaft auf Bundes- und Landesebene notwendig ist, wird immer wieder an einzelnen Hochschulen der Austritt aus dem Verband erwogen, er ist teilweise auch vollzogen worden. Begründet wird der Schritt mit uneffektiver Arbeitsweise der Zentrale (so vor zwei Jahren) und der politischen Richtung, die der Verband eingeschlagen hat (seit der diesjährigen Mitgliederversammlung in München); im Hintergrund der Diskussionen, aber mit Gewicht für die Entscheidungen, stehen die nicht unerheblichen Beiträge, die an den VDS abzuführen sind (im Semester DM 1,55 je Student).

Das finanzielle Argument darf keinen Einfluß auf die Mitgliedschaft haben. Ein Verband kann nur dann sinnvoll wirken, wenn er finanziell gut ausgestattet ist. Arbeitet er ineffektiv, dann helfen keine Austritte, sondern personelle Konsequenzen. Ein Austritt aus finanziellen Gründen impliziert, daß man den Verband für unnötig hält. Auch der politische Grund trifft nicht. Konnte sich eine Mitgliedsstudentenschaft bei der verbandspolitischen Willensbildung nicht durchsetzen und tritt sie deshalb aus, so begibt sie sich der Möglichkeit, in Zukunft die Verbandspolitik zu beeinflussen und gibt dadurch zum Ausdruck, daß sie ihre Argumente doch nicht für wichtig hält. Die Annahme, der Verband würde durch Austritte gezwungen, seine Politik zu ändern, geht fehl. Den Austritt kleiner Studentenschaften kann der VDS verkraften (er hat die vorübergehende Abwesenheit von Köln überstanden); Eine große Minderheit hat es nicht nötig auszutreten, da sie wirksam Einfluß auf die Verbandspolitik nehmen kann.

Ein Verband ist so gut, wie er durch seine Mitglieder gestaltet wird. Ist er schlecht, dann müssen sie ihn verbessern. Solange keine Konzeption über eine neue Organisationsform der deutschen Studentenschaft existiert, ist es unsinnig, den VDS durch Austritte unglaubwürdig zu machen und ihn zu zerstören. kf

# Kommentar

## Rätsel

Es ist weiß, achteckig, aus Stahl und auf dem Boden festgemacht, damit es der Wind nicht wegweht oder Studenten es nicht forttragen; hat sieben Fenster und eine Tür, und wenn man mit dem Auto daran vorbeifahren will, kommt ein Mann mit Mütze heraus und sagt: Nein.

Warum nicht? fragt man.

Weil es verboten ist!

Und warum ist es verboten?

Weil es anders nicht mehr geht.

Um das zu verstehen, wollen wir unsere Phantasie ein wenig schweifen lassen. Nehmen wir an, es sei Dienstagmittag. In der Mensa gibt es Reibekuchen. Infolge eines techni-



Knusper, Knusper, Knäuschen

sehen Versehens werden die Pfannen mit dem Backfett überhitzt, fangen Feuer, die Flammen greifen über auf die Fettspritzer an der Wand, das Küchenpersonal (weiblich) kreischt hysterisch, das Küchenpersonal (männlich) versucht zu retten, was zu retten ist, spritzt Trockenschau und Pichelsteiner mit Fleischeinlage auf den Brandherd: vergebens. Die Reibekuchen brennen wie Zunder. In dieser Situation entsinnt sich ein beherzter Mensch, vor fünf Monaten die neue Brandschutzordnung gelesen zu haben; er stürzt zum Telefon und wählt: Vierviervier – Feuer! Was

passiert? Wenn man dem Kanzler der Technischen Hochschule, Herrn Leitenden Regierungsdirektor Dr. Wilke, glauben kann: nichts. Die alarmierte Feuerwehr prescht herbei, Sirenen heulen, Glocken läuten, freiwillige Helfer stürzen zuhauf – doch tatenlos müssen sie zusehen, wie Mensaküche und Otto-Berndt-Halle bis auf die Grundmauern niederbrennen. Die im Hof kreuz und quer abgestellten studentischen Vehikel blockieren Zufahrt und Hydranten.

Wer öfters Käse vor dem Schlafengehen isst, weiß, wie sehr einem Menschen Alpträume zusetzen können. So ist es nicht weiter verwunderlich, daß der Kanzler von der Vision der brennenden Hochschule geplagt, mit drakonischen Maßnahmen die Brandgefahr herabsetzen will. Seit Anfang April sind die Parkmöglichkeiten auf dem Mensahof rigoros eingeschränkt: ihre Fahrzeuge abstellen dürfen dort nur noch Körperbehinderte, Professoren, Angehörige der umliegenden Werkstätten, die, „wenn sie mal ein paar Schrauben aus der Stadt holen müssen, nicht extra den Dienstwagen nehmen wollen“ (so Dr. Wilke), sowie ein Kreis uneigennütziger Personen, die im Katastrophenfall bereit wären, beim Abtransport der Verletzten zu helfen. Von studentischen Fahrzeughaltern hingegen hat der Kanzler keine gute Meinung. Deren Autos kenne man ja: nach dem Prinzip „Aus-drei-mach-eins“ zusammengebastelt, im Sommer (!) womöglich noch mit Streichhölzern im Handschuhkasten beladen, bildeten sie selbst eine nicht zu unterschätzende Gefahrenquelle.

Künftig kann zwischen halb sieben und neunzehn Uhr in den Mensahof nur noch fahren, wer im Besitz eines Passierscheines ist (die Feuerwehr wohl ausgenommen). Diese Scheine stellt das Sekretariat des Kanzlers auf begründeten Antrag hin aus. Drei kräftig gebaute Männer wachen über die Durchführung der neuen Anordnung, sondern mit gemessenen Gesten die Böcke von den Schafen, weisen die Studenten zurück und lassen die Befugten salutierend passieren. Bei schönem Wetter kann man sie vor ihrem Stahlpavillon an der Magdalenenstraße stehen sehen.

Geschätzte Kosten dieser für den Bestand der Hochschule unerläßlichen Aktion: 40 000 DM pro Jahr. Stahlhäuschen, Telefon, Passierscheine, Mützen und Leute wollen bezahlt sein. Der Abschleppwagen aber, der vor anderthalb Jahren für teures Geld angeschafft wurde, um den „wildem“ Parkern zu Leibe zu gehen, und der sich noch im letzten Sommer, laut Dr. Wilke, bewährt hatte, der wird nun langsam in irgendeiner Garage verstauben.

Und jetzt noch einmal: Warum darf man als einfacher Student nicht mehr sein Auto im Mensahof abstellen?

Weil es verboten ist.

Und warum ist es verboten?

Weil es anders nicht mehr geht.

Und warum geht es anders nicht mehr?

ff

Wählen Sie 16 21 28. Der Kanzler wird Ihnen alles erklären.

## Zankstelle

Das Studentenwerk Darmstadt hat mit seinem Geschäftsführer Herrn Reißer einen Leiter, der in äußerster unternehmerischer Dynamik immer wieder versucht, das Werk nach möglichst wirtschaftlichen Prinzipien zu verwalten und es, soweit es bei einer Anstalt sozialer Zielrichtung überhaupt geht, auf eine gesunde Basis zu stellen. Alle irgendwie zulässigen Mittel und Wege sind ihm dabei recht. Bei einem solchen Verhalten ist es unvermeidlich, daß der Außenstehende, besonders derjenige, dem wirtschaftliches Denken und Streben fremd sind, das Handeln von Herrn Reißer vielfach nicht übersieht und es daher mißbilligt. Daher hat er zahlreiche Gegner. Vor allem wird er von den Beamten zahlreicher Behörden, die mit dem Studentenwerk zu tun haben, zutiefst angefeindet, denn ihnen geht der Sinn für wirtschaftliches Verhalten – leider – vollkommen ab.

Ein Objekt der zahlreichen behördlichen Angriffe gegen das Studentenwerk (sprich: Herrn Reißer) ist die Tankstelle, eine Einrichtung, die bei geringem Kapitaleinsatz einen hohen Umsatz und ein nettes Gewinnchen einbringt. „Mit Steuermitteln darf der

## Kommentar

gewerblichen Wirtschaft keine Konkurrenz gemacht werden“, hieß es. Dabei wurde die Tankstelle mit Studentenwerkmitteln eingerichtet. „Das Studentenwerk darf kein gewinnbringendes Unternehmen sein“, wurde gesagt. Dabei sieht das Gesetz Eigenmittel des Studentenwerks zur Deckung der Ausgaben für soziale Zwecke vor; woher nehmen, wenn nicht aus Eigenbetrieben? „Steuern werden hinterzogen“, dabei zahlt das Studentenwerk wie jeder andere Unternehmer die aus den Wirtschaftsbetrieben entstehenden Steuern. Der hessische Landesrechnungshof, der die Finanzen des Studentenwerks zu prüfen hat, kämpfte mit allen Mitteln, vergebens, er mußte sich geschlagen geben.

Auch dem Hochschulbauamt ist die Tankstelle, die auf dem Wirtschaftshof des Studentenwerks liegt und so seinem Einfluß entzogen ist, ein Dorn im Auge. Ob der Grund darin liegt, daß sie nicht in die bauliche Konzeption des Bauamtes paßt, oder ob es einen Wink von anderen Behörden erhielt, ist nicht auszumachen. Der Bauaufsichtsbehörde wird es jetzt gelingen, den Tankstellenbetrieb abzuwürgen. Im Mensahof dürfen sich in Zukunft nur höchstens zwei Fahrzeuge aufhalten, „weil liegendebliebene Fahrzeuge Feuerwehrfahrzeuge behindern könnten“.

## dds schämt sich

Die Redaktion dieser Studentenzeitung hat allen Grund, sich zu schämen. Das ist nämlich so: Zwei unserer Redakteure machen ihre Diplomarbeiten an einem experimentalphysikalischen Institut. Sie forschen. So weit, so gut. Nun aber ist das wissenschaftliche Arbeiten an diesem Institut für Studenten mit Aufgaben verbunden, die mit dem zu untersuchenden Problem überhaupt nichts zu tun haben. Dazu gehört das Teekochen. Umschichtig muß von den Diplomanden täglich dreiviertel fünf für die Herren Assistenten Tee gekocht werden. Wir schämen uns, weil sich unsere beiden Mitarbeiter, die sonst gar nicht mit Sachkritik hinter dem Berg bleiben, sich widerspruchslos in den

Teezubereitungszeitplan haben einteilen lassen. An diesem Institut ist es auch üblich, daß Untersuchungen, deren Ergebnis für die Arbeit der Assistenten erforderlich ist, oder die für befreundete Institute durchgeführt werden, den Diplomanden übertragen werden. Wir schämen uns, daß unsere Freunde das mitmachen. Wir wundern uns nicht darüber, daß sie es tun; würden sie diese Aufgaben ablehnen, hätten sie, was ihre Diplomarbeit betrifft, mit Repressalien zu rechnen. Wir wundern uns auch nicht, daß eine Diplomarbeit für Physiker im allgemeinen länger als zwei Jahre dauert. Wir wüßten, wo sich die Dauer des Physikstudiums verkürzen ließe, dort, wo die lange Studienzeit wirklich Kapazitäten kostet. Wir schämen und wundern uns, daß es Institute gibt, an denen Studenten als unbezahlte Hilfskräfte Arbeiten erledigen müssen, die mit der Ausbildung aber auch gar nichts zu tun haben. Schließlich schämen wir uns dafür, daß unsere Mitarbeiter jetzt trotz allem mit Repressalien zu rechnen haben.

## Manipulation

Wem Gott ein Amt gegeben hat, dem gibt er auch Verstand.

(Alter Aberglauben)

Manche Ämter scheinen nicht von Gott zu kommen – das des Bundespräsidenten, oder das des Kultusministers im Nachbarland Baden-Württemberg etwa. Auf einer Wahlkundgebung in Heidelberg erklärte nämlich Kultusminister Hahn (Theologieprofessor und CDU-Mitglied: mithin in zweifacher Weise Gottes segnender Hand anempfohlen): die Wahl des Heidelberger ASTA-Vorstandes sei manipuliert worden. Anstelle eines gleichfalls kandidierenden Parteilosens habe man ein SDS-Mitglied zum 1. Vorsitzenden gewählt – und das, obwohl der SDS im Studentenparlament nur eine Minderheit stelle! So etwas könne nicht mit rechten Dingen zugehen. Worauf die Zuhörerschaft, die einem Politiker ja immer Einfalt besser vergilt als Intellekt, kräftig applaudierte.

Bemerkenswert an dieser Geschichte ist nicht so sehr, daß hier ein Professor, ein Mensch also, dessen Berufsbezeichnung manche Leute als Synonym für Intelligenz, Reife und Sachverstand betrachten, offenkundig Unsinn geredet hat. Bemerkenswert ist vielmehr, daß dreizehn Jahre Schulbildung und ein Studium an einer Universität offenbar nicht ausreichen, in einem Menschen das dumpfe, muffige Gefühl zu beseitigen: Es ver-

schwört sich alles. Und wieder ist es ein Komplott der Linken.

Und an dem vielen Regen sind die Atombomben schuld. Mit denen manipulieren die Amis unser Wetter. ff

## Psycho-Handel

Bei den Beratungen des Studentenparlaments über die Einrichtung einer psychotherapeutischen Beratungsstelle hat sich wieder einmal gezeigt, daß sich Studentenparlament und Studentenwerk nicht aus vollem Herzen lieben. Kein Wunder, der kleine Student hat öfters Gelegenheit, sich über Mensa, Wohnheime, Krankenversorgung und solche Sachen zu ärgern, für die jenes Werk mit seinem Namen zuständig ist.

Den studentischen Vertretern im Studentenwerksvorstand ist das Parlament auch nicht grün. Bisher war es noch immer so, daß diese, kaum gewählt, den von Sorgen gedrückten geheimnisumwitterten Vorstandsboß hervorkehrten, der genug Autorität hat, Entscheidungen nicht mehr zu begründen, sondern zu treffen. Dem Studentenparlament als herzhaft demokratischer Institution, zum Mißtrauen gegen die Mächtigen zwecks Erfüllung der Kontrollfunktion gezwungen, müssen solche Allüren kräftig gegen den Strich gehen. Auch bei den Psycho-Beratungen war es die alte Geschichte: Die Studentenwerksleute wollten mehr Geld, ohne zu sagen, wieso.

Weder die beiden Studentenwerkstudenten noch der altgediente Prof. Schmieden konnten erklären, wieso das Studentenwerk bis jetzt von den Beiträgen der Studenten Jahr für Jahr beträchtliche Rücklagen als Risikodeckung für die in eigener Regie veranstaltete Krankenversorgung (SKVD) ansammeln konnte, jetzt aber, da der Geldberg für eine handelsübliche Mensavergiftung ausreicht und nicht mehr vergrößert werden muß, von dem nun doch zweifellos zur Verfügung stehenden Betrag nicht einmal den Psychotherapeuten bezahlen kann.

Altgedienten Studentenschaftsfunktionären kam das ein bißchen merkwürdig vor. Die Fragen nach dem Verbleib des vielen schönen Geldes wurden von den Studentenwerksvorständen jedoch als Mißtrauenskundgebung aufgefaßt und entsprechend unwirsch zurückgewiesen. Das hatte aber auch nicht den gewünschten Effekt; die unzureichend informierten Parlamentarier wurden noch mißtrauischer. Eine starke Gruppe lehnte die Zustimmung zur Erhöhung der Studentenwerksbeiträge zunächst einmal ab.

Studentenwerksgeschäftsführer Reißer gab im letzten Moment etwas geschicktere Auskünfte, und dann ging es schon wesentlich besser. Herr Reißer versäumte es allerdings nicht, den störrischen Parlamentariern, die seinen Vorstand so madig gemacht hatten, das Lied vom ehrbaren Kaufmann, der kein Wässerchen trüben kann, vorzusingen. Außerdem bemäkelte er, daß das Parlament bisweilen seine eigenen Beschlüsse ändere. Gut gesagt, denn wer aufgrund besserer Informationen und neuer Gesichtspunkte freiwillig einen Standpunkt ändert, der hat Tadel verdient. Die Parlamentarier ließen es sich gefallen.

Herr Reißer informiert über sein Haus meist nur dann, wenn er etwas ganz Bestimmtes erreichen will. In der Zeitung stehen dann immer so nette Artikel, bei deren Lektüre der Leser sich vergnügt ausmalt, wie beispielsweise in den Ministerien in Wiesbaden oder im Hochschulbauamt Qualen bei der Beantwortung der Frage entstehen, ob man eine Erwidern bringen muß oder nicht. Zweifellos ist das eine effektvolle Methode, Tageserfolge zu erzielen. Aber die feine Art der Informationspolitik ist das nicht.

Moral: Wer die (Informations-)Politik eines Schlitzohrs treibt, wird nur zu leicht für ein solches gehalten. pay

## In Darmstadt steht die Zeit nicht still

Tritt man an der Pfortnerloge vorbei auf die Hochschulstraße hinaus, liegt es rot und klobig vor einem: das Gebäude „Nr. 8“. „Physikalische Elektrotechnik“ steht links auf der Fassade, „Chemische Institute“ rechts, darum herum die steingewordenen Großen ihres Faches, Weber, Kekulé... Der Turm über dem Mitteleingang ist vom Kriege halbzerstört; Rudimente vergangener Jugendstilpracht legen das Baujahr dieses Ungetüms fest: etwa um 1900.

Auch das angerostete Torgitter am Eingang stammt aus dieser Zeit. Steigt man die mit Taubenmist bedeckten Stufen hinauf, betritt man die dunkle Eingangshalle – der Mosaikfußboden: Jugendstil: um 1900. Die Treppengeländer: Vulgärjugendstil: um 1900. Der Verputz in den Hörsälen: um 1900. Die Fensterrahmen, von denen die Farbe in Placken abblättert: um 1900. Der Staub, den selten eine Vorlesung aufwirbelt: um 1900. Die Vorlesungen, die Professoren: nein, sie selbstverständlich nicht. Denn in Darmstadt bleibt die Zeit nicht stehen. Nur die elektrische Uhr

Der Hauptkassier Friedmann

Herrn Frank Wagner ist  
der Betrag von DM 1.30  
zurück zu erstatten für ein  
Museum in dem ein  
Fall für die Schule angefallen  
würde.

12.3.68

F. Förster

Ohne Kommentar

in der Eingangshalle, über dem Mosaikfußboden des Gebäudes Nr. 8 – die zeigt: zwei Minuten nach zwölf. Seit sechs Semestern. ff

## Offener Brief an die Fakultät für Mathematik und Physik

Sehr verehrter Herr Dekan!

In der „darmstädter studentenzeitung“ Nr. 92 vom Februar haben wir auf Seite 3 beginnend einen Artikel mit dem Titel „Amerika – du hast es besser“ veröffentlicht. Er befaßte sich mit der Hochschulsituation hier (speziell an der Fakultät Mathematik und Physik) und in Amerika (speziell am Physik-Department der University of Illinois). In ihm wurden konkrete Vorwürfe gegen die Fakultät erhoben:

- Die gegenwärtige Institutsstruktur überläßt dem akademischen Mittelbau die gesamte wissenschaftliche Arbeit. Der Direktor dagegen, der sich nur noch mit der Verwaltung beschäftigt, tritt nach außen als Leiter der Forschung auf.
- Das Studium sowie die Promotion dauern viel zu lange, woraus eine Überalterung der Professorenenschaft resultiert.
- Von der inzwischen zu geringen Zahl von 21 Lehrstühlen sind zwei unbesetzt, weil kein echtes Interesse an der Besetzung besteht.
- Die Geldmittel werden nicht effektiv verwendet. Falsches Un-

abhängigkeitsstreben und mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit führen zu vielen unnötigen Mehrfachanschaffungen.

Außerdem wurden konkrete Reformvorschläge gemacht:

- Die Zahl der Lehrstühle soll drastisch erhöht werden, indem bei im wesentlichen gleichbleibenden Personalbestand die Institute geteilt werden.
- Kleine überschaubare Forschungsgruppen sollen in eigener Verantwortung arbeiten. Die Leistung des Einzelnen soll stärker als bisher deutlich werden.
- Fakultätssitzungen und Assistentenbesprechungen sollen öffentlich sein, um den Interessierten Einblick in die Probleme der Fakultät und der Institute zu geben.

Angesichts dieser konkreten Vorwürfe und Vorschläge haben wir eine Stellungnahme der Fakultät erwartet. Eine offizielle Reaktion auf diesen Artikel kam jedoch nicht; lediglich ein Professor äußerte seinen Diplomanden gegenüber, wenn alle Studenten so denken, wäre er besser in der Industrie geblieben. Diese Taktik, unbequeme Meinungen entweder zu ignorieren oder vom sicheren Lehrstuhl aus zu verketzern und der sachlichen Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen, trägt nicht dazu bei, das Vertrauen der Studenten in die Hochschulorgane zu stärken. Hochschulreform bleibt dann ein schönes Wort für Immatrikulationsreden. Wir fragen uns, ob den Hochschulgremien überhaupt an ihr gelegen ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
die  
darmstädter  
studentenzeitung  
(gez. Förster)

# Nachrichten

## Aufwandsentschädigung

Auf seiner Sitzung Anfang Februar beschloß das Studentenparlament der Technischen Hochschule, dem Vorstand der Studentenschaft, Referenten und Fachschaftsleitern eine Aufwandsentschädigung zu zahlen.

Im einzelnen wurde beschlossen:

Die drei Vorstandsmitglieder der Studentenschaft erhalten DM 400,- pro Monat; die Referenten und Fachschaftsleiter (15) erhalten DM 100,- pro Monat, aber nur während der Vorlesungszeit; Finanzreferent und studentisches Mitglied im Verwaltungsrat der Technischen Hochschule erhalten DM 150,- bzw. DM 100,- pro Monat. Der Chefredakteur und der Verlagsleiter der dds erhalten je DM 60,- pro Verlesungsmonat. Insgesamt entstehen Kosten von DM 28.000,- pro Jahr, die durch eine Erhöhung des Studentenschaftsbeitrages von zur Zeit DM 7,- auf DM 10,- pro Semester und Student gedeckt werden sollen.

Mit diesen Beschlüssen wurde eine Diskussion beendet, die mehrere Jahre lang mit Leidenschaft geführt wurde und die zu Rücktritten von AStA-Mitgliedern geführt hatte.

An der TH galt bisher das Prinzip der Ehrenamtlichkeit für Studentenschaftsvertreter; übrigens eine Regelung, die nur noch in Darmstadt bestand. Für die Zahlung einer Aufwandsentschädigung gibt es eine Reihe von Gründen:

In den vergangenen Jahren hat die Arbeit in der Studentenvertretung einen solchen Umfang angenommen, daß die Vertreter der Studentenschaft in der Regel ein oder zwei Semester ihres Studiums opfern müssen. Zu verlangen, daß dieses Opfer nur aus „Idealismus“ gebracht wird, ist ungerrecht, besonders nach Inkrafttreten des Hessischen Hochschulgesetzes, das einen umfangreichen Aufgabekatalog für die Studentenschaft vorsieht, der erfüllt werden muß, ob es dem einzelnen Studenten recht ist oder nicht.

Bisher wurden eine Reihe von Studenten davon ausgeschlossen, sich für ein Amt in der Studentenschaft zur Verfügung zu stellen; nämlich solche

Studenten, die nicht genügend Unterstützung von zu Hause erhalten und auf Werkarbeit angewiesen sind. Für sie kam ein Amt in der Studentenschaft in der Regel aus finanziellen Erwägungen nicht in Frage.

Zunehmende Arbeit in der Studentenschaftsvertretung auf der einen, straffere Studienpläne auf der anderen Seite führten dazu, daß immer weniger Studenten bereit waren, ein Amt zu übernehmen. Das Parlament hatte Mühe, die zu vergebenden Ämter zu besetzen. Oft war nur ein Kandidat vorhanden, so daß von einer Wahl nicht gesprochen werden konnte. Die AStA-Vertreter waren sich ihrer starken Stellung bewußt – denn es gab ja so leicht keinen Nachfolger für sie – und „regierten“ teilweise gegen den Willen des Parlaments. Durch die Zahlung einer Aufwandsentschädigung wird hier eine Änderung geschaffen. Es werden sich in Zukunft mehr Kandidaten finden, so daß das Parlament wirklich wählen – auswählen – kann.

Doch birgt die zunehmende Bereitschaft zur Kandidatur auch eine Gefahr in sich. Das Parlament könnte eher als in den vergangenen Jahren bereit sein, gewählte Vertreter wieder abzuwählen, da sich ja leichter Nachfolger finden lassen. Dies kann auf der anderen Seite dazu führen, daß Mandatsträger allzu ängstlich in ihren Entscheidungen werden und eine Lähmung der AStA-Arbeit eintritt (allerdings ist hiervon bisher nichts zu spüren).

Eine weitere Gefahr besteht: Die Gefahr nämlich, daß sachfremde Motive bei der Kandidatur eine Rolle spielen. Schließlich sind DM 400,- pro Monat nicht gerade wenig, und es ist durchaus vorstellbar, daß der Kandidat in erster Linie die Aufwandsentschädigung und nicht das Amt sieht (das gilt natürlich auch für Referenten und Fachschaftsleiter). Ein Amt in der Studentenschaft verlangt auch nach Zahlung einer Aufwandsentschädigung eine Menge Idealismus. Wer in der Aufwandsentschädigung lediglich eine Bezahlung seiner Arbeitskraft sieht, wird diesem Amt nicht gerecht. Es wird Aufgabe des Parlaments sein, in einem solchen Fall die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

hw

## Vorstellungen der Kultusministerkonferenz

Die Kultusminister und -senatoren der Länder haben folgende „Grundsätze für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens“ beschlossen:

„Die Ständige Konferenz der Kultusminister hat auf einer Sondersitzung (122. Plenarsitzung) am 10. April 1968 ihre Beratungen über die Situation und die künftige Entwicklung des Hochschulwesens in der Bundesrepublik fortgesetzt.

Bildungspolitik und Bildungsplanung der Länder haben im weiterführenden Schulwesen eine Entwicklung eingeleitet, die die Zahl der Absolventen dieser Schulen im kommenden Jahrzehnt dem höheren Satz vergleichbarer Länder annähern wird. Die Hochschulen und sonstigen postsekundären Einrichtungen (Akademien etc.) müssen sich dieser Expansion in Struktur und Kapazität anpassen.

Als Leitlinien für diese Entwicklung müssen die folgenden Grundsätze gelten.

1. Das Bildungswesen ist so auszubauen, daß eine der Eignung und schulischen Qualifikation entsprechende freie Wahl von Beruf und Ausbildungsstätte auf allen Ebenen des Bildungswesens praktisch garantiert ist.

2. Das Ausbildungssystem ist so zu differenzieren, daß die individuelle Nachfrage nach Bildung und der Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft, insbesondere auch der Bedarf des Bildungswesens selbst, einander möglichst angenähert werden können.

3. Die Bildungsplanung und -politik der Länder muß sich eines verfeinerten Instrumentariums der Bedarfsforschung und Bedarfsprognosen bedienen können. Bei der Entwicklung dieses Instrumentariums wird es auf ein enges und erfolgreiches Zusammenwirken der Regierungen in Bund und Ländern ankommen.

Die von den Kultusministern für erforderlich gehaltenen Reformmaßnahmen werden von den folgenden Überlegungen getragen.

1. Zur Stärkung der Arbeitsfähigkeit und zur Sicherung der Kontinuität der Leitung der Hochschule ist die Einführung der Präsidialverfassung oder eines mehrjährigen Rektorats vorzusehen.

Die Entscheidungsfähigkeit der akademischen Selbstverwaltung ist durch Entlastung der akademischen Organe und der Hochschullehrer von Verwaltungsaufgaben und durch rationelle Gestaltung der Hochschulverwaltung (z. B. Verwaltungsrat) zu stärken.

Die Entscheidungskompetenz der staatlichen Hochschulverwaltung und der zentralen Verwaltung in der Hochschule muß erweitert werden, um die Anpassung der vorhandenen und der zu schaffenden personellen und materiellen Ausstattung der Hochschuleinrichtungen an die sich wandelnden Bedürfnisse von Forschung und Lehre zu erleichtern.

2. Lehrstühle und Institute sind zu größeren, funktionsfähigen Einheiten zusammenzufassen (Fachbereich, Department, Abteilung, kleine Fakultäten). Diesen Einheiten sollen Personal- und Sachmittel nach Maßgabe der Lehr- und Forschungsaufgaben zur Verfügung gestellt werden.

3. In den akademischen Organen ist eine funktionsgerechte Mitsprache der an Forschung und Lehre beteiligten Gruppen einschließlich der Studenten zu sichern. Eine schematische Festlegung der Beteiligung wäre nicht sachgemäß. Art und Ausmaß der Beteiligung richten sich nach den Aufgaben des betreffenden Organs. Sie sind so zu gestalten, daß die Arbeitsfähigkeit gewährleistet ist.

4. Die Reform des Lehrkörpers und seiner Struktur erfordern:

Festlegung der Lehrverpflichtungen nach Art und Umfang; verstärkte Beteiligung des Mittelbaus, auch an Prüfungen; verstärkte haupt- und nebenamtliche Beteiligung von Akademikern aus der Praxis am Unterricht (Studienräte im Hochschuldienst; Richter, Wirtschaftspraktiker);

sachgerechte Bestimmung der Aufgaben der Assistenten im Bereich von Lehre und Forschung sowie Zuordnung der Assistenten zu größeren Forschungseinheiten, um unangemessener Abhängigkeit vom einzelnen Lehrstuhl entgegenzuwirken;

Strafung und Objektivierung des Habilitationwesens mit dem Ziel, die Zulassung zur Habilitation von der Bedürfnisfrage zu lösen und die Abhängigkeit des Habilitanden von einem Habilitationspromoter zu beseitigen.

Ferner sollte die Vorlage einer Habilitationsschrift entfallen, wenn andere Publikationen oder gleichwertige Leistungen die wissenschaftlichen Fähigkeiten bereits ausweisen.

5. Das Berufungswesen ist neu zu gestalten. Vakante Lehrstühle sind zur Ermittlung der Bewerber auszuschreiben: die Auswertung des Ausschreibungsergebnisses erfolgt durch die Hochschule, die Berufungsvorschläge unter Berücksichtigung der eingegangenen Bewerbungen aufstellt. Dabei sind alle eingegangenen Bewerbungen den Kultusministerien vorzulegen. Berufungsverhandlungen werden auf die Vereinbarung über die persönlichen Bezüge beschränkt.

6. Die Studien- und Prüfungsreform ist mit dem Ziel der Verkürzung der tatsächlichen Studienzeiten weiterzuführen und zu ergänzen durch:

Berufsberatung in der Oberstufe der Gymnasien auf der Grundlage differenzierter Bedarfsprognosen, deren Erarbeitung verstärkt zu fördern ist; institutionalisierte Studienberatung für die einzelnen Fachgebiete (etwa durch Studiendekane);

Aufstellung von Prüfungsordnungen, Studienplänen und Studienordnungen unter Überprüfung und Beschränkung des Studienstoffes;

Transparenz des Prüfungsvorganges durch beschränkte Öffentlichkeit der Prüfungen und Verwirklichung des Kollegialprinzips im Prüfungswesen; Einrichtung studienbegleitender Arbeitsgemeinschaften unter Mitwirkung von Mitgliedern des Lehrkörpers; Einrichtung von hochschuldidaktischen Arbeitsgruppen mit dem Ziel der Rationalisierung des akademischen Unterrichts;

Entwicklung von Fernstudiengängen zur Entlastung der Hochschulen unter Heranziehung der Massenmedien;

Einführung des Studienjahres mit zusätzlichen Lehrveranstaltungen insbesondere durch den akademischen Mittelbau während der bisher vorlesungsfreien Zeit zur besseren Ausnutzung der Ausbildungskapazitäten sowie zur Intensivierung und Kürzung des Studiums;

Entwicklung eines Promotionsstipendienprogramms;

Gewährung der Studienförderung nach dem Honnefer Modell auch in den Anfangssemestern während der vorlesungsfreien Zeit;

Einführung kürzerer Studiengänge für bestimmte akademische Berufe nach Entwicklung entsprechender Berufsbilder.

7. Befristete Zulassungsbeschränkungen in überfüllten Fachrichtungen sind nur als Notmaßnahme zulässig; bei ihrer Einführung sowie der Festlegung und Anwendung nachprüfbarer und einheitlicher Zulassungskriterien wirken Staat und Hochschule zusammen.

„  
Als einziger Kultusminister hat sich bei der Beschlußfassung über die oben wiedergegebenen Grundsätze der hessische Kultusminister, Prof. Ernst Schütte, der Stimme enthalten. Schütte begründete seine Stimmenthaltung damit, daß die Kultusministerkonferenz sich noch zu wenig mit der Frage der Realisierung der Beschlüsse befaßt habe.“  
akd

## Filmkreis wird aktiver

Wer bisher geglaubt hatte, der STUDENTISCHE FILMKREIS THD fände nur für Kartenabreiber, Kassierer und Vorführer Verwendung, muß sich belehren lassen: Es tut sich was im Filmkreis. Über den mehr theoretischen Kontakt mit den Filmen unserer Zeit — etwa durch das Filmseminar, durch Zeitschriften und Bücher oder durch den Besuch von Filmfestspielen — findet hier der angehende Jungfilmer die Möglichkeit der praktischen Betätigung: ein Film „We love you“ wurde von Mitgliedern des Filmkreises hergestellt und zu den Oberhausener Kurzfilmtagen eingereicht. Ferner wurden zwei Filme für das Institut für Flugtechnik und für das Institut für Chemische Technologie gedreht; der Unterrichtsfilm eines Lehrstuhles der Fakultät für Architektur ist in Arbeit. Zu den Institutionen und Persönlichkeiten des deutschen Films bestehen gute Kontakte; Seminare und Wochenendtagungen des Westdeutschen und Hessischen Rundfunks bieten dem Filmkreis Gelegenheit, sich über die neueste Film- und Fernsehproduktion zu informieren.

Es scheint fast, als ob der Filmkreis aus seinem Dornröschenschlaf erwacht sei. In diesem Semester beginnt ein Kurs für angehende Kameraleute — ein Grund mehr, jetzt die Mitarbeit in diesem Kreis begeisterter Regisseure, Techniker und Filmhistoriker zu suchen. Interessenten können zwischen 12 und 14 Uhr am Bühnenbau der Otto-Berndt-Halle (über den Mensahof, Eingang Alexanderstraße) die Räume des Filmkreises erreichen.

eb

# Leserbriefe

Parken, aber wo?  
dds Nr. 92

## Abgekanzelt

Sehr geehrter Herr Bauer!

Kritik ist gut, aber sie muß schon sachlich und obendrein begründet sein. Mit superkritischen Bemerkungen allein löst man keine Schwierigkeiten. Da hätten Sie schon etwas mehr bieten müssen als nur die schneidigen Gedanken und Formulierungen Ihres Artikels.

Kurz zu Ihrer Information: Unsere rd. 6000 Studenten sind zu 41,9% motorisiert. Zu den vorhandenen 2263 Studentenausos und 179 Motorrädern (d.h. 1000 Studenten mehr als vor einem Jahr) kommen noch gut 1000 Autos der Hochschulbediensteten hinzu. Zusammen ergibt dies rd. 3500 Kraftfahrzeugbesitzer an der Hochschule. Zugegeben, daß diese nicht immer alle und ständig in der Hochschule sind, zum Teil ihren Arbeitsplatz außerhalb des Kerngebiets der Hochschule haben und in Ausnahmefällen sogar zu Fuß laufen; aber es ist unbestrittenes Faktum, daß das derzeitige Parkplatzangebot von rd. 1300 Plätzen im Kerngebiet auf hochschuleigenem Gelände in keinem Fall ausreicht. Die Hälfte dieser Parkplätze ist übrigens erst vor einem Jahr an der Arheilger Straße eingerichtet worden.

Wie wird man nun mit diesem Dilemma fertig? Lösungsmöglichkeit 1: man überläßt den Verkehr im Hochschulgelände sich selbst. Das war die Praxis bis vor 1½ Jahren. Folge: chaotische Verhältnisse, rüde Ellenbogenmethoden, Krach, Dauerärger und Beschwerden gleich dutzendweise. So geht es also nicht. Lösungsmöglichkeit 2: man bietet geordnete Parkmöglichkeiten durch Markierung an, nimmt aber keine Reservierungen vor. Auch dies ist praktiziert worden. Folge: nahezu alle Parkplätze sind ständig mit Studentenausos belegt und die Hochschullehrer, Körperbehinderten sowie diejenigen Bediensteten, die mit Privatautos dienstliche Wege erledigen, können sehen, wo sie bleiben. Geht also auch nicht. Lösungsmöglichkeit 3: man reserviert Plätze für

einen begrenzten Personenkreis, nämlich für den vorgenannten, und gibt alle übrigen Parkplätze für jedermann an der Hochschule frei. Folge: relative Ordnung, kaum Beschwerden, jedoch zeitweise leere Plätze. Letzteres läßt sich aber zwangsläufig leider nicht ändern, da auch — ich zitiere aus Ihrem Artikel — wohlbeleibte Honoratioren und Privilegierte einmal zum Essen nach Hause fahren müssen. Diese Lösung hat sich eingespielt und funktioniert, paßt aber Ihnen nicht. Nun, das wird man hinnehmen müssen. Es stört Sie ja auch nicht, daß Hunderte von Parkplätzen nahezu 5 Monate im Jahr leerstehen, was wiederum die Bevölkerung Darmstadts sehr erfreut.

Mit der Forderung der Drittelparität in puncto Parkplätzen würde ich übrigens vorsichtig sein, denn wenn die vorhandenen 1300 Parkplätze zu  $\frac{2}{3}$  für sonstige Hochschulangehörige in Beschlag gelegt würden, kämen die Studenten wesentlich schlechter weg als zur Zeit. Es blieben dann nämlich nur insgesamt rd. 400 Parkplätze für Ihre Kollegen übrig. Demgegenüber stehen aber jetzt schon täglich 600 Studentenausos allein auf dem Großraum-Parkplatz an der Arheilger Straße. In diesem Punkt müßte ich den Artikelverfasser — also Sie — gegen sich selbst schützen. Wir wollen also nicht weiter darüber sprechen.

Daß der Innenbereich vor der Mensa für den allgemeinen Fahrverkehr geschlossen werden muß, behagt mir selbst nicht, ist aber wegen der bevorstehenden umfangreichen Bauarbeiten für das neue Hörsaalgebäude leider nicht zu ändern. Wer den Vorteil des Hochschulausbaus haben will, muß zwangsläufig auch einen Nachteil in Kauf nehmen. Im übrigen sind die dadurch wegfallenden Parkflächen inzwischen durch die Herrichtung eines neuen Parkplatzes hinter der Kernphysik ausgeglichen worden. Nur muß man eben ein paar Schritte weiter gehen — und das ist schlimm!

Sicher bin ich mit Ihnen darin einig, daß es bei brutto 3500 Autos an der Hochschule ohne gewisse Ordnungsregelungen nicht geht, wenn wir uns nicht selbst blockieren wollen, aber ich würde mir Ihre durchaus er-

wünschte Mitarbeit jedoch etwas anders vorstellen als durch einseitiges Artikelschreiben. Nicht nur sich mokieren, sondern besser machen! Sie würden sich wundern, welche unterschiedlichen Interessenlagen es an einer Hochschule zu berücksichtigen gilt.

Machen Sie es mal 3500 Autobesitzern recht!

Mit freundlichem Gruß

Ihr Dr. Wilke  
Kanzler

Unzucht mit Mäusen  
dds Nr. 92

## Zurückgeböllt

Sehr geehrte Herren!

Mit wachsender Bewunderung las ich in Ihrer im übrigen interessanten Zeitschrift das Feuilleton „Unzucht mit Mäusen“ von Helmut Dreßler. Da legt einer den Finger tollkühn auf die heißesten Stellen der Stadt. Ich habe schon immer geahnt, daß es mit Literatur, Kunst und Musik in Darmstadt weniger als nichts sei. Entschuldigungen oder stotternde Berichtigungen sind deshalb völlig sinnlos. Zu dieser allerhöchsten Warte, von der aus Helmut Dreßler das Kulturleben Darmstadts in den Orkus schleudert, könnte nicht einmal der Mond hinaufbellern. Gottlob läßt uns die große verdammende Emotion eine geistige Gestalt der Hoffnung übrig. Das ist kein geringerer als Helmut Dreßler selbst. Er ist der Größte und mein ganzer Trost.

Hingerissen haben mich seine brillanten Wortprägungen „angegoethet“ und „gebüchnert“. Man sollte sich diese Verdreßlungen der deutschen Sprache hinter die Ohren schreiben.

Dreßlers Text geht unverzüglich ins Stadtarchiv, auf daß spätere Geschlechter erfahren mögen, was unter uns Neandertalern immerhin möglich gewesen ist. Ich selber aber stecke mir hinfort den leicht gegoethelten Spruchknopf ans Revers: Höher, Helmut, hinauf!

Mit freundlichen Grüßen

H. W. Sabais  
Stadttrat



### Schwimmen

Ihre Spitzenposition im Hochschulschwimmsport hielt die Mannschaft der TH Darmstadt mit der Erringung ihres fünften in ununterbrochener Reihenfolge gewonnenen Titels eines Deutschen Hochschulmannschaftsmeisters im Schwimmen. Im ersten Vergleichskampf gegen die Uni Mainz machte sich das Fehlen von Hans-Joachim „Little“ Klein, der an Grippe erkrankt war, stark bemerkbar – trotzdem gab es noch einen 13188:13091-Sieg für die TH-Mannschaft. Bald wurde klar, daß diese Punktzahl nicht zum Meistertitel genügen würde. Deshalb wurde ein zweiter Wettkampf gegen die TH Aachen im Darmstädter Hallenbad ausgetragen. Diesmal konnten die Darmstädter in stärkster Besetzung antreten; mit 14053 Punkten gegenüber 11473 Punkten der Aachener wurden sie wieder Meister vor der Uni Göttingen mit 13864 Punkten.

### Boxen

In den Vorrundenkämpfen konnten sich Bachmann, Walz und Hülk für die Endrunde in Köln qualifizieren. Alle drei gewannen ihre Kämpfe um den Einzug ins Finale. Hier allerdings

mußte Walz im Leichtgewicht eine umstrittene Punktniederlage gegen den Bonner Saleh hinnehmen. In einem sehr harten Kampf mußte sich im Halbmittelgewicht Hülk dem Kölner Wegner knapp nach Punkten geschlagen geben. Daß die Darmstädter nicht ohne Titel zurückkehren mußten, konnte Bachmann mit einem sicheren Punktsieg über den Heidelberger Naujoks verhindern.

### Fechten

Zusammen mit dem Fechtclub Darmstadt trugen die Fechter der TH Darmstadt bei einem Freundschaftstreffen in Metz einen Vergleichskampf gegen die Société d'Escrime de Metz aus. Erst nach hartem Kampf mußten sich die Darmstädter mit 20:21 geschlagen geben. Entscheidend hierfür war die hohe 4:12-Niederlage der Damen, die durch den 16:9-Erfolg der Herren nicht ganz wettgemacht werden konnte.

Die Hochschulfechtmeisterschaften fanden in Heidelberg statt. Im Florett erreichte die TH-Mannschaft durch Siege gegen Uni Gießen (13:3) und Uni Karlsruhe den 2. Platz in der Vorrundengruppe; der Einzug ins Viertelfinale scheiterte durch die Niederlage im Kampf gegen Uni Mannheim (55:59). Es siegte Uni Freiburg vor Tübingen, München und Mannheim. Im Degenfechten brauchte die Darmstädter Mannschaft nach ihrem 3. Platz im letzten Jahr keine Vorrundenkämpfe auszutragen. In der Endrunde siegte sie gegen Frankfurt (10:6) und Karlsruhe (9:4); die 5:9-Niederlage gegen Mainz verhinderte aber den Einzug in das Finale. Im Endergebnis wurde Freiburg erster vor Mainz, Darmstadt und München.

### Hallenhockey

Bei den Deutschen Hochschulmeisterschaften im Hallenhockey konnte die Mannschaft der TH Darmstadt durch einen 6:5-Sieg gegen die Uni Ham-

burg den 3. Platz belegen. In den Vorrundenspielen gab es Siege gegen Heidelberg (4:3) und Münster (5:3), gegen Karlsruhe ein 5:5 und nur gegen Köln mit 3:4 eine Niederlage. Durch eine 3:5-Niederlage gegen die Uni Heidelberg mußten sich die Darmstädter mit dem Spiel um den dritten Platz begnügen.

### Wasserball

Nach Siegen über Heidelberg (8:3), Würzburg (13:2) und Aachen (6:3) gab es im entscheidenden Spiel gegen die Uni Münster eine vernichtende 3:12-Niederlage. Die Platzierung: 1. Münster, 2. Darmstadt, 3. Heidelberg, 4. Aachen, 5. Würzburg.

### Hallenhandball

In der zweiten Zwischenrunde zur Deutschen Hochschulmeisterschaft mußte sich die Mannschaft der TH Darmstadt mit dem undankbaren dritten Platz zufrieden geben. Nach einer unglücklichen 11:16-Niederlage gegen die Uni Hamburg gab es gegen die Uni Münster einen überraschend klaren 16:9-Erfolg. Im entscheidenden Spiel gegen die Uni Heidelberg unterlag die TH mit 12:18. In Nachholspielen in der Vorrunde zur Deutschen Hochschulmeisterschaft mußte die TH Darmstadt in Heidelberg drei Niederlagen hinnehmen, im Fußball mit 1:5, im Basketball mit 61:79 und im Tischtennis mit 6:9. Damit sind die Fußballer und Basketballer ausgeschieden. Die Tischtennispieler haben sich mit dem zweiten Platz in der Vorrunde für die Zwischenrunde qualifiziert.

### Reiten

Am Kavalleriesand veranstaltete die TH Darmstadt ein Reitturnier, an dem 12 Mannschaften teilnahmen. Die Mannschaftswertung der Vielsei-

... immer erfolgreich  
immer gut bedient

mit Sportgeräten,  
Sportschuhen und  
Sportbekleidung von



dem bekannten  Fachgeschäft  
in der Stadtmitte

vom Sportlehrer beraten –  
von Fachkräften bedient –  
von unserer Spezialwerkstatt betreut

tigkeitsprüfung gewann die Uni München vor Freiburg und Darmstadt. In der Einzelwertung siegte Herkommer (München) vor Hans-Friedrich Mäder (Darmstadt), in der Dressur der Klasse L ebenfalls Herkommer vor Burmann (Marburg). Vierter wurde Mäder und fünfter Otto Witt, beide Darmstadt.

Bei den Deutschen Hochschulmeisterschaften in Wülfrath belegte Florian Geyer von der TH Darmstadt im Einzelwettbewerb der Reiter den 8. Platz.

Studenten der TH Darmstadt beteiligten sich bei einem Cross Staffellauf über 6 x 4,8 km durch Londons Hyde Park und belegten den 8. Platz unter 108 gestarteten Staffeln aus 11 Nationen. Mit dieser Leistung waren sie die beste ausländische Staffel hinter sieben englischen Teams.

Bei den alpinen Skimeisterschaften der TH Darmstadt in Hundseck im Schwarzwald war Sigi Trommer der überragende Läufer. Er war überlegener Sieger in der Kombination mit einem Sieg im Slalom vor Winstroer und Bock und einem Sieg im Riesenslalom vor Weidenbusch und Kassing.

Bei den Tischtennismeisterschaften der TH Darmstadt wurde Achim Lante Hochschulmeister, er besiegte im Endspiel Peter Kunzke mit 3:1. Dritter wurde Sondermann vor Schöbitz. Im Doppel besiegten Kunzke/Sondermann überraschend Ebert/Lante mit 2:1. Auf den dritten Platz kamen gemeinsam Faikin/Schneider und Schöbitz/Beissler.

Karl-Heinz Klöpfer

### Vom Fernschach an der THD

Nach nahezu zweijähriger Dauer wurde der Freundschaftskampf gegen die Königliche Technische Hochschule Stockholm über 12 Partien mit einem klaren 7<sup>1/2</sup>:4<sup>1/2</sup>-Sieg abgeschlossen. Im einzelnen spielten: D. Daum (MB) – M. Altmäe 2:0, H.-D. Vötter (Chem.) – M. Jonsson 1<sup>1/2</sup>:1<sup>1/2</sup>, K. Gerhardt (WI) – C. G. Bergström 0:2, W. Pache (MB) – B. Norevik 1<sup>1/2</sup>:1<sup>1/2</sup>, P. Kopp (Math) – R. Hedquist 2:0, A. Bauer (Chem.) – A. Gedeon 1<sup>1/2</sup>:1<sup>1/2</sup>.

Für die Stockholmer Mannschaft hat Rektor Schultz zur Erinnerung an dieses erste freundschaftliche Kräfte-messen zwischen einer deutschen und einer schwedischen Hochschule eine wertvolle Plakette gestiftet.

Kiebitz

## GEGENDARSTELLUNG?

In dem von „Kuno“ verfaßten Artikel „Zeugnisverweigerung“ stellt der Verfasser die Behauptung auf, das Sekretariat der Hochschule verzögere durch bürokratische Maßnahmen bei der Beschaffung von Entlastungsbescheinigungen und durch „bummeliges“ Arbeiten die Fertigstellung und Ausstellung der Diplomprüfungszeugnisse.

Dieser Artikel kann nicht unwidersprochen bleiben. Die Behauptung, die Unterlagen aus den Personalakten und das Studienbuch mit Abgangsbescheinigung würden „in einigen Wochen“ zugesandt werden, entspricht nicht den Tatsachen. Eine Verzögerung tritt lediglich im Monat November ein, wenn bei den Fakultäten noch nicht die Prüfungs-Abschlußsitzungen stattgefunden haben. Hierbei muß man wissen, daß der Leiter des Sekretariats im Interesse der ausscheidenden Studenten die für sie wichtige Bescheinigung über Ausfallzeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erst auf Antrag, sondern automatisch anlässlich der Exmatrikulation ausstellt. Für diese Bescheinigung ist aber das Datum der letzten Prüfung bzw. der Abschlußsitzung erforderlich.

Im Gegensatz zu anderen Hochschulen, wo bestimmte Fristen einzuhalten sind, werden Exmatrikulationsanträge zu jeder Zeit entgegen genommen. Sie werden vordringlich bearbeitet und in normalen Zeiten innerhalb weniger Tage, bei besonderer Dringlichkeit (Hochschulwechsel) auch sofort erledigt. In den Monaten November und Dezember, wenn über 500 Anträge von Absolventen und Hochschulwechslern vorgelegt werden, ergibt sich infolge der Vielzahl der Fälle eine längere Bearbeitungszeit. Hierfür sollte aber Verständnis aufgebracht werden, besonders auch im Hinblick darauf, daß die Mitarbeiter im Sekretariat auch noch bei der Einschreibung und Rückmeldung eingesetzt sind.

Was die angebliche Zeugnisverweigerung anbelangt, ist darauf hinzuweisen, daß Zeugnisse erst ausgestellt

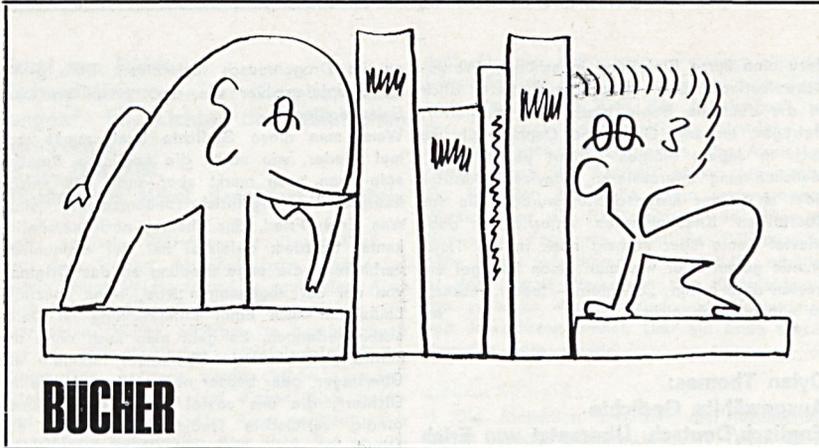
werden können, nachdem die Abschlußsitzungen der Prüfungskommissionen (Fakultäten) stattgefunden haben. Denn auf diesen Sitzungen wird gemäß der Prüfungsordnung in Zweifelsfällen festgesetzt und über Abweichungen vom rechnerischen Durchschnittsergebnis entschieden. Diese Sitzungen können nicht vor dem letzten Prüfungstag der betreffenden Fachrichtung abgehalten werden. Nach diesen Sitzungen müssen dann etwa 300 Diplomhaupt- und 240 Diplomvorbereitungszeugnisse geschrieben und nachgeprüft werden.

In den gleichen Zeitraum fällt aber auch noch die Vorbereitung der turnusmäßigen Sitzung der Diplomvorbereitungskommission, in der u. a. zahlreiche Einsprüche der Studenten behandelt werden müssen. Es sollte Verständnis finden, daß bei dieser Sachlage einige Zeit für die Ausstellung der Zeugnisse benötigt wird, obwohl alles getan wird, diese Arbeit so schnell wie möglich zu bewältigen. So werden beispielsweise trotz eigener Belastung Bedienstete des Sekretariats zusätzlich zur Fertigung der Zeugnisse eingesetzt, um die durch diese Arbeitslast unter Berücksichtigung ihrer weiteren Aufgaben in dieser Zeit schlechthin überforderten drei Mitarbeiterinnen des Prüfungsamtes zu unterstützen.

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß eine Vermehrung des Personals im Sekretariat, die eine Beschleunigung des Verfahrens ermöglichen würde, bei der gegenwärtigen Finanzlage leider nicht erreichbar ist. Auch eine weitere Rationalisierung mittels Datenverarbeitung, die bereits im Jahre 1962 eingeführt wurde, kann hier nur noch beschränkte Fortschritte bringen, da eine Vielzahl der Fälle individueller Erledigung bedarf, die Ausfertigung von Urkunden einer solchen Mechanisierung ohnehin nicht zugänglich ist.

Darmstadt, den 25. April 1968

Schultz



**Karl Steinbuch:  
Falsch programmiert  
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart  
1968. 175 S., DM 14,80.**

„Die Verantwortlichen, denen nachgesagt wird, sie hätten sich ‚um das Vaterland verdient gemacht‘, sind dann nicht mehr erreichbar.“ Dann, wenn „die Verantwortlichen“ – heute offiziell hoch belobigt – weil sie längst begraben, nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können, dann – das ist die Zukunft, speziell die in Deutschland, um die sich der Autor Sorge macht. Aus diesem Grund beobachtet und analysiert er heute Aufgaben und Versäumnisse der Verantwortlichen. Und man ist sicher: Um das Vaterland verdient gemacht hat sich von denen kaum einer.

Seine Bedenken äußert Karl Steinbuch nicht im Stil belanglosen Lamentierens resignierender Staatsdiener, sondern er analysiert die „Denk-Weise“ der Einflußreichen in der Bundesrepublik.

In einer Zeit, in der es dringend notwendig ist, die Wissenschaften in einer neu durchdachten Weise zu verwalten und zu fördern, haben fast ausschließlich solche Leute Macht und Einfluß, deren Bildungsstand in bezug auf neuzeitliche und zukünftige wissenschaftliche Denkmethode nur noch als Halbgebildeten bezeichnet werden kann. Wie alle Halbgebildeten versuchen „die Verantwortlichen“ dieses Manko forsch und mit überwältigender Borniertheit durch gutbürgerliche Spekulation und mittels vieler Quentchen „gesunden Menschenverstandes“ zu kompensieren.

Professor Steinbuch – Ordinarius in Karlsruhe für Nachrichtenverarbeitung Nachrichtenübertragung – beschreibt voller Bitterkeit die Barrieren, die in der Bundesrepublik Deutschland mutwillig und in verantwortungsloser Ignoranz von Verantwortlichen gegen notwendige Erneuerungen der wissenschaftlichen Arbeit und der Bildung errichtet werden.

Die Kapitel des Buches sind überschrieben mit: 1. Von den Folgen falschen Denkens; 2. Anklage gegen die Hinterwelt; 3. Über Wissenschaft, Glaube und Zukunft; 4. Die zwei Kulturen; 5. Die Innovation und der Zorn der Buchhalter; 6. Die informierte Gesellschaft; 7. Über das Londoner Symposium und R. Kaufmanns Polemik; 8. Über die Zukunft; 9. Worauf es ankommt.

„Falsch programmiert“ ist die Gesellschaft des vorigen Jahrhunderts, die dem deutschen Volk heute noch die „Maßgebenden“ Politiker und Beamte liefert. Ein veraltetes Bildungsideal der „Hinterwelt“ (ein Ausdruck Nietzsches) ist

effektiv entscheidend für die Maßnahmen, die heute für die Zukunft getroffen werden.

Karl Steinbuch beschreibt differenziert die gesellschaftlichen und bildungsmäßigen Ursachen der Misere, polemisiert gegen hoffnungslos überholte intuitive Wertmaßstäbe und weist auf notwendige Entscheidungen hin, die sich jedoch nicht nur auf organisatorische und finanzielle Anstrengungen beschränken dürfen.

Das Buch liefert protestierenden Intellektuellen weitere wohlgedachte Argumente, angriffsfreudig formuliert, den Notstand der wissenschaftlichen Entwicklung aktiv zu bekämpfen. Jedem Hochschullehrer, jedem Studenten und jedem Assistenten wird dieses Buch dringend empfohlen.

\*

Ein Standardwerk des Experimentalphysikers, der „Kohlrausch“ (Praktische Physik, Teubner-Verlag, Stuttgart) erscheint nun in 22. Auflage. Neubearbeitet und ergänzt, liegt zunächst der Band 1 (Allgemeines über Messungen und ihre Auswertung/Mechanik/Akustik/Wärme/Optik) vor. Im Mai erscheinen der zweite (Elektrizität und Magnetismus/Korpuskeln und Quanten, Struktur der Materie) und der dritte (Tafeln). Wir werden dann ausführlich über Aufbau, Inhalt und Gebrauchsfähigkeit des Handbuchs berichten.

**Klaus Dörner:  
Die Hochschulpsychiatrie  
Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart  
164 S., kart., DM 22,-.**

Die Hochschulpsychiatrie in Deutschland verfügt noch über fast keine eigenen Erfahrungen. So ist es kein Wunder, daß sich das vorliegende Buch darin beschränken muß, über Betrachtungen und Erkenntnisse zu referieren, die beinahe ausschließlich in den USA gemacht wurden. Der Untertitel „Sozialpsychiatrischer Beitrag zur Hochschulforschung – Stand und Kritik“ trifft jedoch nur insofern, als er sich auf den Stand bezieht. Die Kritik scheint nämlich trotz aller Ansätze zu übersehen, daß

die Verhältnisse hüben und drüben so unterschiedlich sind, daß kaum transponible Aussagen gemacht werden können. Insbesondere die Feststellung des Autors, daß man sich in Deutschland anschieke, jetzt die gleichen Anfangsfehler zu machen wie vor einigen Jahrzehnten in den USA, geht deswegen an der Realität vorbei, weil Betrachtungsweisen und Methoden, die sich in den Vereinigten Staaten als fehlerhaft erwiesen haben, hier mit einigem Recht als angemessen bezeichnet werden können. Aus diesem Grunde ist das Buch kaum dazu geeignet, unmittelbaren Profit für die deutsche Hochschulpsychiatrie abzuwerfen. Wer jedoch einen Überblick über Entwicklung und Stand der amerikanischen Hochschulpsychiatrie sucht, findet ihn in gut gegliederter und zusammengestellter Form, nebst einem ungewöhnlich umfangreichen Literaturverzeichnis.

**Chemieleitfaden für Studierende der Technik**

**Dr.-Ing. Kurt W. Geisler  
Fachverlag Schiele & Schön GmbH,  
Berlin, 1968  
144 S., 7 Abb., DM 12,-.**

Die Ingenieure sämtlicher Fachrichtungen brauchen ein gewisses chemisches Grundwissen, wie es in diesem „Chemie-Leitfaden“ dargeboten wird. Umfang und Schwierigkeitsgrad sind so eingerichtet, daß der Stoff in insgesamt 80 Stunden bewältigt werden kann. Eine Anzahl von Versuchen ist eingestreut. Beispiele sind berechnet und Aufgaben gestellt. Von den üblichen Darstellungen weicht die mit diesem Fachbuch vorliegende dadurch ab, daß auch die Grundzüge der chemischen Technologie und des Chemieapparatebaus kurz behandelt werden.

Der Übersicht halber seien hier die Hauptkapitel aufgeführt: Einführende Betrachtungen / Elektrochemische Vorgänge / Systematik chemischer Elemente / Thermochemische Vorgänge / Chemisches Gleichgewicht / Ionenprodukt und pH-Wert / Atomenergie – Fernenergie / Elemente und wichtige anorganische Verbindungen / Organische Verbindungen / Chemische Technologie / Chemieapparate (Verfahrenstechnik) / Chemische Analyse.

**Rolf Dieter Brinkmann  
Keiner weiß mehr  
Roman  
Kiepenheuer & Witsch  
DM 20,-.**

„Keiner weiß mehr“ ist ein ungeheuer schlaffer Roman eines Schlaffen über einen Schlaffen, der folglich nur schlaff rezensiert werden kann. „Er“ hat es (infolge von Schläffe) dazu kom-

**hellwach+atemfrisch**

**HALLOO-WACH**

Wohlschmeckende Tabletten gegen Müdigkeit  
in Apotheken, Drogerien und an der Autobahn.

men lassen, daß „sie“ ein Kind in die Welt setzte. Jetzt ist es da, immerzu anwesend, es wird bleiben, man kann es nicht wegwerfen. Er ist dadurch gebunden, an Frau, Kind, Wohnung. Immer dasselbe. Und als sie wegfährt, bleibt sie dennoch da, weil sie ja wiederkommt, oder er ihr nachfährt (vice versa, wenn er abhaut). Er beneidet Gerald, der nichts als Ficken im Kopf hat und die Mädchen wie die Taschentücher wechselt, mit denen man den Saft vom Bauch abwischt und Rainer, der immer weiß, was gerade up to date ist, in der Mode, im Film, im Beat, und der es besser hat, weil Männer keine Kinder kriegen und auch nicht so dauerhaft an einem kleben wie die Frauen. Daß der Roman spannend wäre, kann man nicht sagen. Nicht einmal die „Stellen“ sind dazu angetan, den Leser vorwärts zu ziehen. Wohl deshalb ist der Roman auch noch nicht indiziert. Warum dagegen die kath. Kirche noch keine Beleidigungsklage von wegen „Erzbischof Kardinal Frings, the queen of cologne“ erhoben hat, ist nicht klar. kf

**Gerstner, Gredinger + Kutter:**  
**An das Söhnlein von Söhnlein**  
 Verlag Bärmeier & Nikel  
 120 S., 12 Fotos und Faksimiles,  
 DM 7,80.

Kein Paradestück, dieser Neuling von B & N. Die Agentur Gerstner, Gredinger und Kutter veröffentlicht einige der Briefe, die von sektischen Bundesbürgern an die beiden Söhnlein-dressmen Cornelio und Nikolaus abgeschickt wurden. Texter Robert Stalder schrieb

dazu eine kurze Einleitung in schönem Werbeschweizerisch. Der versprochene tiefe Blick in die deutsche Seele bleibt aus, Schnorrer, Betrüger, einsame Omas und Deppen gibt es auch in Japan; einiges berührt peinlich. Manchen mag interessieren, wieviel Hektoliter Sekt an Lehrer ausgeschüttet wurden, die vor überfüllten Knabenklassen unterrichten oder wieviel Leute über sechzig noch in die Tanzstunde gehen oder wie man einen Papagei am besten dazu bringt, „Söhnlein – lecker, lecker!“ zu sagen, mich nicht. wd

**Dylan Thomas:**  
**Ausgewählte Gedichte**  
 Englisch/Deutsch. Übersetzt von Erich Fried.  
 Carl Hanser-Verlag, München  
 80 S., brosch., DM 12,8 0.

Gedichte sind unmodern, allenfalls gut für alte Betschwester oder ganz junge Schwärmer. Daß aber nicht alles, was sich hinten reimt, Kitsch und out of time sein muß, zeigt dieser Band. Der ziemlich unbekannte Thomas, Engländer, geboren 1914, gestorben 1953, ist immerhin das Vorbild eines nicht ganz unbekanntem amerikanischen Lyrikers und Sängers mit Namen Bob Dylan (die Namensgleichheit ist keineswegs ein Zufall). Nun ist Thomas beileibe kein Protester gewesen, überhaupt fehlt Engagement, Ziel, Intention. Seine Verse wollen nichts, leben nur aus seiner Fantasie, man kann nichts daraus lernen; dichterische, ganz unwirkliche Bilder tauchen auf, schwinden wieder. Ich verkneife mir, auf Parallelen zu sehr wenigen guten Beattexten und zu Visio-

en im Drogenrausch hinzuweisen. Eine große Rolle spielen hier wie dort Wortklänge und Satzmelodien.

Wenn man diese Gedichte liest, merkt man mal wieder, wie schön die englische Sprache sein kann, man merkt aber auch, daß solche Lautgemälde eigentlich unübersetzbar sind. Was Erich Fried, der Thomas noch persönlich kante, trotzdem geleistet hat, ist erstaunlich: verblüffend die enge Bindung an das Original, von der nur abgegangen wird, wenn spezielle Lautungen nach einer Entscheidung im Deutschen verlangen. Es geht also auch ohne die Parole „Ich bin kein Übersetzer, sondern ein Übertrager, oder besser noch selbst ein kleiner Dichter“, die uns soviel ungenießbare, hochgradig verfälschte Gedichtübersetzungen beschert hat.

Statt weiterer schöner Worte eine Kostprobe:

The whirled boat in the burn of his blood  
 Is crying from nets to knives,  
 Oh the shearwater birds and their boatsized brood  
 Ohs the bulls of Biscay an their calves

Das Boot wirbelt im Strudel seines brennenden Blutes  
 von Netzen zu Messern ein einziger Schrei!  
 O die Wasserschervögel, ihre gierigen Bruten,  
 O die Stiere und Stierkälber von Biskaya  
 (aus: Ballad of the Long-legged Bait)

Ein Buch für Snobs, die sich nicht scheuen, Gedichte zu lesen, und für Lyrikfans, die meinen, Rilke sei der Größte. Aber auch für Leute, die Bob Dylan kennen und Jimi Hendrix und John Lennon und sich für ihre geistigen Vorfahren interessieren. fari

**Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg**

**Neuerscheinungen April 1968**

- 1033 Joseph Roth: Der stumme Prophet.  
 1034 Frederic Raphael: Zwei auf gleichem Weg.  
 1035/36 Jack Kerouac: Unterwegs. On the Road.  
 6612/13 Karl Steinbuch: Die informierte Gesellschaft. Geschichte und Zukunft der Nachrichtentechnik.  
 6404 Sybil Gräfin Schönfeldt: Das Kochbuch für die Frau, die sparen will.  
 2139 Maj Sjöwall/Per Wahlöö: Die Tote im Götakanal.  
 2140 Milton. Shulmann: Die ehrbaren Mörder.  
 138 Johann Heinrich Pestalozzi, dargestellt von Max Liedtke.  
 292/93 Pietro Gerbore: Gastronomie und Geselligkeit. Eine Seitenansicht der Kulturgeschichte.

**Fischer-Bücherei, Frankfurt/M.**

**Neuerscheinungen April 1968**

- 882 John Osborne: Ein Patriot für mich / Das eingelöste Pfand.  
 883 Otto Dix, Zeichnungen. Ausgewählt und herausgegeben von Hans Kinkel. (Originalausgabe)  
 884 Ludwig Marcuse: Mein zwanzigstes Jahrhundert. Erinnerungen.  
 885 Bernd Naumann: Auschwitz. Bericht über die Strafsache gegen Mulka und andere vor dem Schwurgericht Frankfurt. Buch des Wissens.  
 900 Franz Kafka: Das Schloß. Roman.  
 907 Kommunistische Parteien Westeuropas. England, Frankreich, Italien, Skandinavien. Reihe „Informationen zur Zeit“. (Originalausgabe)  
 FWG 10 Das frühe Mittelalter. Von J. Dohndt. Fischer – Weltgeschichte. (Originalausgabe)

**„...das Beste im westdeutschen Journalismus“**

(das Londoner Weltblatt THE TIMES über die Süddeutsche Zeitung)

Heute: Der Mensch und die Tachtel

**Süddeutsche Zeitung**

MÜNCHNER NEUESTE NA...

21. Jahrgang

Das Streif/Bote

Preis: 95 40; 5,30 - 1,10 100,- 1,40 - 1,60; Pa. 10,-

**Zeitung**

WIRTSCHAFT · SPORT

B 6558 A

Studenten erhalten die SZ im Abholabonnement für DM 4,- monatlich.

**Ernst von Pidde:  
Richard Wagners „Der Ring der Nibelungen“ im Lichte des deutschen Strafrechts  
78 S., DM 9,80.  
Bärmeier & Nikel, Frankfurt am Main**

Trotz gewisser Bedenken ist dieses Buch – aus dem Verlag der Zeitschrift „Pardon“ – jedem echten Wagnerfreund zu empfehlen. Aber auch jeder tief empfindende Wagnerfeind kann hier seine Waffen schärfen im Kampf gegen gar zu enthusiastisches „Walalaweia“ blinder Wagnerfans. Letztere werden schon aus dem Titel Übles erahnen und dieses Buch beleidigt von sich weisen. Der Autor verdient solch schmähliche Behandlung aber nicht, hat er sich doch der Mühe unterzogen, mit juristischer Objektivität die Untaten in Richard Wagners Musikdrama „Der Ring der Nibelungen“ aufzudecken. Das Ergebnis ist erschreckend und zeugt von der Verantwortungslosigkeit der Opernhäuser, die immer wieder dazu beitragen, Mord, Totschlag, Blutschande und Entführung unter dem Deckmantel gerauschvoller Musik zu verherrlichen. Ernst von Pidde fordert die ‚saubere Oper‘ und das zu Recht, um Söhne und Töchter ohne Gefahr für ihr Seelenheil am Kulturleben teilnehmen lassen zu können. Für die Straftaten der Götter, Zwerge und Riesen glaubt er das deutsche Strafgesetzbuch anwenden zu können, da diese mit jeder Aufführung des Dramas neu begangen würden. Die Auffassung, die dargestellten Verbrechen seien ja vor Erlaß des Strafgesetzbuches verübt worden, ist als zu eng anzusehen. Die Gesamtstrafe beträgt dem-

nach für die auftretenden Personen fünfmal lebenslänglich Zuchthaus und 90 Jahre Freiheitsentzug: „Der Ring der Nibelungen“ ist der Höhepunkt strafrechtlicher Umtriebe in Richard Wagners Musikdramen. Der Autor besticht!) durch die Klarheit seiner Argumente; die Fußnoten erschließen sein umfangreiches Wissen über die Randprobleme des Themas. Nur seine Forderung, sämtliche Bühnenwerke ohne Musik aufzuführen, ist zu tadeln, schüttet er doch damit Wasser in das Kampfesfeuer, das zwischen Wagnerfreund und Wagnerfeind seit Jahrzehnten brennt. Und ein Ende dieses Kampfes wäre schade. eb

1) Die Redaktion verurteilt den Rezensenten wegen passiver Bestechung zu 14 Tagen Geldstrafe.

**SCHALLPLATTE:**

**The Jimi Hendrix Experience  
Axis: Bold as Love  
Polydor 239 000. DM 19,—.**

Jimi Hendrix, das schwarzgelockte Urviech, Meister auf der elektrischen Gitarre, hat seine zweite LP herausgebracht. War bei Are you experienced die Plattenhülle eher konventionell und die Musik futuristisch, so hat jetzt das Cover den Inhalt überholt: aufklappbar, außen ein tollbundes Indiemalerei (Jimi Hendrix als hundertarmiger Pseudo-Buddha inmitten von indischen Gottheiten und üppigen Sari-

Trägerinnen; idiotisch übrigens, die Musik hat überhaupt nichts mit Fernost zu tun, aber es ist nun mal modern), innen schon eher still-echt: die Köpfe des Trios in hartem Schwarzweiß so brutal und wild, wie ihre Musik sein kann. Leider können die neuen Nummern nicht ganz mit der Verpackung mithalten. Daß der ehemalige Background-Gitarrist sein Instrument beherrscht wie wohl kein anderer Beat-Musiker, wußte man auch schon so; bedauerlicherweise werden diverse technische Tricks, wie das Hinundherschwingen der Musik von links nach rechts, bis zum Oberdruß praktiziert. Jimi Hendrix hat seinen eigenwilligen Stil nicht so konsequent weiterentwickelt, wie zu hoffen gewesen war; schade, daß seine etwas träge, „schwarze“ Stimme nicht mehr so ausdrucksstark eingesetzt wird wie auf der ersten Platte; die recht häufige Verwendung von Gruppengesang scheint ein Zugeständnis an den Publikums geschmack zu sein. Wenige Nummern packen so, sind so unbedingt wie fast das ganze Repertoire von Are you experienced. Die Qualität der Texte ist übrigens wieder arg zwiespältig: gute (Little Wing) und kitschige (Castles made of Sand) bunt gemischt. Ein wirklich netter Gag am Anfang der Platte: Interview der EXP-Radio-Station mit elektronisch verfremdetem Jimi Hendrix (Do you believe in flying saucers?, worauf der Gefragte sich unter Weltraumgetöten in einen kleinen grünen Mann verwandelt und verschwindet). Im ganzen: bei weitem nicht so kühn, wie der Titel glauben machen will, aber immer noch um Klassen besser als der Plüsch-Beat der BeeGees und Genossen; die neue experience allerdings, die man sich von der LP versprochen hatte, blieb aus. fari

**KÜNSTLICHES**

Verleihung des Leonce-und-Lena-Preises am 4. Mai 1968

Die wenigen Interessierten – ein paar mehr oder weniger enttäuschte Einsender, die den Preis nicht erhalten hatten, ein hundertstel der Darmstädter künstlerischen Prominenz (nicht, daß man mehr erwartet hätte), der große Teil der Darmstädter und Frankfurter Feuilletonisten und einige unentwegte Literaturanhänger, – die immer noch von dem einen Satz „In Darmstadt leben die Künste“ zehren – strebten, ein Hauch von Bildung über dem Mund und Erwartung in den Augen, in den festlichen Saal. Zum Auftakt der ersten Verleihung des Leonce-und-Lena-Preises für Lyrik spielten die Amateur-Beat-Band „Rovers Ltd.“. Die Jüngeren hörten ergriffen zu; diejenigen, die schon der mittleren Generation angehörten und glaubten, daß sie diesem Stadium der jugendlichen Beatbegeisterung gerade

entwachsen seien, lächelten amüsiert; jene, die ihre Pensionierung hinter sich gebracht hatten oder kurz davor standen, setzten entweder ein ‚Pokerface‘ auf oder kratzten sich auf der Glatze.

Anschließend verlas der einzige Juror, der Darmstädter Schriftsteller Wolfgang Weyrauch das Preisgedicht und begründete seine Entscheidung. Die Anwesenden übten sich in tief aufgenommenem und verarbeitetem Verstehen, und selbst die älteren waren fast bereit, das Preisgedicht als solches zu akzeptieren. Der glückliche Gewinner, der 23 jährige Frankfurter Schriftsteller Wolf Wondratschek, bestieg nun das Rednerpult und rezitierte noch einmal das preisgekrönte Gedicht. Den Mittelpunkt seiner Lesung bildete ein politisches Traktat, eine Aufforderung, sich der Außenparlamentarischen Opposition anzuschließen und am Marsch der Notstandsgegner auf Bonn teilzunehmen. Über die Demonstration und Opposition sagt Wondratschek den treffenden Satz „Geben wir endlich zu, daß es uns Spaß macht und daß wir diesen Spaß ernst nehmen“. Der Text wurde von den Jüngeren mit großem Beifall aufgenommen,

zwang allerdings die ältere Generation, die letzten Reserven ihres schauspielerischen Könnens zu zeigen: schlecht deckendes Grinsen auf den verärgerten Stockzähnen, arrogantes Lächeln über den entrüsteten Mundwinkeln. Man wurde an Peter Rühmkorfs Ausspruch „Die zwanziger Jahre haben ihre eigene Wirklichkeit nur als Anachronismus begriffen“ erinnert und war versucht, das gleiche über die sechziger Jahre zu sagen.

Draußen bestärkten sich dann zwei schon lange heftig diskutierende Damen weiter in ihrer Ablehnung, glaubte ein Herr, daß jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen sei, um zu vermerken: „Das nächste Mal wird dann der gesamte SDS dazu eingeladen!“ – Vielleicht hätte man das schon diesmal tun sollen.

Weyrauchs Versuch, die Stagnation in der Darmstädter Kulturfabrik zu überbrücken, mußte zum Teil schon an den Vorurteilen jener scheitern, die diese Stagnation aufgebaut haben und verteidigen. Bei einem für Darmstädter kulturindustrielle Zwecke geeigneteren Preisträger wäre der Versuch ins Gegenteil umgeschlagen. Er wäre selbst Teil dieser Stagnation geworden. ws



## Einem „on dit“ zufolge . . .

. . . kommt nichts von nichts und selten etwas von auch nichts.

\*

. . . ist das Häuschen an der Magdalenenstraße kein Häuschen im üblichen Sinne.

\*

. . . sagte K. G. Kiesinger beim Gespräch mit dem VDS-Vorstand zu Ehmann: „Ich habe volles Verständnis für Ihre Probleme; auch ich war einmal jung.“

\*

. . . meinte unser ständiger Bauingenieur, ein Auto mit größeren Reifen führe bei gleicher Geschwindigkeit schneller.

\*

. . . hat der Tierschutzverein gegen den Einsatz von Schäferhunden bei Demonstrationen protestiert.

\*

. . . fragen sich die Polizisten in Frankfurt neuerdings nach Dienst- „Na, ausgeschlagen?“

## KULTURKALENDER

9. 5. **ESG, KSG:** Podiumsdiskussion: „Die Ostdenkschrift des Benserger Kreises“. Hörsaal im Schloß, 20 Uhr
10. 5. **Schloßkeller:** 1. KKK Darmstadt, Bier und Bach im Schloß, 20 Uhr
13. 5. **kleine uno:** ESG-Clubraum im Schloß: „Äthiopien“, Lichtbildervortrag von W. Todt, 20 Uhr
14. 5. **Filmseminar:** „Ninotschka“ USA 1939
15. 5. **Filmkreis:** „Das höhere Prinzip“, CSSR 1960  
Regie: Jiri Krejčík
17. 5. **Schloßkeller:** „Pinguin“, der Münchner Pantomime gastiert zum zweiten Mal mit seinem Lacherfolg „Die Kunst zu Blödeln“, 20 Uhr
- 18./19. 5. **ESG-Wochenendtagung** in Königshofen: „Der Mensch und seine Zukunft“
21. 5. **Schloßkeller: Schauspielstudio:** „wirklich schade um fred“, ein Duolog in Ionescos Manier von James Saunders, 21 Uhr
22. 5. **Filmkreis:** „Intime Beleuchtung“ CSSR 1966,  
Regie: Iwan Passer
29. 5. **Filmkreis:** „Ladykillers“ England 1955,  
Regie: Alexander Mackendrick
30. 5. **Schloßkeller: Schauspielstudio:** Wiederholung von „wirklich schade um fred“, 21 Uhr
11. 6. **Filmseminar:** „Fanfar der Husar“ Ital./Frankr. 1951
12. 6. **Filmkreis:** „Der erste Schrei“ CSSR 1963  
Regie: Jaromil Jres

Die Mittwochnachmittagvorstellungen des **Filmkreises** finden im Wilhelm-Köhler-Saal um 16.00, 18.30 und 21.00 Uhr statt, wenn nicht anders bekanntgegeben. Das **Filmseminar**, das unter der Leitung von Prof. Dr. K. Sacherl jeden Dienstag stattfindet, kann nur von Studenten, die es ordnungsgemäß belegt haben, besucht werden.

## THEATER



Auf dem Spielplan des Landestheaters Darmstadt stehen folgende Aufführungen:

### Orangerie

Oper:

W. A. Mozart: „Bastien u. Bastienne“/ „Zaide“

A. Honegger und J. Ibert: „Der junge Adler“

J. Strauß: „Die Fledermaus“

G. Puccini: „Der Mantel“ / „Gianni Schicchi“

Schauspiel:

B. Brecht: „Die Antigone des Sophokles nach der Hölderlinschen Übersetzung“

Kaiser/Spoliansky: „Zwei Krawatten“

F. Hebbel: „Maria Magdalena“

G. E. Lessing: „Nathan der Weise“

### Stadthalle

C. Zuckmayer: „Katharina Knie“

12. u. 13. 5.: 8. Symphoniekonzert Berg: Drei Orchesterstücke op. 6; Mahler: Das Lied von der Erde; Solisten: Christa Ludwig, Donald Grobe

26. 5.: 2. Chorkonzert

Strawinsky: Messe (1947)

Janacek: Glagolitische Messe

Solisten: Leonore Kirschstein, Ortrun Wenkel, Raimund Gilvan, Norman Bailey

### Theater im Schloß

B. Brecht: „Furcht und Elend des Dritten Reiches“

### Justus-Liebig-Haus

E. E. Niebergall: „Der tolle Hund“

Studenten erhalten für alle Vorstellungen (außer Premieren, Symphoniekonzerte am Montag und Sonderveranstaltungen) der Platzgruppen II-V ca. 50% Ermäßigung. Vorbestellungen nimmt die Geschäftsstelle des AStA entgegen und informiert über sämtliche Veranstaltungen, Kassenpreise, Theater- und Konzert-Abonnements etc.

(Anzeige)

*Schauspiel \* Oper \* Konzert*

DAS LANDESTHEATER DARMSTADT

lädt zu seinen Veranstaltungen in Orangerie, Stadthalle und Theater im Schloß.

Studenten bis zu 50 % Preisermäßigung!

Kartenvorbestellungen beim AStA oder bei der Theater-Tageskasse, Telefon 122323 u. 122343  
Abonnements-Neuanmeldungen für die Spielzeit 1968/69 nimmt ab sofort  
die Mietabteilung entgegen.

**Wählen Sie die  
richtige Verbindung,  
wenn's  
um Geld geht**



**28161**



**Sparkasse  
Darmstadt**

Geschäftsstellen in Stadt und Land

Papier- und Zeichenwaren  
Spezialgeschäft für Hochschulbedarf

**Karl Weiss**

Lauteschlägerstr. 6, direkt a. d. Hochschule  
Telefon 73412  
Durchgehend geöffnet von 8.00-18.00 Uhr



behaglich  
warm  
und sooo  
bequem



hat man's mit der modernen

**Elektro-  
Speicher-  
Heizung**

Die Aufladung der Geräte erfolgt mit verbilligtem Strom nachts und auch am Tage. Die Wärme wird im Kern gespeichert und je nach Bedarf entnommen. Das alles geschieht vollkommen automatisch.



**HESSISCHE ELEKTRIZITÄTS-AG**



# DRESDNER BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

## FILIALE DARMSTADT

61 Darmstadt Rheinstraße 14 Telefon 2 67 71

Zweigstelle Ludwigsplatz, Telefon 24484

Zweigstelle Schloßgartenplatz, Telefon 70958

Zweigstelle Eberstadt, Oberstraße 1, Telefon 790422

Über 100 Jahre Hausbank der Darmstädter

Dipl.-Wirtsch.-Ing.  
**RUDOLF WELLNITZ**

### Hochschulbuchhandlung

Darmstadt, Lauteschlägerstr.4  
Direkt an der Hochschule

### Technisches Antiquariat

Darmstadt, Magdalenenstr. 19  
Am Kraftwerk der TH

### »REISEBÜRO DARMSTADT« LUISENPLATZ 1

TEL: 70321 TEL: 77282

IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 TEL: 06251/2291

Ihr Darmstädter Fachgeschäft

## Stempel-Schulz

**Wichtig  
für alle  
Studenten**



*Debeka*

#### der TH Darmstadt

Als Ergänzung zur **Studenten-Krankenversorgung** versichert sich der zukünftige Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes schon jetzt nach dem für ihn geschaffenen Sondertarif seiner berufsständischen Selbsthilfeeinrichtung, der Debeka-Krankenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit.

Sondertarif Ab 7-Monatsbeitrag 14,25 DM.

#### Lebensversicherung

Die Debeka-Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit, die nicht berufsständisch gebunden ist, bietet den notwendigen Lebensversicherungsschutz in jeder gewünschten Form – auch für den Fall der vorzeitigen Invalidität.

Hohe Überschußbeteiligung!

#### Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit

Hauptverwaltung: 54 Koblenz · Südallee 15-19

Bezirksverwaltung: 6 Frankfurt 1, Schützenstraße 12